

Der „Fall Filbinger“ wirft die Frage auf:

Wie wurde mit Nazi-Deutschland 1945 abgerechnet?

33 Jahre nach Kriegsende wird zum wiederholten Male in den bürgerlichen Zeitungen, im Rundfunk und Fernsehen die Frage gewälzt, ob man die Nazi-Vergangenheit ruhen lassen soll oder nicht. – In Diskussionen darüber wurde uns vorgeschlagen, besonders den Jüngeren unter uns die Kriegs- und Nachkriegssituation durch konkrete Schilderungen vor Augen zu führen. Das ist eine Voraussetzung für die Untersuchung der westdeutschen Gesellschaft vom Klassenstandpunkt. Wir wollen diesem Vorschlag mit dem folgenden Artikel und den beigefügten Berichten entsprechen. Die Behandlung der Frage: „Welchen Charakter hat die bürgerliche Demokratie, in der wir in der BRD leben?“ soll damit in der Zeitung begonnen werden.

Die Redaktion

Wie ein Alptraum lasten auf der deutschen Gesellschaft die 12 Jahre nationalsozialistischer Herrschaft. Fast dreimal länger als die Nazi-Periode selbst währte, dauert nun schon die „Bewältigung“ dieser Vergangenheit. Und der Erfolg?

Bundespräsident Scheel sprach anlässlich des Filbinger-Rücktritts von einer „Entartung der NS-Diskussion“. (Kann überhaupt von einer Diskussion die Rede sein?) Strauß und andere fordern die „Generalamnestie“ und die Wiederherstellung des „Konsensus unter Demokraten“. Nicht ohne Grund.

Das Bekanntwerden der Kriegsverurteile in Norwegen, an denen Filbinger mitgewirkt hat, trifft anders als ähnliche Fälle in der Vergangenheit (z. B. Globke, die verschiedenen

Staatsanwälte und Richter aus dem 3. Reich, die nach 1945 wieder übernommen wurden usw.) auf eine in wirtschaftliche und politische Schwierigkeiten geratene Bundesrepublik, aus denen weder Regierung noch Opposition einen Ausweg zeigen kann. Sie können nur an den äußeren Erscheinungen herumkurieren. Daß Filbinger **jetzt** wegen der Nazi-Vergangenheit in diese Mühle gerät, war für seine innenpolitischen Konkurrenten (auch denen in der CDU) Anlaß und Gelegenheit zugleich, von der eigenen Ratlosigkeit und Inkompetenz abzulenken. Aber das beginnende gegenseitige Waschen „schmutziger Wäsche“ (sogar der Bundeskanzler und andere führende „Demokraten“ kommen in die Schußlinie aufgrund ihrer politischen Vergangenheit), lost nicht, was ihnen allen **gemeinsam** auf den Nägeln brennt, wie es im Streit innerhalb der CDU ausgedrückt wurde: *...einer verzweifelten Jugend, die nicht so sehr Arbeitsplätze sucht als den Sinn der Arbeit und des Lebens und der Verteidigung dieser Republik – der haben die Arbeitspapierchen des Adenauerhauses recht wenig zu sagen.* („Welt“ v. 1. 9. 78)

Die historische Wahrheit über die Vergangenheit einmal in die Köpfe der Massen und vor allem der arbeitenden Jugend gelangt, ist der Anfang vom Ende der jahrzehntelangen politischen Apathie der werktätigen Bevölkerung Deutschlands. Das bestimmte auch den „Rückzug“ Filbingers. Weder die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse und -nachfolgeprozesse, noch die gegen die Ärzte, die angeklagt waren, Versuche mit lebenden Menschen in den KZs und Gefängnissen gemacht zu haben, noch das Theater der Nachkriegs-„Entnazifizierung“ per Fragebogen haben auf die Dauer verhindern können, daß die Wahrheit über die gesellschaftlichen Ursachen des Nationalsozialismus und des 2. Weltkrieges ihr Recht fordert. Was war das für eine „Entnazifizierung“, die das „Wirken“ Filbingers und seinesgleichen vor über 30 Jahren ohne Beanstandung durchgehen ließ?

In seiner Verteidigungsrede vor dem Landgericht Stuttgart hat der Rechtsanwalt Croissant gesagt: *„Wer wollte da noch etwas dagegen sagen, daß Erwin Schüle, der Behördenleiter derselben Staatsanwaltschaft, die für die Anklage gegen mich verantwortlich ist, im Vorläuferstaat der Bundesrepublik nicht nur Mitglied der NSDAP, sondern auch der SA war? Und daß diese Eigenschaften ihn nicht einmal daran gehindert hatten, jahrelang als Leiter der Zentralstelle zur Verfolgung von NS-Verbrechen zu fungieren, bis der Skandal anlässlich einer Reise nach Warschau öffentlich wurde? Und daß all dies einen sozialdemokratischen Justizminister in Baden-Württemberg, damals Rudolf Schieler, nicht daran hinderte, Schüle einige Jahre danach zu befördern: zum Generalstaatsanwalt beim Landgericht Stuttgart?“* (FR, 2. Juni 78). Seit 1945 mußten zahlreiche politisch repräsentative Personen, deren Einsatz im 3. Reich trotz „Entnazifizierung“ erst später bekannt wurde, aus dem öffentlichen Verkehr zurückgezogen werden. Verbunden war jedes Mal damit die Vorstellung, jetzt sei aber Schluß mit dem Rumsuchen in der Vergangenheit aus dem 3. Reich. Der Schulsenator in Hamburg, Apel, untersagte den

Gericht
des Ältesten Deutschen
Marineoffiziers Bereich Oslofjord.
S-2 J II 223/45

U. mit Anlagen

an Ältesten Deutschen Marineoffiziers Bereich Oslofjord
O s l o .

Stuttgarter Landgericht, 1. Senat

9 SEP 1945

In der Anlage wird ein Gnadengesuch des Mtr. ~~_____~~ vorgelegt. Die Akten ~~bedeuten sich beim alliierten Gericht~~ sind, am 6.6.45 an den Marinebefehlshaber zur Weiterleitung an das Alliierte Oberkommando gesandt worden. Die Stellungnahme zu dem Gesuch ist in der Anlage enthalten. Es wird gebeten, die Weiterleitung an den Befehlshaber zu veranlassen.

~~_____~~ mußte in der hiesigen Anstalt mit 7 Tagen geschäftlichen Arrest wegen Beleidigung des Obersteherichters H a r m s bestraft werden. Diese Strafe ist durch den Oberbefehlshaber, MKK Norwegen, Admiral K r a n k e , ausgesprochen worden. In den Wehrmachtgefängnis Vagardemoen, wo er sich jetzt befindet, hat er am 20.8. einen Ausbruch gemacht, wurde jedoch von den Alliierten wieder eingeleitet. Die Tat des Verurteilten (unerlaubte Entfernung) wäre normalerweise als Fahnenflucht mit dem Tode oder mit hoher Zuchthausstrafe geahndet worden. 6 Monate Gefängnis sind als ungewöhnlich milde Strafe zu betrachten.

Marinebefehlshaber.

Lehrern über die nationalsozialistische Vergangenheit (die «dunklen Punkte») des ermordeten Schleyer im Unterricht zu reden! — Aber alles nützte nichts. Denn diese Versuche und alle «Wiedergutmachung» dazu haben nicht das ersetzen können, was seit dem Zusammenbruch des 3. Reiches bis auf den heutigen Tag verhindert wurde: die gesellschaftlich-politische Auseinandersetzung und Abrechnung mit den herrschenden Klassen der deutschen Gesellschaft, den wahrhaft Verantwortlichen für den ersten und den 2. Weltkrieg, die ökonomisch Deutschland beherrschten und deshalb letzten Endes auch die politische Macht besaßen, wenn sie auch die Ausübung der politischen Macht den Nazis und ihren Terrororganisationen übertrugen.

Die Hoffnung von SPD und FDP, daß mit dem Nachfolger Filbinger, dem 40jährigen Späth, sich eine bessere Grundlage der Zusammenarbeit ergeben könnte, zumal Späth aus der gewerkschaftseigenen «Neuen Heimat» kommt, haben keinen politischen Boden. Späth selbst hat geäußert: «... Wer die Leistung des Ministerpräsidenten (Filbinger) und seinen politischen Weg wertet, der kann die Frage eines taktischen Fehlverhaltens aufwerfen, aber nicht die Forderung nach der Aufgabe seines Amtes erheben... Unser Landesvorsitzender hat über Jahre hinweg unsere gemeinsame Politik in diesem Lande nach innen und außen überzeugend vertreten. Er hat deshalb Anspruch darauf, daß gerade seine Parteifreunde ihm nicht aus einer Augenblickssituation heraus die Solidarität aufkündigen...».

Brandt macht den Vorschlag, die Parteiführer sollten zusammenkommen und die Sache in die Hand nehmen. Man merkt: Alles andere, nur nicht die Massen in die Auseinandersetzungen hereinziehen. Aber die Gesellschaft kann die gründliche und radikale Auseinandersetzung mit ihrer Vergangenheit nicht ewig vor sich herschieben, ihr ständig ausweichen.

Waren alle nur «Rädchen» im Naziapparat?

Ganz abgesehen davon: Der jetzt zum Rücktritt gezwungene Filbinger ist sich (ebenso wie andere vor ihm und nach ihm) ja keiner Schandtaten oder Verbrechen bewußt (wie es auch z. B. die Ärzte im Nürnberger-Arzteprozeß nicht waren). Sie waren alle nur «Rädchen» im nationalsozialistischen deutschen Staatsapparat, die ihre «Pflicht» erfüllten wie alle anderen auf Anweisung der damaligen Regierung. Die einen als Richter, andere als Henker, andere als Minister, als Generäle, wieder andere als Unternehmer für die Kriegsführung.

Wenn der Vertreter des CDU-«Arbeitnehmerflügels» Blüm meint, die Soldaten hätten ebenso wie die KZ-Bewacher ihre «Pflicht» getan, so dokumentiert sich darin Blüm'sche Arbeiterideologie. Die unterdrückten Klassen, die als Lohnarbeiter Objekte kapitalistischer Ausbeutung sind, verantwortlich zu machen für die Verbrechen ihrer kapitalistischen Unterdrücker, bedeutet nichts anderes als das deutsche Bürgertum und die deutschen Unternehmer von ihrer historischen Verantwortung für den 2. Weltkrieg zu entlasten. Denn was ist die Masse der Soldaten anderes als Arbeiter in Soldatenuniform? Was Blüm zum besten gibt, ist nur eine versteckte Form der «Kollektivschuld».

Filbinger fühlt sich heute zu Unrecht verfolgt, als «Märtyrer»; und er wird, wenn sich die Möglichkeit bietet, «Wiedergutmachung» fordern. Er erklärt, er scheidet nicht aus dem politischen Leben, er bleibe Landesvorsitzender der CDU und wolle mitfordern, «eine bessere historische Kenntnis» über die Nazizeit zu schaffen (lt. «Welt» v. 23. 8. 78) — Die Angriffe auf einzelne Personen bergen auch tatsächlich die Gefahr in sich, von der Tatsache abzulenken, daß deren persönliche Untaten doch nur ihr Anteil an der Nazierrschaft war, deren Zweck darin bestand, die ökonomische Macht des deutschen Kapitals zu sichern. Bleibt der gesellschaftliche Zusammenhang verborgen, werden immer wieder nur Einzelpersonen angegriffen und ausgetauscht, so wird denen der Boden

¹ Vgl. dazu Arpo 1/78, «Lehrer werden diszipliniert»

bereitet, die heute «Generalamnestie» fordern, die den Spieß umkehren wollen gegen die linken «Nestbeschmutzer» — «... daß bis zum Rest des Jahrhunderts von diesen Banditen keiner mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen.» (Strauß, Sonthofener Rede).



Der Fall Filbinger hat in stärkerem Maße als ähnliche vor ihm die Frage aufkommen lassen: was ist das eigentlich für ein demokratischer Staat, den doch Leute wie Filbinger nach 1945 mit aus der Taufe gehoben haben, und den sie, wie Filbinger selbst sagt, mit aufgebaut haben? Auf diese «neue Demokratie» und ihre Stabilität waren alle bundesrepublikanischen Parteien, Regierungen und Organisationen eingeschworen, und sie haben sie als eine bessere Demokratie gelobt als es die von Weimar war. Auch die KPD und ihre Nachfolgerin nach ihrem Verbot, die DKP, haben die rechtliche und juristische Form des Grundgesetzes und die Abhaltung von Wahlen als ein entscheidendes Kriterium der «Demokratie» dargestellt. Sie beschwören im Kampf gegen die Berufsverbote gegen Mitglieder der DKP Verfassungen und Grundgesetz, und begreifen nicht, daß nicht papierne Texte, sondern die zugrundeliegenden Klassenkräfte entscheidend sind: «Verfassungsfragen sind Machtfragen». Die herrschende Klasse wird Konzessionen nicht machen aufgrund von moralischen oder rechtlichen Phrasen, sondern nur wirkliche Kraft, die ihr und soweit sie ihr entgegentritt, respektieren.

Ökonomisch gesehen ist die BRD heute die stärkste Macht in Westeuropa geworden, stärker als andere kapitalistischen Länder wie England, Frankreich, Holland, Belgien usw. Warum wird gerade in der BRD der demokratische Spielraum am schärfsten eingeschränkt — so sehr, daß unter bürgerlichen Demokraten in den anderen kapitalistischen Ländern die Frage immer lauter wird (und für Regierung und Bonner Parteien unangenehm und deshalb nicht zu «überhören»), wohin die BRD politisch treibt. Warum klaffen gerade hier demokratischer Schein und Wirklichkeit am weitesten auseinander, wo doch die ökonomischen Voraussetzungen scheinbar am günstigsten sind? Die Demokratie in der BRD hat ihre besonderen Züge. Sie erklären zu wollen, heißt zunächst, die Frage nach der Entstehung dieser besonderen bürgerlichen Demokratie stellen.

Inhaltsverzeichnis

Wie wurde 1945 mit Nazi-Deutschland abgerechnet?	1
Thalheimer: Sozialistische Revolution in Deutschland	5
Wahl in Hamburg: Das Abschneiden der DKP	7
Bahros Kritik des realen Sozialismus	9
Stahlkrise und ihre Folgen	14
Druckindustrie: Zum Tarifvertrag über Neue Technik	17
Leserbrief zu den BR-Wahlen 1978	22
Zu W. Hoegner: Kapitulation vor Hitler (Schluß)	23
Streik der Bergarbeiter in den USA	25

Korrespondenzen:

Rationalisierung im öffentlichen Dienst	28
SEL-Rastatt wird geschlossen	30
Solidaritätsaktion in Gorleben	31
Hungerstreik in Chile und im Exil	32
Beilage: Erfahrungen einer Arbeitslosen	

Kolleginnen und Kollegen, die am Kontakt mit einer örtlichen Gruppe interessiert sind, bitten wir, sich an die Redaktionsadresse zu wenden.

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:
Günter Kuhlmann, Herstellung und Vertrieb:
Margret Kuhlmann, Postfach 103845, 28 Bremen.
Konten: Sparkasse in Bremen Nr. 1146 1423
und Postscheckkonto Hamburg 3579 94-205.

Die herrschende Klasse in der BRD sucht für die Vergangenheit des »3. Reichs« nach Feigenblätchen, mit denen sie vor der eigenen Bevölkerung wie vor dem Ausland ihre national-sozialistischen Blößen bedecken kann. Da werden uns statt Geschichte jetzt Geschichtchen erzählt. Gerstenmaier dachte eigentlich, »daß die Sache endgültig in die Hände der Historiker gelangt sei«. Was er sich darunter vorstellt, können wir aus dem folgenden Faksimile entnehmen:

Bundestagspräsident a. D. Dr. Gerstenmaier enthüllt:

„Heinrich Lübke wollte Hitler erschießen!“



Soll diese Geschichte Gerstenmaiers über den toten Bundespräsidenten Lübke und seine politische Vergangenheit — oder besser gesagt: seine verhinderte politische Vergangenheit — der Jugend als leuchtendes Beispiel dienen? — Anlässlich der Gedenkfeiern für die Opfer des 20. Juli 1944 schrieb die »Welt«: »Der 20. Juli war... eher ein Volksaufstand ohne Volk...« (22. 7. 78).

Warum mußten die Westalliierten Deutschland nach dem 2. Weltkrieg besetzen?

Im Zweiten Weltkrieg ging ein tiefer Spalt durch das kapitalistische Lager. Auf der einen Seite der faschistische Block der hungrigen, jungen imperialistischen Länder (Deutschland, Italien, Japan) und auf der anderen Seite die Gruppe der »satten« Länder mit großen Kolonialgebieten und abgeschirmten Einflußsphären (England, Frankreich, USA). Diese Gruppe hatte in ihrem Inneren noch eine bürgerlich-demokratische Herrschaftsform, die von den bürgerlichen Klassen in einer Revolution gegen die Feudalherrschaft selbst erkämpft worden war.

Der Gegensatz in der kapitalistischen Welt überlagerte noch den gemeinsamen Klassengegensatz gegen das sozialistische Rußland. Die imperialistischen Gegner Deutschlands waren bestrebt, ihren Konkurrenten auf dem Weltmarkt loszuwerden. Sie überließen ihm Österreich, dann die Tschechoslowakei; aber je mehr sie ihm gaben, desto mehr Appetit entwickelte der deutsche Imperialismus. Die Bissen waren nicht groß genug für seinen kapitalistischen Heißhunger. Das war nur das sozialistische Rußland. Der Krieg gegen Rußland ging über Polen. Bevor die deutsche Armee den Krieg gegen Rußland beginnen konnte, mußte sie den Rücken im Westen frei haben und die Ressourcen der westlichen kapitalistischen Länder Europas für den Krieg gegen die Sowjetunion vereinigen. Den Interessen des kapitalistischen Westens kam der Krieg des deutschen Imperialismus gegen die SU sehr entgegen. Der deutsche Imperialismus war nach dem Osten abgelenkt — das sozialistische Rußland war ja auch ihr Klassengegner. (Die Nationalisten haben von Kriegsbeginn bis zum Ende nie das

Auf der Suche nach einer antinazistischen Legitimation der bürgerlichen Gesellschaft wurden gerade die Männer des 20. Juli der Jugend seit mehr als 30 Jahren als Vorbilder hingestellt. Es ist den »demokratischen« Politikern unangenehm, daß Kommunisten und Sozialisten den Widerstand für sich in Anspruch nehmen können. Ihnen fehlen Persönlichkeiten wie die greise Clara Zetkin, die im letzten Reichstag inmitten der Nazihorden und trotz der Morddrohungen von Naziseiten, und obwohl sie körperlich schon sehr gebrechlich war, als Alterspräsidentin diese Nazis ihrer Verbrechen gegen die werktätigen Massen anklagte und die Massen zum Kampf gegen sie aufrief.

Was will die »Welt« eigentlich antworten, wenn Jugendliche fragen, ob denn die Baader-Meinhof-Leute nicht auch den »Aufstand ohne Volk« versucht hätten? Wollte sie antworten, daß die Männer des 20. Juli für eine gerechte Sache sich geopfert haben, während die Taten der Baader-Meinhof-Leute »kriminell« sind? — Waren denn die Baader-Meinhof-Leute nicht auch von der »Gerechtigkeit« ihrer Sache überzeugt? Geht es überhaupt um subjektives »Gerechtigkeitsempfinden«, das schließlich auch denen nicht abgesprochen werden kann, die aus Überzeugung Nationalsozialisten waren? Gewiß gibt es einen Unterschied zwischen diesen Nazis und den Karrieremachern, denen es auf die Posten ankam und die sich deswegen an dem Hexensabbat und den Naziverbrechen beteiligten. Aber wie viele gibt es denn heute — und wo sind sie als Vorbilder —, die »demokratische« politische Aktivität in Partei, Regierung und Institutionen nicht verbinden mit Aufstieg und als Aufstiegsmöglichkeiten ansehen?

Alles in allem: der geistige Sumpf der bürgerlichen Gesellschaft breitet sich aus und bietet keine Anziehungskraft für die Jugend. Und wir können sie nur davor warnen, die politischen »Ideale«, die von dort kommen, ernst zu nehmen. Der Verteidiger von Baader-Meinhof, Croissant, sagte in Stuttgart: »Ich kenne die Gefangenen aus der RAF gut genug, um sagen zu können: Ihr Kampf steht in der Tradition des Widerstandes gegen den Faschismus...«. Baader-Meinhof wie ihre Anhänger haben die »Demokratie« und ihre »Ideale« ernst genommen und letztlich deswegen in Stammheim ihr Ende gefunden. Sie haben den Unterschied zwischen dem bürgerlichen und dem proletarischen Widerstand gegen den Faschismus und die Entwicklung der bürgerlichen Ordnung nicht begriffen!

Streben aus den Augen verloren, mit ihren westlichen kapitalistischen Konkurrenten noch einen Separatfrieden abschließen zu können, um im gemeinsamen Klasseninteresse gegen die »bolschewistische Gefahr aus dem Osten«, d.h. gegen die soziale Revolution zusammenzuarbeiten.)

Mit Nazideutschland verband die herrschenden Klassen der kapitalistischen Länder Europas ihr Klasseninteresse gegen die soziale Revolution. Sie fürchteten, die eigenen Massen gegen die deutschen Armeen zu mobilisieren und zu bewaffnen, eher kapitulierten und kollaborierten sie mit den Nazis.² — Der Krieg nahm einen anderen Verlauf, als alle imperialistischen Mächte erwartet hatten. Die russischen Massen verteidigten nach anfänglichem Zurückweichen ihr Land und seine sozialistischen Wirtschaftsgrundlagen. Was niemand für möglich gehalten hatte, geschah nach Stalingrad. Der deutsche Imperialismus mußte sich geschlagen zurückziehen, und obwohl er alles zerstörte und verbrannte, was er nicht halten konnte, bestand die Gefahr, daß die Russen nach Mitteleuropa und mit ihnen und durch sie erleichtert, die

² Emil Helfferich, ein bekannter deutscher Überseekaufmann, der bei den Nazis eine führende Stellung einnahm, berichtet in seinem Buch »Tatsachen 1932—1946«: »... ich war stolz auf die Vorführungen unserer jungen Wehrmacht, stolz auf die Olympiade in Berlin und tief beeindruckt von der Organisation der Massenkundgebungen auf dem Reichsparteitag. Nicht ich allein... Erzählte man sich doch damals in Nürnberg, daß als jemand den Reichsparteitag mit einer Olympiade verglich, der Botschafter François-Poncet ausgerufen habe: Aber nein, mein Herr, das ist mehr, das ist Mekka! Das ist Mekka!« — François-Poncet, der damals wie auch nach 1945 der Botschafter des französischen »Erzfeindes« in Deutschland war, drückte die tiefe Bewunderung der europäischen bürgerlichen Klassen für die Leistung der Nazis aus, die Massen zum Kampf gegen die revolutionären Gefahren zu organisieren!

sozialistische Umwälzung der überreifen kapitalistischen Gesellschaft einrückten.

Der Preis der Russen für das lebensnotwendige Bündnis mit den »demokratischen« Imperialisten war, die Bedingungen dieses Bündnisses anzunehmen: das war in erster Linie die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation und die Aufteilung Deutschlands unter die Siegermächte. Die westlichen Alliierten mußten die nationale Selbständigkeit Deutschlands zerstören und Deutschland besetzen, um den Ausbruch sozialer Kämpfe, denen die herrschende Klasse Deutschlands nach ihrer Niederlage nicht gewachsen wäre zu verhindern.³ Der Ausbruch der Klassengegensätze mußte verhindert werden. Für die Amerikaner bedeutete dies auch das Abrücken von den Morgenthau-Plänen, nach denen Deutschland als Konkurrent ausgeschaltet werden sollte durch Zurückstufung zum Agrarland. Wollten die westlichen Besatzungsmächte den Vormarsch des Sozialismus verhindern, mußten sie in ihren Teilen Deutschlands den Kapitalismus unter ihrer Kontrolle wiederherstellen — mit allen seinen Konsequenzen.

Für das Bollwerk gegen den Kommunismus wurden »bewährte« Kräfte gebraucht

Die politische Macht ging von der alten, zusammengebrochenen Staatsmacht direkt an die neue der Besatzungsbehörden über. Keine Militärmacht der Welt kann aber auf die Dauer ihre Macht auf den Bajonetten mit landfremden Verwaltungsbeamten sichern. Deswegen ließen die Westmächte schon in den Lagern die deutschen Offiziere, die schon unter den Nazis gedient hatten, unter ihrer Oberherrschaft die Ordnung aufrechterhalten. So wie auch ein Filibinger es auf britische Anweisung tat.

Polizei, Offizierskorps und Beamtenapparat des Naziregimes boten sich als »zuverlässig« an und als entsprechend anpassungsfähig; so wie sie den Nazis gedient hatten, so waren sie jetzt bereit, den »demokratischen« Besatzungsmächten zu dienen.⁴ Für den notwendigen demokratischen Anstrich dieser aufrechterhaltenen Kernstaatsmacht, die durch die Schule der Nazi Herrschaft gegangen war, sorgten die »lizensierten« wiederzugelassenen bürgerlichen Parteien von Weimar, die 1933 ihre demokratischen Grundsätze vor den Nazis weggeworfen und ihnen mit ihrer Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz (z. B. Heuß) noch den legalen Mantel zur faschistischen Diktatur umgehängt hatten. Auch die überlebenden Führer der deutschen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, die 1933 kampfflos vor den Nazis kapituliert und ihnen oft sogar die von ihnen verwalteten Arbeitergrößen auf Heller und Pfennig übergeben hatten, wurden wieder gebraucht.

Sogar die KPD durfte »mitregieren«, d. h. ihr wurden Minister- und Senatorenposten in den von den Besatzungsbehörden eingesetzten Landesregierungen angeboten — zur Beruhigung der Arbeiter und als Zeichen, daß ein neuer Anfang gemacht werde. Als die neue Staatsgewalt sich gefestigt hatte, wurden die KPD-Minister schnell wieder »überflüssig« und flogen aus den Regierungen. Kein Finger rührte sich zu ihrer Verteidigung. So endeten die Vorstellungen der KPD von der »antifaschistischen Demokratie« unter ausländischer Vormundschaft. — In der Beilage zum »Parlament« v. 22. 7. 78 kommt Jutta Lange zu dem Schluß: »Der Ablauf der Besatzungspolitik macht deutlich, daß die sogenannten Realpolitiker nicht nach Deutschland gekommen waren, um das deutsche Volk beim Prozeß der Demokratiegründung nach deutschen Vorstellungen zu unterstützen, sondern die Regierungsform und die Wirtschaftsordnung einzuführen, die sie für richtig hielten.« Dann heißt es weiter: »... eine starke Beteiligung der Bürger am politischen Entscheidungsprozeß gehörte, wie schon die Konzeption des Regierungssystems erkennen läßt, nicht zum sogenannten realpolitischen Programm...« — Die breiten

Massen des Landes sollen bei dieser neuen Demokratie außen vor bleiben.

Nach der Stimmung der breiten Massen sollte nie wieder eine deutsche Hand ein Gewehr tragen. Das hatte auch Adenauer gesagt. Aber die folgende Wiederaufrüstung war eine notwendige Ergänzung des kapitalistischen Wiederaufbaus. Beim Aufbau der Bundeswehr mußte sich die Regierung wiederum weitgehend auf die Führungsgarnitur der alten Wehrmacht stützen, deren bürgerlichen Widerstand die Nazis 1944 liquidierten, ohne daß sie bei den anderen Wehrmachtsoffizieren auf Widerstand stießen.

In der bereits angeführten Ausgabe des »Parlament« meint Harold Hurwicz 1946—49 bei der US-Militärregierung in Berlin, seit 1967 an der Freien Universität Berlin, »daß die Progressiven« nur in der Anfangsperiode eine Chance zur effektiven Mitarbeit hatten, daß jedoch die echten Demokratisierungsprogramme in dem Augenblick aufgegeben wurden, als es darum ging, aus Westdeutschland ein antikommunistisches Bollwerk zu machen«. Sogar General Clay schreibt in seinen Memoiren: »Die deutsche Unfähigkeit, demokratische Freiheit wirklich zu erfassen, hat sich auf keinem Gebiet außer vielleicht auf dem der Schulreform so deutlich gezeigt wie bei der Verfassung von Presse- und Rundfunkgesetzen.« — Die Besatzungsoffiziere hatten mitunter demokratischere Vorstellungen als die, die ihnen dienten und denen sie immer mehr Befugnisse übertrugen.

Folgen der US-Schutzherrschaft

Die Besatzungsmächte sind heute aus dem allgemeinen Bewußtsein entruckt. Sie sind aber noch da, sie heißen jetzt allerdings Schutzmächte oder Alliierte und Freunde, im Westen übrigens wie im Osten. Die neue Bezeichnung ändert aber nichts an der Tatsache. Jahr für Jahr werden — natürlich »freiwillig« — Milliarden für ihre Stationierung bezahlt. Es ist wohl auch nicht zu übersehen, daß gerade die bundesdeutschen Regierungen und Bonner Parteien sehr wachsam alle militärstrategischen Überlegungen der USA (bis hin zu den Spielereien) beobachten, wo und wie im Ernstfall die BRD verteidigt werden soll und kann. Es ist der herrschenden Klasse in der BRD keineswegs gleichgültig, z. B. ob die USA die BRD an der Weser oder an der Elbe, ob konventionell oder gleich mit der Neutronenbombe zu »verteidigen« gedenken. Die Kehrseite dieses »Schutzes« ist eben die Gefahr, daß die BRD atomares Kampfgebiet wird.

Die »öffentliche Meinung« in der BRD sagt zwar, die Russen würden, wenn die Amerikaner abziehen, über die Bundesrepublik herfallen, deshalb brauchen sie die Hilfe der »verbündeten« Truppen und die Anwesenheit der Amerikaner und Engländer. Das entspricht ihrem bürgerlichen militärstrategischen Denken, das sie auf die Sowjetunion übertragen. Der deutsche Kapitalismus hat zweimal den Krieg nach Rußland getragen, noch nie in der Geschichte haben die Russen Deutschland überfallen und schon gar nicht das Rußland nach der sozialistischen Revolution von 1917. Sie fürchten die Klasseneinwanderungen! Deshalb sind sie sogar Gegner der Neutralität (sie nennen das »Finnlandisierung«), weil sie allein die soziale Revolution im Herzen Europas auf die Dauer nicht mehr unterdrücken könnten.

Die wirtschaftliche Flaute läßt Regierung und Wirtschaft Ausschau halten nach Märkten, auf denen die Überproduktion Absatz finden kann, nachdem die Beschlüsse und Rezepte der Gipfelkonferenzen sich erfolglos in Nichts auflösen. Auf der Suche nach Märkten in den sozialistischen Ländern bildet die Abhängigkeit von den USA das größte Hindernis. Daß da Erörterungen über Neutralität der BRD nicht ausbleiben können, ist klar. Bemerkenswert ist daran zweierlei: daß solche Erwägungen im Gegensatz zu den 50er Jahren heute zu Spionage hochstilisiert werden usw., und die Vorstellung, daß die sozialistischen Staaten diese angeblichen »Papiere« für mehr nehmen könnten als sie sind: nämlich Papier.

Die herrschende Klasse der BRD ist »international« geworden

Die deutsche Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsführung haben durch ihre Mitwirkung am Aufbau noch einmal dazu beigetragen, daß die herrschende Klasse in der BRD wieder so stark geworden ist, daß sie sich heute über die Grenzen hinaus in Afrika, im Nahen Osten, Südamerika usw. einmischt. In Westeuropa schickt sie sich an, die politische

³ Wir verweisen hier besonders auf Thalheimers Aufsatz »Sozialistische Revolution in Deutschland«, den wir auszugsweise in dieser Nummer veröffentlichten.

⁴ Das ist heute noch geltende Beamtenpflicht. In der mündlichen Begründung des Bundesdisziplinargerichts gegen den Pressesprecher des Verbandes der Fluglotsen wurde u. a. erklärt: »... Und hier... war zu beachten, daß der Beamte ja nicht nur Verbandssprecher war, er war gleichzeitig Beamter. Er hatte auch bei seinem gesamten Tun und Lassen die Interessen seines Dienstherrn zu übersehen...« (aus »Der Flugleiter«, Juni 1978).

August Thalheimer: Sozialistische Revolution in Deutschland

Am 19. September 1948 starb August Thalheimer, einer der Mitbegründer der KPD und einer ihrer Führer bis 1924, in der politischen Emigration auf Kuba. — Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Grundlagen der Nachkriegsgesellschaft in der BRD möchten wir statt eines Gedenkartikels dem kritischen Leser den folgenden Auszug eines Aufsatzes von Thalheimer von 1945 zur Kenntnis bringen. Er erschien seinerzeit in einer kleinen englischen Zeitschrift («Socialist Correspondance»).

1. Prof. Salvemini, der bekannte italienische Historiker, sagte einmal, daß England und die Vereinigten Staaten zwei Kriege in Italien führten: einen gegen den nationalsozialistischen und faschistischen Imperialismus, den anderen gegen die sozialistische Revolution in Italien.

Dasselbe gilt vom Krieg gegen Deutschland. Es war ein Krieg gegen den deutschen Imperialismus und gleichzeitig ein Krieg gegen die sozialistische Revolution als den möglichen Nachfolger des Naziregimes.

Die Russen waren genötigt, darauf zu verzichten, den Krieg gegen Deutschland als einen offen und klar revolutionären Krieg zu führen. Sie mußten mit ihren Verbündeten Kompromisse schließen.

Es boten sich zwei wirksame Mittel, um eine revolutionäre sozialistische Erhebung gegen das Hitlerregime während des Krieges zu verhindern:

a) Die Formel der »bedingungslosen Kapitulation« wurde nicht nur dem Naziregime gegenüber aufgestellt, sondern auch gegenüber jedem nachfolgenden antifaschistischen Regime. Keine Revolution war denkbar mit der Aussicht einer langjährigen militärischen Besetzung Deutschlands, der Vernichtung der nationalen Einheit und Unabhängigkeit, Annektionen im Osten und Westen, Sklavenarbeit usw. So wurde jeder Revolution ein vernünftiges Ziel genommen.

b) Die Benutzung deutscher Generale durch die Russen. Das verhinderte endgültig die Bildung revolutionärer Kerne innerhalb der regulären Armee, und ohne solche Kerne war es nicht möglich, die SS-Truppen, Gestapo usw., d.h. die gewaltige Terrormaschine der Nazis zu zerstören.

2. Diese zwei Tatsachen erklären vollständig, warum die deutsche Armee bis zum Letzten kämpfte und warum es den Nazis möglich war, die Macht bis zum letzten Moment zu behalten und die traurige Tatsache, daß das deutsche Volk vom Naziregime an die Alliierten Mächte wie eine Hammelherde übergeben werden konnte.

3. Nach der bedingungslosen Kapitulation hat der Kampf um Deutschland unter den Besatzungsmächten begonnen, d.h. hauptsächlich zwischen den Russen auf der einen und ihren Verbündeten auf der anderen Seite.

Es ist immer noch wahr, was Lloyd George 1917 sagte: daß der Besitz Deutschlands durch Rußland, das heißt die Verbindung der ökonomischen und militärischen Kräfte eines größeren Rußlands und Deutschlands das Übergewicht des Sozialismus für ganz Europa bestimmen würde: es würde den Sieg des Sozialismus in kurzer Zeit sichern.

Deshalb ist der Kampf um Deutschland, der schon während des Krieges begonnen hatte, entscheidend für das Schicksal des Weltkapitalismus. Daher wird er so hart und so lange wie möglich ausgefochten werden. Das Mindeste, worum es den kapitalistischen Mächten geht, ist möglichst viel Zeit zu gewinnen für das Überleben des Kapitalismus in Deutschland.

4. Es ist nicht möglich, hier eine ausführliche Analyse der Klassenverhältnisse in Deutschland nach der militärischen Niederlage des Naziregimes zu geben. Eine solche Analyse würde zeigen, daß die inneren Klassenverhältnisse Deutschlands vollkommen reif sind für eine sozialistische Revolution eines **höheren Typs** als es die russische Revolution war und jetzt ist. Aber infolge der Niederlage ohne eine vorhergehende revolutionäre Erhebung und infolge der vollständigen Besetzung des Landes können die inneren Verhältnisse sich nicht frei auswirken. Die Verhältnisse werden sehr verschieden sein zwischen den von den kapitalistischen Alliierten und den von den Russen besetzten Zonen.

a) In den kapitalistischen Besatzungszonen werden alle Mittel angewendet werden, um revolutionäre Entwicklungen (sogar bürgerlich-demokratische) zu verhindern oder wenigstens hinauszuschieben und die Grundlage der kapitalistischen Wirtschaft soweit wie möglich zu erhalten für die bisher herrschenden Klassen — alles natürlich in Abhängigkeit von den Besatzungsmächten. Das allgemeine Ziel kann hier bestimmt werden als die Erhaltung eines schwachen und abhängigen kapitalistischen Deutschlands, das nicht leben kann und nicht sterben darf.

Auf die Dauer ist das unmöglich. Aber die kapitalistischen Mächte planen nicht für eine unbegrenzte Zukunft, sondern für die Gegenwart und die allernächste Zukunft. ■

und militärische Führung der kapitalistischen Staaten zu übernehmen. Dieses alte Ziel des deutschen Imperialismus, an dem die Nazis letzten Endes gescheitert sind, soll jetzt unter der Oberhoheit der USA Wirklichkeit werden. Das ist der wirkliche Inhalt der »europäischen« und »atlantischen« Gemeinschaft. Die deutsche Bourgeoisie konnte sich nur erholen auf den militärischen und finanziellen Krücken der Alliierten. Solange die Konjunktur währte, trat diese Tatsache in den Hintergrund. 1939 konnte die deutsche Bourgeoisie den Krieg noch aus eigener Kraft führen, heute ist diese Grundlage verloren gegangen. Nur als Teil der von den USA geführten imperialistischen Kräfte kann sie ihre Existenz behaupten. Ihre weltpolitischen Gegner sind das sozialistische Lager und die nationalen Befreiungsbewegungen.

Die ökonomische Aufschwungphase ist vorbei, die Gesellschaft in der BRD wird mit den ersten Anzeichen der Weltwirtschaftskrise konfrontiert. Jetzt dringt die unbewältigte Vergangenheit verstärkt an die Oberfläche — oder: die objektive Notwendigkeit der gesellschaftlichen Veränderung in Deutschland. Es blieb nicht bei den Studentenunruhen, die waren nur das Vorzeichen für bevorstehende größere Auseinandersetzungen. Dafür werden jetzt Polizeisondentrupps geschaffen, Unternehmensleitungen ziehen in verstärktem Maße Erkundigungen ein über das politische Verhalten und Vorleben derer, die sich um Einstellung bewerben oder schon in ihrem Betrieb arbeiten und nicht die erwünschte Kooperationsbereitschaft zeigen. Antikommunistische Jugendsektoren sammeln unter dem Deckmantel der

religiösen Erneuerung und Erweckung von der Gesellschaft Ausgestoßene und Enttäuschte — unter dem ideologischen Schein der Abkehr von der bürgerlichen Gesellschaft und des Bruches mit ihr — zum Kampf gegen den Kommunismus und Marxismus. Dann die Listen von Organisationen und Presseerzeugnissen, die als linksradikal eingestuft und registriert werden. Das Aufkeimen verschiedener neofaschistischer Organisationen bei Jugendlichen drückt die beginnende Verzweiflung über diese Gesellschaft aus.

Nach ihrer schwersten Niederlage, die den Verlust ihrer nationalen selbständigen Existenz gefordert hat, hat es die bürgerliche Klasse Deutschlands verstanden, die weltpolitischen Gegensätze und die wechselnden Bedingungen sowohl im Kalten Krieg als auch in der Periode der Entspannung in den Dienst ihres ökonomischen Wiederaufstiegs zu stellen. Sie ist »international« und »europäisch« geworden. Bundeskanzler Schmidt: *Ich war und bin Atlantiker und Europäer.*

Der Klassenkampf soll unter veränderten Bedingungen niedergehalten werden

Anders die deutschen Arbeiter und Angestellten. SPD und Gewerkschaften dienten als demokratisches Aushängeschild für das Stillhalten der Massen, während die deutschen Unternehmer in aller Ruhe in den von den Arbeitern wiederaufgebauten Betrieben Riesenprofite machen und ihre Herrschaft über die Arbeiter ausbauen konnten. Sie haben so einen großen Vorsprung vor den Arbeitern gewonnen und sind zum wichtigsten Eckpfeiler des Imperialismus in Europa im Kampf gegen den Sozialismus geworden.

Unter solchen Bedingungen wurden die Filbinger groß, sie waren unersetzlich für den Aufbau dieses »demokratischen« Staatswesens, das sich BRD nennt. Das wird verschleiert durch Redensarten, daß »wir« — die SPD — »den Weg zur Bürgerdemokratie freigeschaufelt und mitgestaltet haben.« (Brandt). Wir sind anderer Meinung. Am 11. Juli 78 hat derselbe W. Brandt in einer Rede in der Paulskirche zum 100. Jahrestag des Sozialistengesetzes geäußert: »Die deutsche Geschichte muß nicht noch einmal eine verhängnisvolle Wende nehmen. Aber von nichts kommt nichts. Wir müssen uns denen entgegenstellen, die geistigen Bürgerkrieg schüren...«.

»Geistiger Bürgerkrieg« — damit ist der Klassenkampf »von oben« gemeint, den Brandt nicht verhindern kann. Wenn die Sozialdemokratie die längst überfällige politische Auseinandersetzung verhindern und nicht mit dem Klassenkampf »von unten« beantworten will — und den fürchten die heutigen sozialdemokratischen Führer wie einst Ebert —, dann will sie die werktätige Bevölkerung in der geistigen und politischen Unmündigkeit festhalten.

Wer die Klassenausscheidungen 1945 nicht wünschte, wer sie fürchtete und bekämpfte, hat — welche Absichten er auch immer gehabt haben mag und welche absurden Vorstellungen und Hoffnungen von einem »dritten Weg« in seinen verschiedenen Spielarten er auch immer verbreitet haben mag — auch dem Wirken der Filbinger den Weg geebnet. Leute wie Brandt und Wehner ahnen, welchem Abgrund Europa unter deutscher Führung zutreibt. Nicht von ungefähr hat Brandt seine Befürchtungen über eine faschistische Zukunft in Europa ausgesprochen. Aber was können sie dagegen tun? Einmal in der Geschichte haben Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführung die Massen zum politischen Kampf auferufen — gegen den Kapp-Putsch —, dann nie wieder. Der Schreck vor Massen, die in Bewegung geraten, hat sie die Massen fürchten gemacht. Seitdem haben SPD und Gewerkschaftsführungen vom demokratischen Kampf nur geschwätzt — um wegzulaufen, wenn es galt. In der Weimarer Republik haben sie die Akten über Kommunisten, Sozialisten und Sozialdemokraten mit angelegt, derer sich die Nazis später bedienten. Und heute?

Die demokratische Nachkriegsgesellschaft beruhte darauf, daß das wichtigste Erbe der Naziregimes bewahrt werden konnte: die Verhinderung von Klassenbewegungen. Dazu wurden die bewährten Filbinger überall dringend gebraucht. Ihr Wirken war erfolgreich, solange die verschiedenen Interessengruppen befriedigt werden konnten und die wirtschaftlichen Bedingungen tatsächlich keine Notwendigkeit boten, daß die Arbeiter sich kollektiv wehren mußten. Mit dem Ende dieser Voraussetzung gerät diese Demokratie in die Krise. Die Aufgabe, drohende Bewegung im Keim zu ersticken, erfordert den Ausbau des Staatsapparats und seiner Bürokratien in einem Maße, das ihn immer weniger mit den demokratischen Spielregeln vereinbar macht. Von den Berufsverboten werden auch Jusos und SPD usw. erfaßt. Es kommt bereits zeitweise — wie vor einem Jahr bei der Schleyer-Entführung — zu Notstandssituationen, in denen die Presserechte außer Kraft gesetzt werden (erst einmal »freiwillig«) und in dem das Parlament sich Gesetze vom Bundeskriminalamt vorschreiben läßt, ohne zu wissen und fragen zu dürfen, wozu.

Die demokratischen Bewegungen, die in den letzten Jahren entstanden, stießen und stoßen auf die Grenzen, die die herrschende Klasse ihnen zieht, um sie zu isolieren und bereits frühzeitig auszuschalten. Anläßlich der Demonstrationen gegen die Atomkraftwerke sagte der ehemalige Chef des Bundesnachrichtendienstes, Nollau: noch ist es nicht zu spät, es muß verhindert werden, daß die Bewegung auf die Arbeiterschaft übergreift. Es gelang der herrschenden Klasse, diese »Ausuferung« vorerst zu verhindern.

Die bundesrepublikanische Demokratie läßt auf der einen Seite sogar kommunistische und sozialistische Parteien und Organisationen zu, um dann auf der anderen Seite deren Mitglieder zu registrieren, zu verfolgen und zu bestrafen wegen ihrer politischen Einstellung und Tätigkeit. Hier wird die faktische Illegalität mit »demokratischen Rechten« verschleiert. Diejenigen, die versuchen auf diesen Schleier

» Marx-Engels-Werke, Bd. 6, S. 36.

Paul Elflein: Filbingers gab es überall

Juli 1978. Da ist doch jetzt die Geschichte mit den Urteilen von dem Filbinger. Uns haben sie auch noch 10 Tage nach der Kapitulation eingesperrt. Als am 8. Mai 1945 die Kapitulation erklärt wurde, haben einige gesagt, so, jetzt machen wir dieses Verbrecherabzeichen ab, das haben wir lange genug getragen. 14 Mann, nicht abgesprochen, spontan. Wir wurden aus unseren Quartieren geholt und kamen in ein Sonderlager, auf Kos, einer Nachbarinsel, auf freies Feld, in Unterhosen und mit einer Wolldecke, Zelte gab es nicht, Verpflegung so gut wie keine. Durch den Zaun konnten wir sehen, daß die Offiziere nach wie vor exerzieren ließen und mit Heil Hitler grüßten. Die Engländer hatten sie angewiesen, die Disziplin aufrecht zu erhalten. Soweit stimmt das, was der Filbinger sagt. Auch bei uns hat es noch Gerichtsverfahren gegeben, 5 Tage nach der Kapitulation sind 2 Soldaten zu je 5 Jahren Zuchthaus verurteilt worden, weil sie sich ein Paket Notverpflegung organisiert hatten. Wenige Monate vorher ist dafür noch einer zum Tode verurteilt und erschossen worden. Kurz vor der Kapitulation, um Ostern, haben sie 12 erschossen, wegen Fahnenflucht, die wollten sich in die Türkei absetzen. Vielleicht waren die Marinerichter besonders scharf, weil Admiralität und Regierung fürchteten, daß von den Marine-Soldaten, wie 1918 in Kiel und Wilhelmshaven, die Revolution ausgehen könnte. Jetzt wird ja allgemein bekannt, daß 1945 Marine-Besatzungen gegen ihre Offiziere gemeutert haben. Vorige Woche habe ich mit einem von der Hütte gesprochen, der hat sich gewundert, daß die Gewerkschaften im Fall Filbinger nicht zum Streik aufrufen. Die Arbeiter fangen an zu reagieren. Deshalb ist damit zu rechnen, daß selbst die CDU den Filbinger nicht halten kann. Dann die Kommentare aus dem Ausland, die westlichen Freunde der Bundesrepublik erwarten, daß sie wenigstens den demokratischen Schein wahren. Man wird Filbinger wohl in den verdienten Ruhestand versetzen, er ist ja kein kleiner Pg. (Parteigenosse der NSDAP). Aber wichtiger als was mit Filbinger passiert, ist daß die Leute bei uns anfangen zu fragen, was ist eigentlich los in der Bundesrepublik. Und was war da eigentlich los bei der Entnazifizierung, daß die Akten eines Filbinger erst jetzt ans Licht kommen? Und was kommt da noch alles raus, und über wen, in Zukunft?

Obenstehenden Beitrag entnehmen wir den Erinnerungen von Paul Elflein, die Mitte Oktober unter dem Titel

Immer noch Kommunist?

im Verlag VSA erscheinen, Preis DM 16.80

Leser der Arbeiterpolitik können Exemplare zu ermäßigtem Preis über unsere Vertriebsadresse beziehen.

einzugehen und meinen, sich auf die »demokratischen Rechte« berufen zu können, werden von der herrschenden Klasse ohne »demokratische« Hemmungen aus dem Weg geräumt. Die Legalität wird hier zum Köder.

»Das Recht ist auf der Seite der Macht, die Rechtsphrase ist auf der Seite der Ohnmacht.«

Die Ansätze des demokratischen Kampfes, die wir auf verschiedenen Gebieten in der BRD erleben (Kampf gegen die Berufsverbote, gegen die Kernkraftwerke und gegen die Bestrafung der Demonstranten) haben uns gezeigt, daß diese Ansätze ohne Verbindung mit dem Klassenkampf isoliert bleiben und vom Staatsapparat unterdrückt werden können. Diese ersten Erfahrungen sind Anlaß, die notwendigen Schlußfolgerungen aus ihnen zu ziehen. Den »demokratischen Schein« als Schein zu erkennen, der zu dem Zwecke dargeboten wird, die demokratische Bewegung schon im Keim zu ersticken. Wenn wir das in unserer Praxis berücksichtigen, dann sind die Opfer nicht umsonst gewesen. ■

Das Abschneiden der DKP

Die Bürgerschaftswahl in Hamburg liegt nun schon einige Zeit zurück, aber auf eine Frage wollen wir auf vielfache Aufforderung hin noch eingehen: auf das Abschneiden der DKP¹.

Wir können hier nicht den Anspruch erheben, allgemein »die« DKP-Politik zu behandeln. Wir versuchen im folgenden, auf einzelne Erscheinungen der DKP-Politik einzugehen, soweit sie für den Wahlkampf und das Wahlergebnis eine Rolle spielten. Besonders mit Fragen des Verhaltens in Gewerkschaft und Betrieb können wir uns an dieser Stelle noch nicht auseinandersetzen. — Es ist falsch, den Einbruch der DKP bei den Hamburger Wahlen mit Schadenfreude aufzunehmen. Er kann uns nur Anlaß sein, politische Absichten und Vorgehensweisen mit ihren tatsächlichen Ergebnissen zu vergleichen und zu untersuchen — im Interesse des Wiederaufstiegs der kommunistischen Bewegung Deutschlands.

Laut Bericht des Verfassungsschutzes (wie er in der bürgerlichen Presse wiedergegeben wurde) hat die DKP in Hamburg ca. 3400 Mitglieder. Bei der Wahl vom 4. Juni erhielt sie 9000 Stimmen, während es vor vier Jahren noch 23 000 waren, ihr Anteil ging von 2,2 auf knapp 1 Prozent zurück. Ihr direkter politischer Einfluß, wie er sich in diesem Wahlergebnis niederschlägt, beschränkt sich also auf den engsten Umkreis ihrer Mitglieder und deren Familienangehörigen. Diese Isolierung — von einem insgesamt gewachsenen »linken Potential« in der Bevölkerung und vor allem in der Jugend — drückt sich auch in den hohen Erwartungen vor der Wahl aus: parteiintern wurde die Vorstellung von einem Aufschwung verbreitet. Im Bezirk Eimsbüttel erwarteten viele DKP-Genossen besonders aufgrund ihrer Mieterarbeit ein Ergebnis deutlich über 5 Prozent. Tatsächlich wurde auch hier ihre Stimmenzahl fast halbiert, während gerade hier die »Bunte Liste« auf Anhieb die 5-Prozent-Hürde übersprang.

1946 betrug der Wähleranteil der damaligen KPD in Hamburg über 10 Prozent, die KPD war mit mehreren Abgeordneten in der Bürgerschaft vertreten, und es gab sogar 2 Senatoren, d. h. Minister, die Mitglied der KPD waren. Die Arbeiter fast aller Hamburger Werften und vor allem des Hafens wählten kommunistische Kollegen zu Betriebsräten und Vertrauensleuten. (In Hessen hatte die KPD 1946 10,7 Prozent, in Baden-Württemberg 10,2, die SED in Berlin 19,8, und sogar in Bayern wurden 7,4 Prozent der Stimmen für die KPD abgegeben). Niemand wird sagen können, daß damals die wirtschaftliche Lage in den russisch besetzten Gebieten besser oder etwa die Auswirkung der Flüchtlingsströme aus den Ostgebieten in die westlichen Zonen geringer gewesen seien als heute.

»Die Halbierung des kommunistischen Wähleranteils in Hamburg ist eine Gelegenheit zur Diskussion mit und in der DKP« — schreibt in der »Deutschen Volkszeitung« (DVZ) vom 6. 7. 78. Es ist anzunehmen, daß Pawek der DKP nicht allzu fern steht.

Wenn es erst eines so katastrophalen Absinkens der Wahlstimmen einer kommunistischen Partei bedarf, um auf den Gedanken zu kommen, daß nunmehr eine Diskussion über die Ursachen angebracht sei, dann ergeben sich daraus einige Fragen: Gab es in dieser kommunistischen Partei in den vergangenen Jahren keine Diskussion über die Wahlausgänge? Welches Ergebnis hatten sie? Welche politischen Schlußfolgerungen haben die Organisation und ihre Mitglieder aus ihnen gezogen? Ist das Ergebnis vielleicht in der Richtung zu suchen (wie es Pawek jetzt formuliert), daß »Phantasie, Mut, Kreativität, Eigenschaften also, die im deutschen Volk nurmehr rudimentär existieren« erforderlich sind? Und dabei meint der Verfasser auch noch: »... nie fiel es den Genossen in der DKP, im MSB oder in der SDAJ schwer, die durchaus richtige Einschätzung... zu liefern, wenn auch meistens sehr spät.« Hier wären wir für nähere Angaben dankbar, wir kennen die »richtige Einschätzung« nicht. Oder soll sie dies sein:

»Antikommunistische Verleumdungen, das Totschweigen und das Verfälschen der konstruktiven Politik der DKP in den Massenmedien erschwerte es den Wählern, die politischen Positionen der DKP zu erkennen...« (Erklärung des Bezirksvorstandes der DKP Hamburg, MZ v. 6. 6. 78). Ihre »konstruktive Politik« wird der DKP nicht gedankt — was ist dies anderes, als das Eingeständnis des Unvermögens, den Mitgliedern und Wählern eine politische Grundlage zu verschaffen, die sie widerstandsfähig macht gegenüber der gegnerischen Propaganda? —

Welch geistiges Durcheinander drückt der Kritiker Pawek aus, wenn er schreibt: »Der Sozialismus in diesem Land kann nicht gegen die DKP, gegen die kommunistischen Staaten erkämpft werden.« War bisher nicht eine kommunistische Partei Vorkämpferin und Führerin im Kampf für die sozialistische Ordnung? Kann sich der revolutionäre Kampf überhaupt gegen die sozialistischen Staaten richten?

Es scheint, daß die DKP an einem Punkt angelangt ist, an dem die Tatsachen so hart für sie geworden sind, daß das Ausweichen in Selbstbetrug nicht mehr ausreicht. (Verschwunden ist der Versuch keineswegs, wie das Schimpfen auf bürgerliche Verleumdungen zeigt oder: »Arbeiter sehen in der DKP nach wie vor noch keine wählbare Alternative und trauen es uns nicht zu, die undemokratische 5-Prozent-Klausel zu durchbrechen, um so ihren tatsächlichen Wählerwillen zum Ausdruck zu bringen.«) (»Blitz«, Betriebszeitung der DKP für Siemens, Hamburg). Natürlich kann in den Augen der DKP der »tatsächliche Wählerwille« nur in der Wahl »ihrer Arbeiterpartei« liegen! Paweks Anregung zur Diskussion ist zu begrüßen. Aber es darf nicht verschwiegen werden, daß ihre Verwirklichung keine leichte Sache für die DKP ist. Diese Partei hat seit vielen Jahren davon gelebt, daß die Parteiführung die politischen Richtlinien an die Mitgliedschaft herausgegeben hat, daß die Mitgliedschaft sich mehr oder weniger damit abgefunden hat, daß kritische Einwendungen oder selbständige Gedanken aus der Mitgliedschaft entweder mit Ausschluß oder mit Austritt endeten. Dabei ist es gerade das kritische Denken ihrer Mitglieder, das eine kommunistische Partei braucht, um zu selbständigem Denken und Handeln fähig zu werden. Ist es nicht ein vernichtendes Urteil über die DKP, wenn Pawek in der DVZ erklärt: »Dort« — er meint bei »Undogmatischen« — »werden ihre Fragen diskutiert...« »Dort« heißt — nicht in der DKP.

Linke Forderungen aufstellen reicht nicht mehr

Will man die Gründe für diesen Stimmenrückgang der DKP in Hamburg finden, so muß man sich die Gründe für ihren relativen Erfolg 1974 kurz vor Augen führen. Damals war die Zeit, als die SPD-Reformpolitik aufgrund zunehmender wirtschaftlicher Schwierigkeiten ins Stocken geraten war. 1974 sah es die DKP als ihre Aufgabe an, sich als »konsequente Reformpartei« anzubieten und mit der Methode, Forderungen nach allen Seiten aufzustellen, auf Stimmenfang zu gehen, ohne angeben zu können, wie unter dem verschärften wirtschaftlichen Druck innerhalb dieser Gesellschaft die Kraft geschaffen werden soll, alle diese Reformfortsetzungen durchzusetzen. So weckte sie nur neue Illusionen, als ob eine »linke« Stimmabgabe für weitere Sozialreformen ausreiche, statt den Arbeitern die gesellschaftlichen Gründe für das Stocken und Scheitern der Reformen zu erklären. Im Gegenteil: sie veröffentlichte z. B. die Hunderttausend-Gehälter, die SPD-Filzbürokraten wie Paulig (SPD-Vorsitzender und Neue Heimat), Hartmann (Fraktionsvorsitzender und Gaswerke) u. a. im Jahr verdienen. Damit bot sie unzufriedenen SPD-Wählern »Schuldige« für das Scheitern der kleinbürgerlichen Hoffnungen an. Diese führenden SPD-Politiker sitzen unversehrt im Sattel, sie können sich sogar der wiedergewonnenen absoluten Mehrheit erfreuen — aber der Rauch der Reformillusionen und ihrer Enttäuschung ist verfliegen — und mit ihm der Protest, auf den die DKP glaubte bauen zu können. Was sie 1974 erhielt, war zudem nur der kleinste Teil der enttäuschten Protestwähler, während die CDU den Löwenanteil erhielt.

1974 profitierte die DKP auch von der »Entspannungspolitik« der Bundesregierung, die eine gewisse Auflockerung des Antikommunismus in der sog. öffentlichen Meinung mit sich brachte. Zitat: »Vor vier Jahren wurden in der öffentlichen Meinung z. T. auch in den Massenmedien die unbestreitbaren

¹ Mit den Hauptzügen dieser Wahlentscheidung, haben wir uns im Leitartikel der letzten »Arbeiterpolitik« auseinandergesetzt.

Vorzüge des Sozialismus wie gute Schulen und Berufsausbildung, Sicherheit der Arbeitsplätze, Rationalisierung für und mit den Kollegen usw. anerkannt. Heute werden in der bürgerlichen Presse ausschließlich angebliche Menschenrechtsverletzungen hochgespielt.« (»Blitz«) Die DKP war damals nicht in der Lage, ihrem Anhang zu erklären, was es mit der zeitweiligen »Entspannung« auf sich hat. »Entspannung« ist die Atempause, die die weltpolitischen Lager — das kapitalistische unter der Oberherrschaft der USA und das sozialistische mit der Hauptmacht Sowjetunion — nach der Politik des Kalten Krieges und dem Scheitern des westlichen Versuchs eingelegt hatten, mit der Politik des »roll back« (Zurückdrängens des russischen Einflusses zumindest bis an die Vorkriegsgrenzen mit zuerst der atomaren Drohung — die USA hatten das Atomwaffenmonopol — und dann durch wirtschaftlichen Druck und Boykott). »Entspannung« war vorübergehend notwendig, um die Kräfte neu zu gruppieren, denn der grundlegende Gegensatz zwischen den Ländern mit sozialistischer Planwirtschaft und denen mit Profitwirtschaft ist nicht aus der Welt zu schaffen. Die DKP redete von den Vorteilen des Handels mit dem angeblich »unerschöpflichen Meer des sozialistischen Marktes«, ganz im Sinne »konstruktiver Politik«, die nicht ausspricht, daß es für die westdeutschen Unternehmer gute Gelegenheiten zu profitbringenden Geschäften gab, während sich die sozialistischen Länder Mittel verschafften, die ihnen halfen und helfen, in dieser Atempause den wirtschaftlichen Aufbau zu beschleunigen.

Eine Partei, die sich zum Vertreter der jeweiligen diplomatischen Interessen der Sowjetunion und der DDR macht, kann natürlich im Zeichen der Entspannung gewisse »Erfolge« erzielen, solange diese Periode andauert. Diplomatie ist aber das Mittel, den internationalen Gegener über die wirklichen eigenen Absichten und Ziele zu täuschen. Die Arbeiter der BRD brauchen aber nicht neue Illusionen und Täuschungen, sondern eine Erklärung der wirklichen weltpolitischen Vorgänge und Verhältnisse.

Unter dem Deckmantel von »Frieden und Zusammenarbeit in Europa« schmieden beide Seiten in Helsinki und Belgrad neue Waffen der ideologischen Auseinandersetzung. Die DKP trägt eifrig und mit großem Aufwand dazu bei, die Konfusion über diese Friedensbeteuerungen zu vergrößern.

Vom »Agenten« Biermann zum »Agenten« Bahro

Viele ihrer eigenen Mitglieder und Anhänger hatten Mühe, die Rechtfertigung der Ausbürgerung Biermanns aus der DDR hinzunehmen, der immerhin die DDR für den besseren der beiden deutschen Staaten hält. Wenn ihm »Agententätigkeit« vorgeworfen wird, ohne dies belegen zu können, dann ist das nur das Eingeständnis der Unfähigkeit zur sachlichen Auseinandersetzung. Diese Haftung muß nach den vorangegangenen Beteuerungen zur allgemeinen Wahrung der »Menschenrechte« Zersetzung in die eigenen Reihen tragen.

Bei der diesjährigen Bürgerschaftswahl empfahl sich die DKP u. a. auch als Verteidiger »demokratischer Freiheiten«. Sie erklärte nicht, was sie unter »Demokratie« versteht. In den Augen der kleinbürgerlich denkenden Masse der Arbeiter werden darunter heute die formalen Rechte, alle vier Jahre Abgeordnete zu wählen, seine eigene Meinung behalten dürfen usw. verstanden.

Die »Demokratie« existiert in der BRD wie in der DDR nur formal, weil sie auf dem Rücken der nach dem Krieg unter ausländischer Besatzung politisch ohnmächtigen deutschen Bevölkerung und besonders der Arbeiterklasse aufgebaut wurde. Hier in der BRD gibt es alle paar Jahre Wahlen, die treu und brav durchgeführt werden, damit danach die Abgeordneten des Volkes sich wieder unbeaufsichtigt ihren »Gewissenqualen« aussetzen können. Hier dürfen die Arbeiter »wählen« zwischen mehreren Volksparteien, dort bekommen sie allerdings nur die »Einheitsfront« (auch mit einer CDU, LDP usw.) vorgesetzt. Dort in der DDR müssen sie wählen und über jeden Plan diskutieren, hier dürfen sie sich nicht in die Entscheidungsgewalt der Unternehmer einmischen.

Während in der BRD nach dem Krieg die kapitalistische Ordnung wieder aufgebaut wurde, mußte die russische Besatzungsmacht dort verhindern, daß das Gebiet militärstrategisch wieder verloren geht und eine neue Gefahr entsteht. Deshalb entmachtete sie die Unternehmer und Großgrundbesitzer. Deshalb baute sie mit ihr verbundene nicht-kapitalistische Wirtschaftsgrundlagen auf. Da sie dabei nicht

auf eine politisch reife Arbeiterklasse traf, die sich ihr gegenüber Geltung verschafft hätte, mußte sie den Aufbau ohne die Beteiligung und zum Teil gegen den Willen der Arbeiter mit ihren Methoden durchführen. Die Befestigung der Zonengrenze und später die Berliner Mauer sind Konsequenzen dieses Weges. Ohne Mauer gäbe es keine wirtschaftlich lebensfähige DDR — das wissen auch die Menschen in der DDR, die dem Staat, in dem sie leben im allgemeinen gleichgültig oder kritisch gegenüberstehen, wobei sie aber nicht alles ablehnen, was dort von ihnen geschaffen wurde.

Nach dem Fall Biermann folgte der Fall Bahro. Der ehemalige SED-Genosse Bahro veröffentlichte in einem westdeutschen Gewerkschaftsverlag sein Buch, in dem er den bisherigen Weg der Länder Osteuropas mit allen seinen Opfern und Beschränkungen als notwendig zu erklären versucht und gleichzeitig auf dieser Grundlage einen Weg zum kommunistischen Ziel als »Alternative« zu den bestehenden Verhältnissen aufzeigen will. Er wurde verhaftet und inzwischen zu 8 Jahren Haft verurteilt. Dies Vorgehen der DDR-Behörden widerspricht den landläufigen Vorstellungen von »Demokratie« und »Menschenrechten«.

Die DKP erklärt ihren Mitgliedern, daß die SED und die zuständigen Gerichte der DDR »zweifelsfrei« festgestellt hätten, daß Bahro »vorsätzlich fabrizierte Falschmeldungen, grobe Entstellungen und wahrheitswidrige Behauptungen unter Anwendung hinlänglich bekannter geheimdienstlicher konspirativer Mittel, Methoden und Kanäle den gegen die DDR tätigen feindlichen Personenkreisen zugänglich machte. Dabei wirkte er intensiv mit Korrespondenten von Massenmedien der BRD zusammen...« — So etwas kann eine regierende Partei in einem sozialistischen Lande gewiß nicht zulassen — wenn die Behauptung der SED und der DDR-Gerichte stimmt. Die DKP und die DDR liefern aber für diese Behauptungen keine Beweise. Sie erwarten also, daß ihre Mitglieder, die Wähler und die Arbeiter ihren Erklärungen blindes Vertrauen schenken.

Die Partei erwartet von ihren Mitgliedern, sie sollen den Kollegen am Arbeitsplatz Antwort geben auf ihre Fragen. Wie sollen sie das können, wenn die Partei ihnen selbst keine gibt? Die Gegner des Kommunismus nutzen jede Gelegenheit, die Arbeiter gegen den Sozialismus zu beeinflussen. Da hilft kein Jammern, das ist ihr Recht. Um etwas Wirksames dagegen zu tun, reicht es nicht aus, daß die Kommunisten den Arbeitern Parolen an den Kopf werfen, die sie selbst nicht ernst nehmen.

Wie soll eine Partei Vertrauen genießen, wenn sie Andersdenkende in dieser Weise behandelt? Viele DKP-Mitglieder und -Wähler setzen ihre stille Hoffnung auf den Eurokommunismus. Und wieder erweist sich diese Parteiführung als unfähig, ihren Mitgliedern die Ursachen dieser Widersprüche in der kommunistischen Bewegung zu erklären. Stattdessen Schimpfen und Verrätergeschrei, das bis zum Ausschluß oder Wegekeln von fragenden Mitgliedern (wie in Bochum) führt.

Die Anti-AKW-Bewegung ging an der DKP vorbei

Was es mit der »Demokratie« hierzulande auf sich hat, zeigt folgende Tatsache: jede Bewegung, die hier entsteht, kann sich nicht lange in den vorgefundenen demokratischen Formen und Spielregeln bewegen. Das zeigt die Bewegung gegen die Atomkraftwerke, die die Bürgerinitiativen als ihre Organisationsform weiterentwickelte. Die DKP versuchte anfangs, sich hier zu beteiligen. Wenn die Sprache auf die Atomkraftwerke in den sozialistischen Ländern kam, mußte die DKP sie dort verteidigen. Ihre Unfähigkeit zur politischen Auseinandersetzung brachte sie dazu, ihren eigenen Verein (stop dem Atomprogramm) aufzumachen, der aber mangels Bedeutung sogleich ins Vergessen geriet. Das zeigt ihre wachsende Isolierung in der Jugend. (Der DKP-Anteil unter den 18-25-jährigen betrug bei der Hamburger Wahl nur noch 1 Prozent!)

Die Wahlbeteiligung von Grünen und Bunten Listen hat ihre Logik aus der Entwicklung der Bewegung heraus, die zur Verhinderung der Atomkraftwerke angetreten war. Das beweist auch das Wahlergebnis. Die DKP sprach aber von »Spaltung der demokratischen Bewegung« und stellte sich dem entgegen. Sie sah in der Bunten Liste-HH »politische Falschmünzer«, die einen »antigewerkschaftlichen Kurs« steuern. »Diesen Leuten mißfiel, wie den Unternehmern, die Kraft der geeinten gewerkschaftlichen Solidarität im Hafener

Arbeiterstreik. Gewerkschaftler seien in diesem beispielhaften Arbeitskampf von „ihren Funktionären“ angeblich „verschaukelt“ worden.“ (Zitate aus DKP-Flugblatt vor der Wahl). Hier hat sich die DKP mit ihrer kritiklosen Haltung gegenüber der Gewerkschaftsführung selbst verfangen: es ist keineswegs der Eindruck von KB-Leuten, verschaukelt worden zu sein, das war der allgemeine Eindruck der einfachen ÖTV-Mitglieder im Hafen. Das zeigt auch ihre Ablehnung des ersten Tarifabschlusses (Vgl. den Bericht „Die Hafnarbeiter streiken“, in Arpo 1/78).

Um auf Pawek zurückzukommen: kritisches Denken und Beraten in einer Partei ist nicht gleichsam über Nacht, bürokratisch von oben zu verordnen oder zu bewirken, etwa in der Heuß'schen Art: nun diskutiert man recht schön. So kann eine Partei nicht zur Führerin der Arbeiterklasse werden. Das erste, was uns in der heutigen Lage der Bewegung empfehlenswert zu sein scheint, ist politische Bescheidenheit.

Es ist für Anhänger und Vertreter dieser DKP nicht angebracht davon zu sprechen, daß „Motzer in den Parlamenten sehr schnell zu Clowns degenerieren, die niemand mehr ernst nimmt.“ (Pawek). Wer nimmt denn die DKP in Deutschland ernst? doch nicht einmal die eigenen Freunde in der DDR.

Welche Arroganz muß da zugrunde liegen, wenn Pawek von den „bündischen Rattenfängern von Hamburg“ spricht. Denkt er schon gar nicht mehr nach, daß es sich bei den Wählern und auch Aktiven der Bunten Liste doch wohl kaum um Ratten handeln kann? Das entspricht dem Niveau, wie die DKP vor der Wahl behauptete, der Spitzenkandidat der Bunten Liste, Holger Strohm, sei „von Klose und seinen Wahlstrategen“ entsandt — um der DKP zu schaden.

Und das ist es, was Arbeiter und vor allem junge Arbeiter von der DKP abstößt, die auf der Suche nach einer Perspektive und einem Ausweg aus den Widersprüchen in der Gesellschaft sind.

Ein Beitrag der Frankfurter Gruppe zur DDR-Diskussion

Bahros Kritik des „realen Sozialismus“

Zu seinem Buch: »Die Alternative«

I. Einleitung

Im Sommer 1977 wurde in der westdeutschen »Europäischen Verlagsanstalt« das Buch »Die Alternative« von Rudolf Bahro veröffentlicht. Rudolf Bahro ist DDR-Bürger und Wirtschaftsfachmann. In dieser Eigenschaft war er auch bis zu seiner Verhaftung am 23. August 1977 tätig. Seitdem wurde er unter dem unsinnigen Vorwurf der Spionage in Untersuchungshaft gehalten.

Anfang Juli dieses Jahres verurteilte ihn das Ostberliner Stadtgericht zu einer achtjährigen Freiheitsstrafe. Begründung: »Sammlung von Nachrichten« und »Geheimnisverrat«. In diesem Urteil dokumentiert sich die Hilflosigkeit und das Unvermögen der führenden Kräfte der DDR, sich offen politisch mit Bahros Thesen auseinanderzusetzen. Wir sind nicht mit dem Urteil einverstanden, aber wir können auch nicht in den Chor jener einstimmen, die der Bürokratie ihr bürokratisches Verhalten zum moralischen Vorwurf machen. Daß der Konflikt um Bahro administrativ und nicht politisch gelöst wurde, ist Ausdruck der bürokratischen Entwicklung des Sozialismus. Diesen Zustand können nur die Werktätigen der DDR durch ihre Initiative und aktive Teilnahme überwinden, indem sie so die Bürokratie überflüssig machen.

SED-Mitglied Bahro war als Redakteur einer wissenschaftlichen Zeitschrift und als Abteilungsleiter einer staatlichen Gummifabrik in Ostberlin tätig, wo er sich mit Rationalisierungsmaßnahmen und Arbeitsnormung befaßte. Die Erfahrungen, die er mit diesen Tätigkeiten machte, haben seine Kritik an den herrschenden Verhältnissen der sozialistischen Staaten, der DDR im besonderen, genährt. Der entscheidende Anstoß ging jedoch von den Ereignissen in der Tschechoslowakei im Jahre 1968 aus, den von der damaligen KP-Führung des Landes eingeleiteten Veränderungen und dem darauf folgenden Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen unter sowjetischer Führung. Seit dieser Zeit hat Bahro an dem Buch gearbeitet, das den Untertitel »Zur Kritik des real existierenden Sozialismus« trägt. Karl Marx hatte seinerzeit die Vorarbeiten zum Kapital unter dem Titel »Zur Kritik der politischen Ökonomie« veröffentlicht. Diese Analogie ist von Bahro durchaus beabsichtigt. Denn was Marx für die gesellschaftliche Formation des Kapitalismus geleistet hat, will Bahro für den »realen Sozialismus« leisten, den er entgegen Marx' Auffassungen als eigenständige gesellschaftliche Formation versteht. Dieser Anspruch ist auch unter Berücksichtigung von Bahros eigenen Einschränkungen sicher nicht gerechtfertigt. Aber es gibt trotzdem Gründe, die Bahros Arbeit interessant machen und die verbieten, ihn schlicht als weiteren »Systemkritiker« à la Soischenizyn anzusehen. Den bequemsten wie gedankenlosen Vorwand, das Erscheinen des Buches in einem westdeutschen Verlag sage schon genug über den Inhalt, können wir nicht teilen.

Rudolf Bahro hält unbedingt am **kommunistischen Ziel** fest. Er konfrontiert die Wirklichkeit des »realen Sozialismus« mit

den Zielen, so wie sie von Marx und Engels formuliert wurden. Ein solcher Vergleich ist nun aber nicht — wie man meinen könnte — einfach als idealistische Klage über eine »schlechte« Wirklichkeit abzutun. Die gängige Praxis in der DDR und anderen sozialistischen Staaten, die herrschenden Verhältnisse schon als fertigen, zumindest fast fertigen Sozialismus auszugeben, der sich in der SU gar schon im Übergang zum Kommunismus befinden soll, kann nur dazu führen, die Idee des Sozialismus und Kommunismus zu diskreditieren und im Bewußtsein der Massen auf den Hund zu bringen. Der ideologischen Unterwanderung durch den Westen kann das nur dienlich sein. Demgegenüber festzuhalten, was eine sozialistische und schließlich kommunistische Gesellschaft tatsächlich ausmacht, daß die Entwicklung der sozialistischen Staaten dort noch nicht angekommen ist und die herrschenden Verhältnisse keineswegs das sind, als was sie offiziell ausgegeben werden, ist in den sozialistischen Staaten durchaus nicht selbstverständlich. Es ist aber unbedingt nötig, denn eine alte Erkenntnis der Arbeiterbewegung besagt, daß die Zerstörung von Illusionen — positiver wie negativer — die Voraussetzung für die nächsten Schritte ist.

Das sich der bisherige sozialistische Aufbau unter schwierigen historischen Bedingungen vollziehen mußte und man den Sozialismus überhaupt als langwierigen und auch widersprüchlichen Prozeß des Übergangs von der kapitalistischen zur kommunistischen Gesellschaft zu verstehen hat, kann nicht davon entheben, sich immer des Unterschieds zwischen Wirklichkeit und angestrebtem Ziel bewußt zu bleiben — nicht, um den Stab über der »schlechten« Wirklichkeit zu brechen, sondern um überhaupt in der widersprüchlichen Entwicklung den Kurs halten zu können.

In Bahros Buch ist die Enttäuschung zu spüren, daß die Partei nicht die Initiative und die Massen nicht die Bereitschaft zeigen, auf dem von ihm für notwendig erachteten Weg voranzuschreiten. Trotzdem ist aber sein Versuch beachtenswert, in den **gegebenen Verhältnissen** der DDR und der übrigen sozialistischen Staaten den Weg und die Mittel zu suchen, die ein Voranschreiten auf dem Weg zum Kommunismus ermöglichen sollen, auch wenn dieser Versuch mit grundlegenden Fehlern behaftet ist, die sich u. a. aus der **isolierten Stellung** erklären, in der sich ein kritischer Kopf wie Bahro befindet.

Die Grundlage von Bahros Analyse sind tatsächlich ablaufende Prozesse und Widersprüche in der gesellschaftlichen Realität der DDR. Sie kommen — vermittelt und gebrochen — in seinem Buch zum Ausdruck. Es ist insofern auch eine **Quelle von Informationen**, die auf anderem Wege schwer zugänglich sind. An erster Stelle gehört dazu die Beschreibung des Funktionierens der bürokratischen Apparate (v. a. Kapitel 8 seines Buches). Die Grenzen der bürokratischen Regulierung des Lebensprozesses der Gesellschaft (ihrer Produktion und Reproduktion) werden deutlich.

Grenzen, die u. a. ihren Ausdruck in vergleichsweise niedriger Arbeitsproduktivität und Arbeitsdisziplin finden. Bahro schreibt: *«Es liegt nicht am schlechten Willen der Spitze, sondern an der Untauglichkeit des bürokratischen Prinzips, wenn die Wirtschaft mit wachsendem Umfang und wachsender Differenzierbarkeit der Akkumulation eine Tendenz zur Stagnation aufweist.»*¹

Es ist schließlich abzusehen, daß Bahros Thesen in Teilen der westdeutschen Linken sowohl unkritische Aufnahme und Zustimmung als auch unkritische Ablehnung und Verurteilung finden werden. Auf die eine oder andere Weise werden wir damit konfrontiert werden und gezwungen sein, uns damit auseinanderzusetzen.

Die Reaktionen der westdeutschen Linken, die mehr über ihren Zustand als über Bahro und die DDR aussagen, können an dieser Stelle nicht analysiert werden.

In der folgenden Beurteilung von Bahros Buch können wir nicht auf alle Aspekte eingehen, die er thematisiert. Es fehlt auch eine genaue Analyse der Entwicklungen in der DDR, die es erst ermöglichen würde, die Frage zu beantworten, inwieweit Bahros Thesen ihr Ausdruck sind.

Um der Gefahr zu entgehen, besonders eingehende Formulierungen überzubewerten, die in seinem Gesamtkonzept aber nur eine untergeordnete oder illustrierende Rolle spielen, wollen wir versuchen, die **Hauptlinien seiner Argumentation** herauszuarbeiten. Diese bestehen im wesentlichen in der Einschätzung des *«realen Sozialismus»* als einer eigenständigen Gesellschaftsformation, der Rolle der alten Arbeitsteilung und schließlich der Rolle der Arbeiterklasse. Bahros alternatives Konzept ist nur vor diesem Hintergrund zu verstehen.

Die Zitate im folgenden Text stammen aus dem Buch und einer Dokumentensammlung, beide 1977 bei EVA erschienen.

II. Der *«real existierende Sozialismus»* — eine eigenständige Gesellschaftsformation?

Die Entwicklung des *«realen Sozialismus»* seit der Oktoberrevolution ist für Bahro der Beweis, daß mit der Aufhebung der kapitalistischen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel **Herrschaft und Ausbeutung** noch keineswegs verschwunden sind. Für Bahro geht das klar aus der Gegenüberstellung von herrschender Wirklichkeit und kommunistischen Zielvorstellungen hervor. Für Bahro folgt aber aus diesem **Unterschied von Wirklichkeit und Ziel** durchaus nicht die Verurteilung der **bisherigen** Entwicklung des *«realen Sozialismus»*. Er wendet sich im Gegenteil gegen die Tradition von Auffassungen, die diesen Unterschied von Realität und Ziel aus **Verrat und Deformation** erklären wollen: *«Ich bin entschieden der Ansicht, daß es höchste Zeit ist, unter revolutionären Marxisten mit aller ‚Deformationstheorie‘ Schluß zu machen, Schluß mit der alten Empörung über entstellten und über ‚verratenen‘ Sozialismus, so begreiflich sie einmal war.»*²

Er plädiert dafür, den *«realen Sozialismus»* in seiner bisherigen Entwicklung und künftigen Perspektiven aus **seinen eigenen Gesetzmäßigkeiten** zu erklären. *«Die so-wjetische Tragödie muß begriffen werden. Sie beruht darauf, daß die russische sozialistische Bewegung des Jahrhundertanfangs objektiv eine andere Aufgabe zu erfüllen vorfand als die, zu der sie sich berufen glaubte.»*³

Bahro kommt zu dem Resultat, daß zwischen der Aufhebung des kapitalistischen Privateigentums und dem Sozialismus entgegen den traditionellen Auffassungen des Marxismus noch **eine ganze gesellschaftliche Formation** liegt, die sich in ihrer nichtkapitalistischen Struktur sowohl vom Kapitalismus als auch Sozialismus unterscheidet. Sie ist gekennzeichnet durch das Fortdauern von **alter Arbeitsteilung und Staatsstrukturen**, woraus das Fortdauern von Herrschaft und Ausbeutung folgt. In Anlehnung an die offizielle Selbstbezeichnung nennt Bahro diese Formation *«real existierenden Sozialismus»*.

Daß alle bisherigen Revolutionen in Ländern mit vorkapitalistischen oder unterentwickelten kapitalistischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen stattfanden, ist für Bahro kein Zufall, sondern gerade Ausdruck der Besonderheit dieser Formation: *«Denn der real existierende Sozialismus ist die Ordnung, unter der sich Länder vorkapitalistischer*

*Formation eigenständig die Voraussetzungen des Sozialismus erarbeiten, wobei der Druck der vom Kapitalismus erzeugten Produktivkräfte den entscheidenden Anstoß gibt.»*⁴

In dem Umweg über den *«nichtkapitalistischen Entwicklungsweg»* sieht Bahro die List der Geschichte, jene extremen Unterschiede der Produktivkraftentwicklung im Weltmaßstab tendenziell einzuebnen und so weltweit günstigere Bedingungen für den Sozialismus zu schaffen. Was also von Bahro *«real existierender Sozialismus»* genannt wird, ist eine Formation, die vor dem eigentlichen Sozialismus liegt und im besten Fall unter Umgehung des Kapitalismus (nichtkapitalistische Industrialisierung) an die Schwelle des Sozialismus heranführt.

Den *«realen Sozialismus»* als eine besondere Gesellschaftsformation zu verstehen und nicht als einen Entwicklungsabschnitt **innerhalb des Sozialismus** wird von Bahro nicht sehr überzeugend begründet. Er schreibt: *«Zweifellos ist in unserer Formation welthistorisch gesehen eine objektive Tendenz zur Überwindung der antagonistischen Struktur wirksam. Unsere Verhältnisse könnten ein Prozeß sein, in dem die Leistungsfunktionen ihren Klassencharakter verlieren. Aber dann müßten die führenden Elemente der Gesellschaft die ersten sein, die die neuesten Formen der ältesten Widersprüche aufdecken. Indem sie sie verbergen, bestätigen und verfestigen sie sich in ihrer Eigenschaft als herrschende Schicht.»*⁵

Es ist also das **subjektive Versagen** der *«führenden Elemente der Gesellschaft»*, der Partei- und Staatsbürokratie, die nicht bereit sind, die Initiative zur endgültigen Abschaffung von Herrschaft und Ausbeutung zu ergreifen, worauf sich Bahros Begründung stützt. Von einem **Prozeß** des Sozialismus zu sprechen, scheint für Bahro davon abhängig zu sein, daß er **harmonisch** verläuft. — Prozeß, Bewegung heißt aber immer auch Gegensatz und Widerspruch, das Gegenteil von Harmonie. Und solange die klassenlose Gesellschaft noch nicht erreicht ist, muß man wohl davon ausgehen, daß sich die gesellschaftliche Entwicklung in Widersprüchen vollzieht. Diese Widersprüche haben im Sozialismus freilich einen anderen Charakter als im Kapitalismus. Die notwendige Überwindung der hemmenden gewordenen bürokratischen Form durch das selbstbewußte Eingreifen eines entscheidenden Teils der Werktätigen gehört zweifellos zu den entscheidenden **neuen Widersprüchen**.

Die osteuropäischen Länder im allgemeinen, die DDR und die Tschechoslowakei im besonderen, sind aber nicht typisch für diesen *«nichtkapitalistischen Weg»*. Es ist vielmehr die Entwicklung der SU seit der Oktoberrevolution, die sich auch prägend auf die übrigen sozialistischen Staaten ausgewirkt hat. Diese **historische Entwicklung** der SU und auch der davon beeinflussten anderen sozialistischen Staaten hat für Bahro **unbestritten positiven Charakter**. Während andere Kritiker der sozialistischen Staaten das Fehlen demokratischer Formen und die Existenz bürokratischer Verkümmierungen beklagen, erkennt Bahro klar die Unvermeidlichkeit dieser Entwicklung, die sich aus den historischen Aufgaben und Bedingungen ergeben hat und nicht durch die Böswilligkeit oder den Verrat der politischen Führer entstanden ist. *«Jedenfalls ist es falsch, die Abwesenheit von Masseninitiative auf die Tätigkeit der Bürokratie zurückzuführen (wie es sekundär zweifellos der Fall ist!), ohne zuvor anzuerkennen, daß die Rolle der Bürokratie als ‚einziger Initiator‘ primär der Ersatz für fehlende Masseninitiative war. ... Der Apparat hat ursprünglich den werktätigen Massen keine positiv wahrgenommenen Rechte und Aktivitäten streitig gemacht. Man kann ihm nur vorwerfen, die alte Unmündigkeit weiter zu reproduzieren.»*⁶

Die **bisherige** Entwicklung des *«realen Sozialismus»*, insbesondere der SU wird von Bahro also durchaus **positiv und realistisch** eingeschätzt.

Was aber den **gegenwärtigen** Zustand und seine Perspektive betrifft, gibt es in Bahros Einschätzung **einen deutlichen Bruch**: Erkannte er die **Passivität der Massen** als eine wesentliche Bedingung für Bürokratisierungen in Partei und Staat, so sieht er jetzt in dieser Bürokratie das **entscheidende Entwicklungshemmnis**. Sie ist es nunmehr, die verantwortlich ist für Passivität und Unmündigkeit der Massen. Verantwortlich deshalb, weil sie nichts dagegen unternimmt und sogar den bestehenden Zustand weiter reproduziert. Die beschränk-

¹ Alternative, S. 166

² Alternative, S. 17

³ Dokumentation, S. 17

⁴ Alternative, S. 241

⁵ Alternative, S. 166

⁶ Alternative, S. 241

ten und eigennütigen Interessen der Bürokratie, die sich aus ihrer Spitzenstellung in der arbeitsteiligen Hierarchie ergeben, liegen ihrem Bemühen zugrunde, diese Hierarchie für immer festzuschreiben. Die Produktivkraftentwicklung im »realen Sozialismus« hat aber nach Bahros Auffassung schon längst die bürokratische Form und die alte Arbeitsteilung überholt und zu Hemmnissen werden lassen. Der auf dem nichtkapitalistischen Weg erreichte Entwicklungsstand ist in den fortgeschrittensten sozialistischen Staaten ausreichend, an die Abschaffung von alter Arbeitsteilung und staatlichen Herrschaftsverhältnissen zu gehen. Diesen Schritt hält Bahro für **möglich**, aber auch **notwendig**, da die in den bestehenden Verhältnissen geübte Unterstützung des **Konsumstrebens** durch die Zerstörung der Umwelt und die Verschwendung natürlicher Ressourcen schwerwiegende ökologische Gefahren heraufbeschwört, die von einem gewissen Punkt ab nicht mehr rückgängig zu machen sind.

Den »Urgrund« von Herrschaft und Ausbeutung sieht Bahro in der **alten Arbeitsteilung**. Darauf soll nun näher eingegangen werden.

III. Alte Arbeitsteilung, Herrschaft und Ausbeutung

Bei seinen Überlegungen zum Verhältnis von Arbeitsteilung und Herrschaft stützt sich Bahro auf eine Interpretation entsprechender Stellen im Werk von Marx und Engels. Beide analysieren dort, wie die Arbeitsteilung in den ursprünglichen Gemeinwesen mit zunehmender Differenzierung in die Breite auch durch Über- und Unterordnung, d.h. politische Herrschaft, geprägt wurden.

Bei den mit politischer Herrschaft verbundenen arbeitsteiligen Funktionen handelt es sich um solche, die die Zusammenfassung der Gesellschaft als Ganzes gewährleisten sollen: Ideologieproduktion (Religion), aber auch Wahrnehmung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben wie Bewässerungssysteme u. ä. Diese Funktionen verschmolzen zunehmend mit Herrschaft und Ausbeutung, und es **scheint**, als sei die Klassenteilung ein bloßes Anhängsel dieser arbeitsteiligen Funktionen. Engels schreibt im Anti-Dühring: »Es ist das Gesetz der Arbeitsteilung, das der Klassenteilung zugrundeliegt.«⁷ Bahro interpretiert diese Formulierung nun dahin, daß Klassenherrschaft zu einem bloßen Resultat der Arbeitsteilung wird: Priester, Philosophen etc. konnten in den ersten Klassengesellschaften politische Herrschaft ausüben und ökonomisch ausbeuten, **weil** sie die Spitze in der arbeitsteiligen Hierarchie einnahmen und das allgemeine Wissen, das allein den Überblick über das Ganze des gesellschaftlichen Zusammenhanges vermitteln kann, in ihrer Hand bzw. in ihrem Kopf monopolisierten.

Die Feststellung von Engels zielte nur darauf ab, die historische Notwendigkeit der Klassenteilung als Weiterentwicklung der Arbeitsteilung und damit der Produktivkraftentwicklung zu kennzeichnen. Über- und Unterordnung im Rahmen der Klassenspaltung einmal gegeben, drückt sie der arbeitsteiligen Organisation der Gesellschaft ihren je spezifischen Stempel auf. Arbeitsteilung wird zu einem **Instrument** und **Bestandteil** der **Herrschaftsausübung der herrschenden Klasse**.

Es muß in die Irre führen, die Arbeitsteilung schlechthin, d.h. ohne Bezug zum jeweiligen Zusammenhang der gesellschaftlichen Formation, zu analysieren. Dabei soll nicht unterschlagen werden, daß die negativen Auswirkungen der Arbeitsteilung, die Kettung der Individuen an bestimmte Funktionen und insbesondere die Trennung von Hand- und Kopfarbeit, mit der Aufhebung des kapitalistischen Privateigentums keineswegs verschwunden sind. Das hat aber auch kein ernsthafter Marxist bisher behauptet.

Bahro stellt jedoch die Dinge auf den Kopf. Für ihn bestehen Herrschaft und Ausbeutung im »realen Sozialismus« fort, weil die alte Arbeitsteilung noch nicht gefallen ist. Und daß sie noch nicht gefallen ist, liegt — zumindest in der jetzigen Phase — daran, daß die Partei- und Staatsbürokratie dieser Veränderung im Wege steht, sie bewußt blockiert und die bestehenden Verhältnisse festschreiben will. Bei Bahro ist es wesentlich die Stellung der entsprechenden Klasse oder auch Schicht in der **Hierarchie der Arbeitsteilung**, die über ihre

Befähigung zur politischen Herrschaft entscheidet. Am kapitalistischen Beispiel machte Marx klar, daß sich für ihn das Problem gerade andersherum stellte: »Der Kapitalist ist nicht industrieller Leiter, weil er industrieller Leiter ist, sondern er wird industrieller Leiter, weil er Kapitalist ist. Der Oberbefehl in der Industrie wird Attribut des Kapitals, wie zur Feudalzeit der Oberbefehl in Krieg und Gericht Attribut des Grundeigentums war.«⁸

Auf die Verhältnisse der sozialistischen Staaten bezogen bedeutet das: Nicht weil sie die Spitze der arbeitsteiligen Hierarchie besetzt haben, kommt den Bürokraten die politische und ökonomische Macht zu, sondern umgekehrt: Sie kann diese Spitze nur besetzen, weil ihr in den gegebenen Verhältnissen die Macht zukommt. Diesen Umstand gilt es zu erklären. Auch Bahro spricht davon, daß sich Bürokratie und unmündige Massen einander wert sind. Hinter dieser Feststellung verbirgt sich auch tatsächlich der wesentliche Grund bürokratischer Verfestigung: Das nicht vorhandene Eingreifen eines entscheidenden Teils der Werktätigen in den gesellschaftlichen Planungs- und Leitungsprozeß. Aus diesem Mangel an revolutionärer Dynamik erklärt sich letztlich auch die historische Berechtigung der Bürokratie. In der SU hatten nach der Oktoberrevolution 1917 Bürgerkrieg, Hungersnot und die davon ausgelöste Flucht der Arbeiter aufs Land die faktische Aufhebung der Arbeiterklasse als politisches Subjekt zur Folge. Zu vermuten ist, daß auch unter günstigeren Umständen die gigantische Aufgabe, die ursprüngliche Akkumulation nachholend zu organisieren, zu bürokratischen Verhärtungen geführt hätte. In der DDR bzw. SBZ wurden die gesellschaftlichen Veränderungen im Gefolge der sowjetischen Besetzung und orientiert an sowjetischen Erfahrungen eingeleitet, ohne daß die dortige Arbeiterklasse revolutionär gekämpft hätte. Unter solchen Bedingungen konnte der sozialistische Aufbau nur bürokratisch begonnen werden. Dieser Umstand wird von Bahro auch durchaus anerkannt: »Der Export des sowjetischen ‚Modells‘ hatte ursprünglich eine revolutionäre und progressive Bedeutung. ... Jedenfalls hielt die geschichtliche Situation nicht etwa eine bessere Lösung für Osteuropa bereit. Die SU gab hier, was sie nach der Logik der eigenen inneren Bedingungen geben konnte, und zwar durchaus bis an die Grenze ihrer Möglichkeiten.«⁹

Unter den gegebenen inneren Verhältnissen und dem Druck der weltpolitischen Gegensätze war die bürokratische Form von Partei und Staat die **Verteidigungslinie der sozialen Revolution**, indem sie die Rückkehr zu den alten Verhältnissen verhinderte. Die **aktive** Seite der Bürokratie bestand wesentlich in der nachholenden Akkumulation und dem Wiederaufbau der kriegszerstörten wirtschaftlichen Grundlagen.

Ihre gesellschaftlichen Voraussetzungen machen es der Bürokratie unmöglich, über diese Grenze hinauszugehen. Auch beim besten Willen der Bürokraten ist das kommunistische Ziel nicht auf der Grundlage von **Passivität** und **Gleichgültigkeit** der Massen zu erreichen. Die proletarische Demokratie, die die Zentralgewalt zu kontrollieren hätte, läßt sich nicht von oben anordnen, sie kann nur aus der **Bewegung** relevanter Teile der Werktätigen hervorgehen. Diese Bewegung muß sich auch gegen den Widerstand der Bürokratie oder Teile davon durchsetzen. Aber von dieser zu verlangen, was sie nicht geben **kann**, ist sinnlos.

Bahro geht allerdings in die Irre, wenn er meint, mit der Ausschaltung der Bürokratie werde die gesellschaftliche Dynamik in Richtung Kommunismus freigesetzt. Die bürokratische Schranke kann vielmehr nur dann fallen, wenn und insoweit sich die bewußte Aktivität der Massen entwickelt, weil sie **dann** überflüssig und durch keine Macht mehr zu halten ist. Ebenso kann nicht in der Aufhebung der alten Arbeitsteilung die **Voraussetzung** für revolutionäre Massenaktivität gesehen werden, sondern nur indem sich diese entfaltet, kann auch die alte Arbeitsteilung fallen. Mit der Abschaffung des kapitalistischen Privateigentums ist dafür bereits eine notwendige Bedingung geschaffen, die für sich allein genommen freilich nicht ausreicht und auch keine sichere Garantie für die künftige Entwicklung darstellt.

⁷ Marx-Engels-Werke, Band 20, S. 262

⁸ Marx-Engels-Werke, Band 24, S. 352

⁹ Alternative, S. 400

IV. Über die Rolle der Arbeiterklasse

Insoweit es um die revolutionären Ziele und selbständige Aktionsfähigkeit der Arbeiterklasse geht, ist Bahros Argumentation von einem **grundlegenden Skeptizismus** durchzogen. Noch allgemeiner bezieht sich dieser Skeptizismus bei ihm auf die Möglichkeit eigenständigen Handelns aller unterdrückten Klassen in der Geschichte. Dieses Unvermögen der Arbeiterklasse, die allgemeine Emanzipation des Menschen, das kommunistische Ziel, auf ihre Fahnen zu schreiben, hat nach Bahros Auffassung seine Wurzel in der Stellung dieser Klasse in der arbeitsteiligen Hierarchie: Gezwungen ein Leben lang den größten Teil ihrer Kraft in untergeordneter und geistig anspruchsloser Tätigkeit zu verausgaben oder in Ersatzbefriedigungen zu vergeuden, fehlt ihnen die geistig-intellektuelle Voraussetzung für das übergreifende Denken, das erforderlich ist, das Ganze der Gesellschaft und ihre Perspektiven zu erfassen. ... *„das reale empirische Proletariat (gelangt) aus sich selbst heraus nur zu gewerkschaftlichen, tradeunionistischen Ausdrücken seiner Interessen.“*¹⁰

Oder noch schärfer formuliert: *„Die unmittelbaren Bedürfnisse der subalternen Schichten und Klassen sind immer konservativ“*, streben in Wirklichkeit nie positiv eine neue Lebensform an.¹¹

Bahro erkennt natürlich an, daß es letztlich ohne die Aktivität der Massen nicht geht, aber der **auslösende Impuls**, die organisierende Kraft und vor allem das kommunistische Ziel sind **von außen** an die Arbeiter herangetragen und mittels der kommunistischen Partei als Werkzeug den eigentlich konservativen Interessen der Massen übergestülpt. Es handelt sich um die alte These vom »Hineintragen des revolutionären Bewußtseins« in die Arbeiterklasse, die selbst außerstande ist, ein solches Bewußtsein zu entwickeln. Diese Auffassung hat in der kommunistischen Bewegung eine gewisse Tradition. Ihre Verfechter beziehen sich dabei meist auf eine 1901/1902 entstandene Schrift Lenins zur Organisationsfrage (»Was tun?«). Obwohl Lenin selbst später die polemischen Überspitzungen dieser Schrift korrigierte, wurde sie immer wieder zur Rechtfertigung eines am **revolutionären Wunsch** und weniger der gegebenen Wirklichkeit orientierten politischen Verhaltens herangezogen, das vom Glauben an die verändernde Macht von Agitation und Propaganda geleitet war. In der DDR schließlich konnte mit dieser Auffassung auch die »Revolution von oben« gerechtfertigt werden: Die Maßnahmen von Partei- und Staatsbürokratie waren so die Erfüllung eines Erziehungsauftrags gegenüber den noch nicht genügend bewußten Massen.

Man kann feststellen, daß sich ein ausgesprochenes **Mißtrauen in die Kraft der Arbeiterklasse** immer dann unter den Revolutionären ausgebreitet hat, wenn die tatsächliche Entwicklung die Kluft zwischen revolutionärem Wunsch und gesellschaftlicher Wirklichkeit breiter werden ließ und die Revolutionäre in die Isolierung gerieten oder zu geraten drohten. Bahro unterscheidet sich in **dieser Frage** im Kern nicht von jenen, die er als Partei- und Staatsbürokratie angreift. Die relative Isolierung von den Massen haben beide gemeinsam.

Der Marxismus ist für Bahro allerdings auch nicht die Theorie der Arbeiterklasse, sondern die Theorie sozialistischer Intellektueller für die Arbeiterklasse: *„Es waren stets linke Intellektuelle, die sich in die Lage versetzt fanden, den Marxismus als Ganzes einsehen zu können.“*¹² Bahro kritisiert in diesem Zusammenhang die Blindheit von Marx und Engels, die ihre eigene gesellschaftliche Rolle nicht erkannt hätten. Marx habe im »Kapital« schließlich nur den Nachweis erbracht, wie sich das Proletariat als Klassengegner der Bourgeoisie **innerhalb** der Grenzen des Kapitalismus bewege. *„Daß das Proletariat darüber hinaus das aktuelle Kollektivsubjekt der allgemeinen Emanzipation sein sollte, blieb eine philosophische Hypothese, in der sich die utopische Komponente des Marxismus konzentrierte.“*¹³

Was Marx als die »historische Mission des Proletariats« bezeichnete, die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise durch die soziale Revolution, ist für Bahro nichts weiter als eine von außen an die Arbeiter herangetragene Idee von Intellektuellen. Die Kritik an den herrschenden kommunistischen Parteien, speziell der SED, wurzelt in dieser Vorstellung: Da es nicht Resultat der Eigenbewegung der Massen sein kann, auf dem Weg zum Kommunismus

voranzuschreiten, muß nach Bahros Auffassung die Partei eben in diesem Sinn mobilisieren. Der »Fehler« oder gar das »Verbrechen« der Partei besteht dann darin, gerade nichts für die Mobilisierung der Massen getan zu haben. Partei- und Staatsführung versuchten im Gegenteil die überkommene arbeitsteilige Struktur festzuschreiben und so ihre damit verbundenen Privilegien zu sichern. Ihre ausgeprägten Eigeninteressen ließen von dieser Seite keine emanzipatorische Initiative mit gesamtgesellschaftlicher Orientierung erwarten.

Aus dieser Einschätzung zieht Bahro schließlich die Schlußfolgerung, daß sich diejenigen, die weiterhin am **„Ziel“** der allgemeinen Emanzipation des Menschen festhielten, in einer neuen Organisation zusammenschließen müßten. Bahro gibt ihr den Namen »Bund der Kommunisten«.

Nachdem aber sowohl die in ihren konservativen Tagesinteressen befangenen Massen als auch die sich an ihren Privilegien festklammernde Partei- und Staatsbürokratie ausgeschlossen sind, bleibt die Frage, wer denn eigentlich Träger dieser emanzipativen Interessen und Subjekt der Umwälzung sein soll. Den Schlüssel zum Verständnis dieser Frage liegt in Bahros Annahme von **Veränderungen in den Klassen- und Schichtstrukturen**. In diesem Zusammenhang kommt er zu dem Ergebnis, daß der Begriff der Arbeiterklasse in einer doppelten Weise untauglich geworden ist.

Einerseits fehlt im »realen Sozialismus« mit der Aufhebung des kapitalistischen Privateigentums und damit der Bourgeoisie als Klasse das dialektische Gegenüber der Arbeiterklasse.

In diesem Argument steckt durchaus ein richtiger Kern. Als politökonomischer Begriff drückt der marxistische Begriff der Arbeiterklasse ein **gesellschaftliches Verhältnis** aus, die subjektive Daseinsweise der Lohnarbeit in ihrem Gegensatz zum Kapital. Und genauso wenig wie »oben« ohne »unten« zu denken ist, ist der Begriff »Arbeiterklasse« ohne seinen gesellschaftlichen Gegensatz »Bourgeoisie« zu verstehen. Bahro ist zumindest insoweit zuzustimmen, als die gedankenlose Übertragung der auf die **bürgerliche Gesellschaft** bezogenen Begriffe auf die Verhältnisse der sozialistischen Staaten zu theoretischer Konfusion führen muß.

Die entscheidende Bedeutung in seiner Argumentation hat aber ein **zweiter Umstand**, aus dem sich die Untauglichkeit des Begriffs »Arbeiterklasse« ergibt. Bahro stellt fest: *„Gegenwärtig ist die eigentliche Klassengesellschaft im Weltmaßstab in voller Auflösung, nicht zuletzt in den klassisch kapitalistischen Ländern.“*¹⁴

Es gibt also nach Bahros Auffassung eine neue Entwicklung sowohl im Kapitalismus als auch im »realen Sozialismus«, die zur Auflösung der »eigentlichen Klassengesellschaft« führt. Dieses Neue sieht Bahro in der **Herausbildung einer neuen Mittelschicht**. Es handelt sich dabei um die **wissenschaftlich-technische Intelligenz**. In dieser Schicht verkörpert sich die durch die Produktivkraftentwicklung erzwungene **Verschmelzung von Leitungs- und technischen Funktionen**. Der wissenschaftlich-technische Spezialist stellt einerseits die unterste Sprosse der Leitungshierarchie dar, ist aber andererseits auch tief in den materiellen Produktionsprozeß eingegliedert. Trotz seiner fachwissenschaftlichen Befangenheit hat sich dieser Spezialist jedoch ein geistiges **Abstraktionsvermögen** erworben, *„... das sich auch als Werkzeug der subjektiven, und darüber vermittelt der historischen Reflexion verwenden läßt. Daher steht der Ingenieur der ‚Philosophie‘ potentiell weitaus näher als die Köchin, und der soziale Gegensatz zwischen Spezialistentum und dem etablierten allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Management dürfte das progressiv bewegende Moment in der nächsten Phase des Übergangsprozesses sein.“*¹⁵

Was Bahro zunächst noch etwas diffus mit »emanzipativen Interessen« umschrieben hatte, hat nun in der Schicht der wissenschaftlich-technischen Spezialisten einen ersten konkreten Bezugspunkt gefunden. Neben den berufsmäßigen Ideologen (z. B. Künstler, Gesellschaftswissenschaftler), bei denen die Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen nach Bahros Meinung zuerst aufbrechen wird¹⁶, sind es diese Spezialisten, die die Möglichkeit haben, die übergreifenden Interessen der allgemeinen menschlichen Emanzipation zu

¹⁰ Alternative, S. 229

¹¹ Alternative, S. 174

¹² Alternative, S. 232

¹³ Alternative, S. 233

¹⁴ Alternative, S. 191

¹⁵ Alternative, S. 206

¹⁶ Vgl. Alternative, S. 370

entwickeln. Diese Möglichkeit haben sie durch ihre Stellung in der arbeitsteiligen Hierarchie, die ihnen zwar die geistige Beweglichkeit ermöglicht, sie aber nicht der korrumpierenden Wirkung der Privilegien an der Spitze dieser Hierarchie aussetzt.

Bahro ist sich bewußt, daß es ohne selbständiges Handeln der großen Masse keinen Fortschritt zum Kommunismus geben kann. Er strebt deswegen an, planmäßig die **Voraussetzungen** zu schaffen, die diese Massen überhaupt erst zu selbständigem Handeln befähigen. Der wesentliche Hebel dazu ist eine tendenziell universale Bildung für möglichst viele Gesellschaftsmitglieder. Die »subalternen Verhaltensstrukturen«, d.h. die Verhaltensweisen »kleiner Leute«, die ihrer untergeordneten Stellung im System der arbeitsteiligen Hierarchie entsprechen, sollen so schrittweise abgebaut werden. Dieser Prozeß ist aber nicht Resultat einer wie immer gearteten Selbstbewegung der Massen, sondern entspringt der Einsicht Weniger, v.a. aus der Schicht der wissenschaftlich-technischen Intelligenz. Diese Schicht ist Bahros erster Adressat und aus ihren Reihen soll sich auch die Kraft formen, die die gegenwärtig herrschenden Parteien von den Schalthebeln der Macht verdrängt und einen grundlegend neuen Kurs einleitet. Es geht dabei um den Prozeß der Aufhebung der alten Arbeitsteilung — Bahro nennt ihn »Kulturrevolution« — wodurch der großen Mehrheit die Mitwirkung am gesellschaftlichen Planungs- und Leitungsprozeß ermöglicht werden soll.

Dazu muß aber erst die neue Führung — der »Bund der Kommunisten« die Voraussetzungen schaffen. Die Grundlage dieser Einschätzung besteht darin, daß sich in den sozialistischen Staaten tatsächlich wenig in Richtung Kommunismus bewegt. Da die Massen nach Bahros Meinung über die Befriedigung ihres Konsumstrebens hinaus nichts weiter wollen, glaubt er, ihre unmittelbaren Interessen als konservativ einschätzen zu müssen.

Diese Auffassungen drücken seine ganze Enttäuschung aus, in der Wirklichkeit der sozialistischen Länder nicht die gesellschaftliche Grundlage vorzufinden, die die Maßnahmen tragen könnte, die er für unbedingt notwendig hält. Da die Massen im Streben nach mehr Konsum befangen sind, mit dem sie sich über ihr subalternes (untergeordnet) Dasein hinwegtrösten, muß erst dieses subalterne Dasein aufgehoben werden, bevor eine Abwendung der Massen von dieser Verhaltensweise erwartet werden kann.

Als ökonomischer Spezialist hat Bahro ein Gespür für die zunehmenden Widersprüche des bürokratisch geleiteten Produktions- und Reproduktionsprozesses im »realen Sozialismus«. Als Kommunist, für den das kommunistische Ziel nicht nur eine leere Phrase oder der Trost für eine »schlechte« Wirklichkeit ist, erfährt Bahro den Unterschied zwischen Wirklichkeit und Ziel schmerzhaft, das umso mehr, als eine erkennbare Bewegung unter den Werktätigen nicht vorhanden ist. Er sucht die Ursache für die mißliche Lage letztlich bei der Partei- und Staatsbürokratie, die einem selbständigen Handeln der Massen im Wege steht (indem sie die notwendigen Maßnahmen nicht ergreift). In dieser Einschätzung spiegelt sich Bahros isolierte Stellung wider, die er mit anderen intellektuellen Kritikern teilt. Zwar spürt er die anwachsenden Probleme, ohne aber in der gesellschaftlichen Wirklichkeit der DDR die Lösung schon sehen zu können. Da die Lösung also im Inneren nicht sichtbar ist, muß sie woanders gesucht werden: im Eurokommunismus, im Druck der bürgerlichen Öffentlichkeit oder — wie bei Bahro — in einer vom Wunsch geleiteten Konstruktion. Mit seinem »Bund der Kommunisten« will er zunächst durch Agitation und Propaganda die subalternen Massen aufrütteln und mitreißen: »Ich habe von jeher an die Macht der Idee und des Wortes geglaubt, und daran, daß es etwas ausmacht, ob man zu sich und seiner Sache entschlossen ist und in einem innersten Kern nicht zurückweicht, wenn die Entscheidung fallen muß.«¹⁷

Bahro interpretiert den Marxschen Satz von der Theorie, die zur materiellen Gewalt wird, sobald sie die Massen ergreift, recht eigenwillig und überschätzt die Macht der Idee. Es reicht aber nicht aus, daß der Gedanke zur Wirklichkeit drängt, die Wirklichkeit muß auch zum Gedanken drängen, d.h. die gesellschaftlichen Voraussetzungen dafür, daß die theoretischen Einsichten auf einen fruchtbaren Boden fallen können, müssen gegeben sein. Wird das nicht berücksichtigt, kann die Wirkung der revolutionären Propaganda bestenfalls gering sein.

Bahro geht davon aus, daß die grundlegenden materiellen Bedürfnisse in den industriell entwickelten Ländern — also auch in den kapitalistischen — weitgehend befriedigt werden und es »nicht mehr hauptsächlich um Leib- und Magen-, Kleidungs- und Wohnungsfragen«¹⁸ geht. Selbst den Arbeitslosen wird nach Bahros Meinung im »Spätkapitalismus« die Unsicherheit des Existenzminimums weitgehend erspart.¹⁹

Wenn aber »realer Sozialismus« als auch »Spätkapitalismus« in der Lage sind, diese grundlegenden Bedürfnisse zu befriedigen, dann kommt ihnen auch keine systemsprengende Potenz mehr zu. Die darauf bezogenen Interessen der Arbeiter erscheinen dann nur gewerkschaftlich oder gar konservativ. In der Phase der Nachkriegskonjunktur schien es in der BRD ja auch tatsächlich möglich zu sein, Verbesserungen des Lebensstandards zu erreichen, die sich an kleinbürgerlichen Wertmaßstäben orientierten. Dazu war noch nicht einmal wirklicher gewerkschaftlicher Kampf nötig, da die Ware Arbeitskraft Mangelware war. Wenn man diese Verhältnisse als dauerhaft einschätzte, war es unvorstellbar, wie sich daraus die Einsicht in die Notwendigkeit einer anderen Gesellschaftsordnung entwickeln könnte. Also mußten die »richtigen Einsichten«, die Idee des Kommunismus von außen an die Massen herangetragen werden. Diese — von Bahro geteilte — Vorstellung entstand mit dem Auslaufen der Studentenbewegung Anfang der 70er Jahre in der BRD bei vielen intellektuellen Linken. Vorausgesetzt war dabei immer, daß der »Spätkapitalismus« das offene Auftreten von krisenhaften Widersprüchen verhindern könne. Grundlage dieser Vorstellungen war der relativ lange wirtschaftliche Aufschwung seit Anfang der 50er Jahre. Aber spätestens seit Mitte der 70er Jahre ist wieder deutlicher geworden, daß die kapitalistische Produktionsweise nach wie vor untrennbar mit krisenhaften Einbrüchen verbunden ist. Von einer sicheren, dauerhaften Befriedigung der grundlegenden Bedürfnisse der Arbeitenden (ganz zu schweigen von den Arbeitslosen) kann keine Rede sein.

Vor diesem Hintergrund beginnt sich auch wieder die Einsicht herauszuschälen, daß die Werktätigen selbst über die Grenzen des gewerkschaftlichen Kampfes hinausgehen müssen, wenn sie auch nur den Abbau von Erreichtem verhindern wollen. Grundsätzlich ist es noch immer so, daß die Werktätigen — wollen sie nicht Opfer der unerbittlichen Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise werden — in Verfolgung ihrer grundlegenden »Leib- und Magen-, Kleidungs- und Wohnungsbedürfnissen« gezwungen sind, letztlich die politische Macht zu erobern. Es ist also die Unfähigkeit dieser Gesellschaftsordnung, jene grundlegenden Bedürfnisse zu befriedigen, die ihnen unter bestimmten Umständen einen revolutionären Charakter verleiht. Bewußtsein und Kraft der Arbeiterbewegung entscheiden dann, in welcher Richtung die Alternative »Sozialismus oder Barbarei« gelöst wird.

Es läßt sich jetzt auch deutlicher die Rolle der marxistischen Theorie bestimmen: Zwar erzeugt der Kapitalismus massenhaft unmittelbare Erfahrungen über seine Widersprüche und Grenzen. Die klassenmäßige Verarbeitung dieser Erfahrungen entsteht aber keineswegs automatisch. Dazu bedarf es der marxistischen Theorie als Werkzeug. Und in diesem Zusammenhang hat auch das »Hineintragen« seinen Sinn: Nicht als ein von Intellektuellen ausgedachter Zweck, der von außen an die Klassenkämpfe herangetragen wird, sondern als Erkenntnisinstrument, mit dessen Hilfe es den fortgeschrittensten Teilen der Arbeiterbewegung möglich ist, den Charakter der stattfindenden Klassenkämpfe und die darin enthaltene Richtung zu erkennen.

Gegenüber der von Bahro vertretenen Auffassung, die marxistische Theorie sei lediglich das Produkt sozialistischer Intellektueller, die damit ihre emanzipativen Interessen ausdrücken, sei auf die Ausführungen im Kommunistischen Manifest hingewiesen: »Die theoretischen Sätze der Kommunisten beruhen keineswegs auf Ideen, auf Prinzipien, die von diesem oder jenem Weltverbesserer erfunden oder entdeckt sind. Sie sind nur allgemeine Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines Klassenkampfes, einer unter unseren Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung.«²⁰

¹⁷ Dokumentation (Selbstinterview), S. 71

¹⁸ Alternative, S. 376

¹⁹ vgl. Alternative, S. 318

²⁰ Marx-Engels-Werke, Band 4, S. 474/75

V: Bahros Vernachlässigung des weltpolitischen Zusammenhangs

Auf einen zentralen Mangel von Bahros Analyse muß noch hingewiesen werden. Er besteht in der fehlenden bzw. ungenügenden Berücksichtigung der weltpolitischen Zusammenhänge. Gerade angesichts der Entwicklung nach 1945 muß dieser Mangel besonders schwer ins Gewicht fallen. Der 2. Weltkrieg hatte als Ergebnis die **unmittelbare** Gegenüberstellung von imperialistischem und sozialistischem Lager gebracht. Dadurch wurde der Einfluß außenpolitischer Faktoren für die innenpolitische Entwicklung außerordentlich verschärft. Dies trifft wiederum in besonderem Maß für die Entwicklung der DDR und der BRD zu, die aus den Besetzungszonen der jeweiligen sozialistischen und kapitalistischen Hauptmächte entstanden sind.

In Bahros Buch finden sich nur verstreute Bemerkungen zu den weltpolitischen Zusammenhängen. Er schreibt: *«Eine ausführliche Analyse der militärpolitischen Situation ist nicht Aufgabe dieses Buches.»*²¹ Um das Fortdauern der bürokratischen Entwicklung des Sozialismus zu verstehen, wäre aber gerade diese Analyse ein wichtiger Faktor.

In seinen verstreuten Bemerkungen zu diesem Thema kommt aber auch eine **Unterschätzung und Unkenntnis der wirklichen Verhältnisse** zum Ausdruck, die zumindest problematisch ist. So etwa, wenn er von einer »tendenziellen Sozialdemokratisierung« Europas spricht und faschistische Entwicklungen in der Zukunft für äußerst unwahrscheinlich hält.²² An anderer Stelle bezeichnet er den jungsozialistischen Flügel der SPD als den Kern der progressiven Elemente in der westdeutschen Gesellschaft.²³

Was die militärische Abrüstung betrifft, so hält er den Widerstand der herrschenden Apparate in Ost und West für das entscheidende Hindernis. Sie müßten durch eine »Einheitsfront der progressiven Kräfte in beiden Blöcken« unter Druck gesetzt werden.²⁴ Diese gesellschaftliche Veränderung gegeben, könnte der »reale Sozialismus« den westlichen »militärisch-industriellen Komplex« in einer »faktischen Eskalation der Abrüstung unter Druck setzen.«²⁵ Wie sich der Imperialismus durch einseitige Abrüstungsschritte unter Druck setzen läßt, bleibt Bahros Geheimnis.

VI. Bahros Alternativkonzept

*«Die geschichtliche Aufgabe, von der ich spreche, ist die Überwindung der Subalternität, der Daseinsweise und Denkform ‚kleiner Leute‘. Sie bedeutet in ihrem Kern Aufhebung der alten, vertikalen Arbeitsteilung, Umwälzung der ganzen mit ihr verbundenen Bedürfnisstruktur und -richtung. Sie geht einher mit der radikalen Veränderung aller unserer gewohnten Institutionen und Verfahrensweisen in Gesellschaft und Wirtschaft.»*²⁶

Aufgabe des Bahroschen »Bundes der Kommunisten« ist es, dieses Ziel zu propagieren. Demzufolge muß es sein **Nahziel** sein, sich überhaupt erst einmal die Freiheit der Propaganda zu erkämpfen. *«Die Veränderungen werden ausgehen auch von den objektiven Widersprüchen, von den Belastungen, die für die ganze Gesellschaft und ihren Reproduktionsprozeß mit*

²¹ Alternative, S. 393 ²³ Alternative, S. 222

²² Alternative, S. 220 ²⁴ Alternative, S. 393

²⁵ Dokumentation, S. 48

*der Existenz subaltern gehaltener Schichten gegeben sind. Aber die Initiative dazu kann nur von den mit den Entwicklungsfunktionen und -tendenzen der Produktivkräfte verbundensten Elementen ausgehen.»*²⁷

Und das ist eben jene wissenschaftlich-technische Intelligenz, die auch den Kern des »Bundes« darstellen wird. Bahro sieht jedoch die Gefahr, daß die neue Organisation zu einem Instrument zur Durchsetzung intellektueller Sonderinteressen werden könnte. Dagegen setzt Bahro den Appell an die Intelligenz zu »promethischer Solidarität« mit der Masse der Unterdrückten und subaltern Gehaltene(n), d. h. den Verzicht auf Sonderinteressen zugunsten der Perspektive der allgemeinen menschlichen Emanzipation.

Es ist für Bahro nicht weiter strittig, daß das nötige Potential von Unzufriedenheit im »realen Sozialismus« vorhanden ist, das — nachdem es eine Führung hat — den »Bund der Kommunisten« in die Lage versetzen wird, den Platz der jetzt herrschenden Parteien, d. h. der SED im Fall der DDR, einzunehmen. In einer ersten Phase sollen dann »Sofortmaßnahmen« eingeleitet werden, deren Ziel die Heranführung der Massen an die eigentliche Kulturrevolution, d. h. die Aufhebung der alten Arbeitsteilung, sein soll. Zu diesen »Sofortmaßnahmen« gehört die Liquidierung der bürokratischen Korruption, die Abschaffung der Arbeitsnormung und des Stücklohns, die regelmäßige Teilnahme der Funktionäre und Intellektuellen an einfacher, ausführender Arbeit und die Berichtigung des Lohngefüges. Im zweiten Schritt schließlich soll die Wurzel der sozialen Ungleichheit, die arbeitsteilige Hierarchie, aufgehoben werden. Dazu sollen alle Gesellschaftsmitglieder in die Lage versetzt werden, gleichberechtigt am gesellschaftlichen Planungs- und Leistungsprozeß teilzunehmen. Das soll erreicht werden, indem den Kindern optimale Entwicklungsmöglichkeiten und allen Menschen ein einheitlicher Bildungsweg auf höchstem Niveau verschafft wird.

Es erscheint wenig sinnvoll, die z. T. ins Detail gehenden Vorschläge Bahros für künftige Maßnahmen darzustellen oder gar ihr für und wider zu diskutieren. Die Erörterung der Voraussetzungen, von denen Bahro ausgeht, haben bereits deutlich gemacht, in welchem Maß es sich um vom revolutionären Wunsch hervorgebrachte Spekulation und Illusion handelt. Es bleibt aber festzuhalten, daß sich Bahro bemüht, in den Verhältnissen des »realen Sozialismus« die Tendenzen aufzufinden, die sich in Richtung Kommunismus bewegen.

Die inneren Widersprüche und Schwierigkeiten der sozialistischen Staaten nehmen unter dem Druck der weltpolitischen Gegensätze zu, je länger ein selbständiges Eingreifen der Werktätigen ausbleibt und je länger es dauert, bis in den entwickelten Industriestaaten die Arbeiterklasse Bewußtsein und Kraft gefunden hat, die politische Macht in ihre Hände zu nehmen. Sicher nicht zuletzt aufgrund seiner beruflichen Erfahrungen hat Bahro ein Gespür für diese anwachsenden Probleme. Sein Alternativkonzept drückt die Einsicht und den Wunsch aus, daß sich etwas ändern **muß**, ohne daß im gesellschaftlichen Kräftespiel die Voraussetzungen schon sichtbar wären. An die Stelle dieser Voraussetzungen tritt bei Bahro der Appell an die Gutwilligen, die Richtigkeit seiner Vorschläge einzusehen. ■

Stahlkrise und ihre Folgen für die Arbeiter

Im vergangenen Jahr 1977 ist es zu einem rapiden Fortschreiten der wirtschaftlichen Krise in der Stahlindustrie gekommen: Die 1975 und 1976 bei Kurzarbeit noch etwa konstant gehaltenen Belegschaftsstärken sind in vielen Betrieben stark abgebaut worden bei stagnierendem Umsatz. Der in den beiden vorhergehenden Jahren von den Unternehmern und den Gewerkschaften beschworene Optimismus in Bezug auf einen neuen Aufschwung ist vorbei. Die lange verborgenen Gegensätze lassen sich nicht mehr verheimlichen. Auf der einen Seite steht das Stahlkapital — das um die Erhaltung seines Profits kämpft — auf der anderen Seite stehen die Belegschaften mit den Gewerkschaftsführungen, die das Weiterleben der Stahlindustrie mit Zustimmung zum Arbeitsplatzverlust und Lohnverzicht garantieren sollen.

Die Zuspitzung der Gegensätze ist lange verdeckt worden

von der wirtschaftlichen Blüte: Noch 1974 bescheinigten die Unternehmer der Stahlindustrie weiterhin beste Wachstumschancen, eine Fortsetzung der ständigen Produktionsausweitungen: *«Die überschaubare Zukunft der europäischen Stahlindustrie präsentiert sich günstiger, als man unter dem Einfluß der Energiekrise vielleicht befürchtet hat.»* (SZ 17. 4. 74) Und im Oktober 1974 äußerte sich der Vorsitzende der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl: *«Die deutsche Stahlindustrie sieht optimistisch in das nächste Jahr.»*

Die Stahlindustrie auf der ganzen Welt lebte jahrzehntelang vom Wachstum des kapitalistischen Marktes; wo produziert, gebaut und investiert wurde, überall wurde Stahl gebraucht: im Hochbau, beim Maschinenbau, Schiffbau, Automobilbau usw. Mit einer sich erholenden Konjunktur konnte sich auch immer wieder die Stahlindustrie erholen und ihre Produktion

steigern... Die Neuanlage des Profits in die Stahlindustrie schien eine sichere Spekulation: fast alle Unternehmer hatten ihre Kapazitäten schon für den nächsten Boom ausgebaut, z. T. mit den Mitteln, die sie Ende der sechziger Jahre für den Verkauf ihrer unrentablen Zechen an die Ruhrkohle eingestrichen hatten.

Weltweit betrachtet fuhr die japanische Stahlindustrie in diesem Investitionsrennen an der Spitze: Schon in den 50er und 60er Jahren wurden in Japan hochmoderne und hochleistungsfähige Stahlwerke »auf die grüne Wiese« gebaut. Mit dem u. a. dadurch billigeren Stahl eroberten die Japaner seit 1974 den Weltstahlmarkt und verdrängten die deutschen Exporteure, die vorher noch ca. ein Drittel des kapitalistischen Marktes beliefert hatten. Die Japaner sind seitdem darauf angewiesen, ihren Stahl zum großen Teil auf dem Weltmarkt zu verkaufen. Die amerikanische Stahlindustrie dagegen hat den größten Markt für Stahl im eigenen Land, somit relativ sichere Arbeitsbedingungen — die Notwendigkeit, moderne und teure Stahlwerke zu bauen und den Stahl auf dem Weltmarkt zu verkaufen, bestand nicht in gleichem Maße. Diese unterschiedlichen Voraussetzungen in den wichtigsten stahlproduzierenden Ländern gerieten aber während der Blütezeit in keinen nennenswerten Widerspruch, es war Nachfrage für alle da, der Hunger nach Stahl war zeitweise größer als es die Produktion der Stahlwerke zuließ. Riesengewinne trieben die weltweite Ausweitung der Kapazitäten voran. Die allgemeine Krise der kapitalistischen Wirtschaft läßt nun die ungenutzten Kapazitäten zur drückenden Last werden.

Gewarnt durch die Erfahrungen mit dem Zusammenbrechen des internationalen Warenverkehrs am Ende der 20er Jahre, welches das deutsche Kapital veranlaßte, einen nationalen Ausweg zu suchen, wollen die Politiker diesen Kampf in geordnete Bahnen lenken. So kam es gegen Ende des vergangenen Jahres in den USA zu einem Treffen zwischen Vertretern der amerikanischen Administration, der japanischen Regierung und der EG-Behörden.

Aus Anlaß dieses Treffens hieß es in der »FAZ« vom 23. 11. 1977: »Für die Lösung der weltweiten Stahlkrise hat Lambsdorff auch nicht die Prüfung der seit einiger Zeit erwogenen Wettbewerbsordnung im Weltmaßstab ausgeschlossen. Das würde bedeuten, daß ein einzelnes Land den internationalen Markt über einen gewissen Prozentsatz hinaus nicht beliefern darf.«

Die Importbeschränkungen machen zugleich deutlich, daß Marktabsprachen, wie 1975 zwischen der EG und Japan zur Eindämmung der japanischen Importe in die EG, nur eine zeitlich begrenzte Wirkung entfalten und auf Dauer den Kampf um ein Überleben in der niedergehenden Stahlkonjunktur nicht zu verhindern vermögen. Sie zeigen, daß sich die Politiker nicht wunschgemäß über die Zwänge der kapitalistischen Produktion hinwegsetzen können, sondern auf die veränderte Situation auf dem Weltmarkt zum Wohle der von ihnen vertretenen Kapitale reagieren müssen.

Die neue Situation auf dem Weltmarkt ist gekennzeichnet durch Produktionsverlagerungen, die Konzerne aus den Industrieländern in Länder der 3. Welt vornehmen. So baut Thyssen in Brasilien zusammen mit der brasilianischen Kapitalgruppe Gerdau ein Stahlwerk, welches nach seiner Fertigstellung jährlich bis zu 12 Mio. t produzieren soll, das ist soviel, wie die gesamte Thyssengruppe z. Z. produziert. Die Gründe für diese Produktionsverlagerungen sind in der Nähe von Energie und Rohstoffen sowie den billigen Arbeitskräften zu finden. Sie wurden durch die Einführung neuer, leicht zu handhabender Technologien möglich (Purofer, Direktreduktionsverfahren).

Hiermit reagiert Thyssen auf den Produktivitätsvorsprung, den die Japaner im Massenstahlbereich haben. Sie verfügen hier über den größeren Anteil moderner Produktionsverfahren.

So findet auch im Stahlbereich Kapitalexport (bei Verlust von Arbeitsplätzen) statt, wie bereits vorher z. B. in der elektronischen, optischen und Textilindustrie.

Diese Produktion ist nicht für den Binnenmarkt dieser Länder bestimmt, sondern ausschließlich für den Export auf dem Weltmarkt ausgerichtet.

Im Edelstahl- und Stahlverarbeitungsgebiet, in welchem es nicht so sehr auf die Billigkeit, sondern eher auf das »know how«, auf die Qualität der Produkte ankommt, nehmen die

BRD-Konzerne die international führende Stellung ein. Der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften in den Ländern der 3. Welt verhindert hier einen »Export von Arbeitsplätzen« wie im Massenstahlbereich.

In der Krise verändert sich die internationale Konkurrenz

Marx schreibt über den Unterschied im Zusammenhalt innerhalb der Kapitalistenklasse zwischen den Zeiten, in denen ein Profit erwirtschaftet wird, und den Zeiten, in denen mit Verlust gearbeitet wird: »Solange alles gut geht, agiert die Konkurrenz... als praktische Brüderschaft der Kapitalistenklasse, so daß diese sich gemeinschaftlich, im Verhältnis zur Größe des von jedem eingesetzten Loses, in die gemeinschaftliche Beute teilt. Sobald es sich aber nicht mehr um Teilung des Profites handelt, sondern um Teilung des Verlustes, versucht jeder soviel wie möglich sein Quantum an demselben zu verringern und dem anderen auf den Hals zu schieben.« (»MEW«, Bd. 25, S. 253)

Im Gegensatz zu den letzten Jahren der Aufstiegsperiode in den kapitalistischen Industriestaaten nach dem 2. Weltkrieg arbeitet seit 1975 der größte Teil der westdeutschen Stahlkonzerne mit schwindenden Profiten.

In der Bau- und Schiffsbauindustrie sank die Nachfrage nach Stahl. Nur im Kaltwalzbereich wird aufgrund der z. Z. blühenden Automobilindustrie derart viel produziert wie selten in den Jahren zuvor. Im 1. Quartal des vergangenen Jahres waren die Kapazitäten bei den Hüttenwerken zu 60 Prozent, beim Walzstahl zu 52 Prozent ausgelastet (»FR«, 3. 3. 77). Von dieser Krise sind alle stahlproduzierenden kapitalistischen Länder betroffen, wenn auch nicht gleich schwer. Die Ursache der gegenwärtigen Krise liegt jedoch nicht, wie man aus den obigen Zahlen folgern könnte, in der nachgelassenen Nachfrage nach Stahlprodukten, sondern in der starken Ausweitung der Kapazitäten, deren Ausbau im Boomjahr 1974 in der Erwartung einer weiter steigenden Nachfrage vorgenommen wurde.

Die Stahlproduktion der kapitalistischen Länder betrug 1974, dem Boomjahr, 329,6 Mio. t, 1976 335,4 Mio. t (nach Angaben des Statistischen Bundesamtes).

Die Nachfrage blieb also nahezu konstant, erst bei einem Einbruch in die Produktion der Automobilindustrie wird sie zurückgehen. In der Folge sanken im Kampf um Marktanteile auf Weltmarktebene die Preise.

Anzeichen für diesen Kampf sind die Importbeschränkungen, welche zunächst die USA und dann auch die EG zum Jahreswechsel erlassen haben. Bei der Kalkulation der Mindestpreise für Stahlerzeugnisse hat das US-Schatzamt die Herstellungskosten von sechs großen japanischen Unternehmen zugrundegelegt. Addiert wurden die Aufwendungen für Transport, Versicherung und Kapitaldienst. Beispiel: Breitflanschträger kosten in der Herstellung 235 Dollar je Tonne. Hinzu kommen 43,71 Dollar, so daß sich ein Mindestpreis von 278,71 Dollar ergibt. Die Rechnung des US-Schatzamtes basiert auf einer Kapazitätsauslastung von 85 Prozent (»Welt«, 5. 1. 78).

Die Maßnahmen der EG sehen ähnlich aus. Das Einschalten von Regierungsstellen der verschiedenen Länder bei Erlaß von Importbeschränkungen zeigt, daß der Kampf nicht nur zwischen Kapital und Arbeit, sondern auch auf internationaler politischer Ebene geführt wird, um den nationalen Kapitalinteressen behilflich zu sein.

Die Mehrheit der bundesdeutschen und niederländischen Stahlkonzerne zeichnet sich im Verhältnis zu den Konzernen der anderen europäischen Länder durch eine höhere Produktivität und Kapitalkräftigkeit aus. Eine Mittelstellung nimmt hier Luxemburg mit ARBED ein. Zudem sind sie weniger verschuldet, darum in privater Hand. Sie setzen deshalb innerhalb der EG auf die freie Konkurrenz und stehen den Plänen der anderen, die auf die Erhaltung der Überkapazitäten und die Vergemeinschaftung von Gewinnen und Verlusten hinauslaufen, ablehnend gegenüber. Dennoch konnten sie dieses Vorhaben in der Vergangenheit nicht verhindern: Durch den Simonet-Plan wurden für alle europäischen Stahlkonzerne Lieferprogramme aufgestellt, die auf freiwilliger Basis eingehalten werden sollten. So sollten alle gleichermaßen an den Krisenlasten teilhaben.

Dies ging vor allem beim von der Krise besonders getroffenen Betonstahl in die Hose. Keiner hielt sich an die

Empfehlungen. Aus diesem Grund ging dann der nachfolgende Davignon-Plan in seinen »Empfehlungen« darüber hinaus. Er stellte Orientierungspreise auf, für den Betonstahl sogar obligatorische Mindestpreise.

Dem Versuch, dieses Mindestpreissystem auch auf andere Stahlorten auszudehnen, konnten sich die westdeutschen und niederländischen Stahlkonzerne erfolgreich widersetzen.

Auch die Einführung von Importbeschränkungen im Bereich der EG zum Schutze in erster Linie vor den in letzter Zeit wieder stärker vordringenden japanischen Importen, konnte beiden Ländern nicht recht sein, da sie im Bereich des Weltmarktes konkurrenzfähiger sind als die übrigen EG-Staaten und sich hier noch ein Absatzfeld erhoffen. Sie müssen fürchten, daß andere Länder dem Beispiel der EG folgen könnten. Doch konnten sie hier nicht so erfolgreich als Bremser auftreten.

Die Lage der BRD-Stahlindustrie

Die BRD-Stahlindustrie hatte also innerhalb der EG vergleichsweise gute technische und organisatorische Voraussetzungen. Aber auch hier vollzieht sich bei den verschärften Bedingungen das gleiche wie auf dem Weltmarkt: Die Vernichtung des unprofitablen Kapitals, die Stilllegung ganzer Betriebe und Betriebsteile ist unausweichlich.

Anfang des Jahres 1975 machten die ersten Betriebe Kurzarbeit. Den Anfang machten die Stahlwerke Bochum, dann Klöckner, Salzgitter, die Saarrhütten, Thyssen usw. In den Jahren 1975 und 1976 verzichteten die Stahlunternehmen auf Massenentlassungen in der Erwartung, die eingearbeiteten Belegschaften in der Hochkonjunktur zu brauchen. Nach zweijähriger Kurzarbeit läuft in mehreren Betrieben das Kurzarbeitergeld des Arbeitsamtes aus, ein Ende der Krise kommt jedoch nicht in Sicht. Ausnahmslos alle deutschen Stahlunternehmen mußten sich auf einen heiß umkämpften Markt einstellen. Zur Verringerung ihrer Produktionskosten sind sie gezwungen, ihre Produktion anders zu organisieren, durch Rationalisierungen Lohnkosten zu sparen, die Löhne direkt zu senken bei Umbesetzungen und bei den Tarifverhandlungen eine harte Gangart einzuschalten.

1. Alle großen Stahlkonzerne haben in den letzten Jahren ihre Unternehmensstruktur geändert: eine Anbindung des Verarbeitungs- und Edelstahlbereiches soll die Unternehmen weniger anfällig machen gegen die Krise (Paradebeispiel Thyssen und Rheinstahl). Die Fusionen und Absprachen zwischen einzelnen Stahlriesen sowie die zwei Rationalisierungsgruppen Nord (Krupp, Klöckner, Salzgitter) und Süd (Saarrhütten, Otto Wolff und kleinere Unternehmen) sollen Aufträge, Produktion und Investitionen in den Konzernen überschaubarer machen. Außerdem planen die Stahlkonzerne eine größere Kontrolle der Handelspolitik ihrer eigenen Handelsunternehmen, die am Import ausländischen Stahls verdient haben und der einheimischen Industrie den Markt weggenommen haben. (Auch damit schränken sie die »Freiheit des Marktes« ein, für die sie anderenorts eifrig streiten.)

2. Die wichtigere Frage für jedes einzelne Unternehmen ist aber: wie können wir die Produktionskosten direkt senken? Die Absprachen, Produktionsvereinbarungen, Fusionen etc. sind nur lindernde Mittel, die zudem bei verschärfter Konkurrenz immer zu versagen drohen. Geheilt werden soll die Stahlindustrie durch Kostensenkung. Die Krise hat die Investitionstätigkeit der Stahlindustrie keineswegs zum Erliegen gebracht: Statt zu erweitern, investieren die Unternehmer, um zu rationalisieren. Die Saarrhütten wollen gemeinsam eine moderne Kokerei und Hochofenanlagen schaffen; die Siemens-Martin-Öfen bei Krupp in Bochum sollen durch Elektro-Öfen teilweise ersetzt werden. Hoesch plant ein neues großes Stahlwerk im Grünen. Viele Betriebsteile werden jedoch ersatzlos gestrichen; entweder werden die Kapazitäten gesenkt oder die Einführung neuer Produktions- und Informationsverarbeitungstechniken ersetzt massenweise menschliche Arbeitskraft (z. B. macht das Strangußverfahren zum großen Teil das Abgießen des flüssigen Stahls in Kokillen und das anschließende Abkühlen der Blöcke vor dem Walzvorgang unnötig — der abgegossene Strang wird sofort gewalzt bzw. gezogen, oder die EDV ersetzt ganze kaufmännische und Personalabteilungen). Praktisch sieht das dann so aus: Thyssen Niederrhein in Oberhausen

legt das SM-Stahlwerk still — 2000 Arbeitsplätze; in Duisburg legen sie eine Drahtstraße still — 500 Arbeitsplätze; die zu Klöckner gehörende Maxhütte will die Belegschaft um 1200 Leute verringern; die Neunkirchener Eisenwerke werden ganz dichtgemacht — mehrere tausend Arbeitsplätze; bei Manesmann-Kammerich in Reisholz wurden 1300 Arbeitsplätze gestrichen; bei Klöckner in Hagen-Haspe werden von 900 über 400 Kollegen entlassen; bei Röchling in Burbach werden 1300 Arbeitsplätze abgebaut; Thyssen legt in Werdohl eine Schmiede still, rationalisiert in Hattingen bei der Henrichshütte, bei den Gießereien in Bochum und Düsseldorf; bei den Thyssen Edelstahlwerken in Witten wird ein neuer Elektroofen stillgelegt und 500 Leute entlassen; bei Klöckner in Bremen werden 500 Angestellte »überflüssig«. Die Liste nimmt keineswegs ein Ende — in der Stahlindustrie der BRD werden in den nächsten Jahren ca. 60 000 Arbeitsplätze abgebaut, das ist etwa ein Viertel.

Die Stilllegung der Neunkirchener Eisenwerke ist nur die Spitze des Eisbergs. Das wahre Ausmaß der Rationalisierung und Arbeitsintensivierung versteckt sich in den Betrieben. In fast allen Betrieben werden die Schichtbelegschaften reduziert: Für eine Walzenstraße arbeiten dann nur noch 10 oder 15 Reparaturarbeiter statt bisher 20, ohne technische Änderung — oder nur noch zwei statt vorher 20 bei Automatisierung.

Die Stahlarbeiter an der Saar bekommen die Segnungen der Profitwirtschaft am deutlichsten zu spüren: Die Besitzer der Neunkirchener Eisenwerke und der Röchling-Werke haben aus ihnen viele Jahrzehnte lang Profite herausgepreßt — jetzt werden diese Betriebe mit Staatshilfe an den Luxemburgischen Arbed-Konzern verschertelt, der damit einen lästigen Konkurrenten zum »Ausschlachten« geradezu aufgedrängt bekam. Arbed kündigte sogleich Stilllegung an. Die Gewerkschaften bliesen zum Sturm, um Massenentlassungen zu verhindern. Bei dem Arbed-Konzern stießen sie auf taube Ohren, und auch das Echo der Kollegen war gering. Der Ruf nach Verstaatlichung der Stahlindustrie wurde bei Betriebsräten und Gewerkschaften und in der SPD laut — der Staat sollte helfen, wo sich die Gewerkschaften macht- und kraftlos zeigten; mangels eigener Kraft sollte auf fremde Kraft vertraut werden. Die Bundesregierung ist aber mit dem Gesund-schrumpfen der Stahlindustrie sehr zufrieden und unterstützt den Heilungsprozeß der privaten Stahlindustrie mit Hilfe der »sozialen Sicherung« der entlassenen Stahlarbeiter und mit Geldspritzen für Rationalisierungsinvestitionen.

Noch haben die Stahlkonzerne und der Staat das Geld für Sozialpläne, mit denen den Arbeitern bei Arbeitslosigkeit der finanzielle Abstieg gemildert werden soll. Wie lange werden aber Unternehmer und Staat diesen Weg noch gehen können? Die Staatskassen und die Kassen der Sozialversicherungen gehen Riesendefiziten entgegen, sie leben schon jetzt von Wechsellern auf die Zukunft, vom erhofften »Aufschwung«. Die Stahlunternehmen (und in anderen Branchen sieht es nicht anders aus) bereiten den Zeiten des sozialen Friedens und der Sozialpartnerschaft ein Ende. Nicht etwa, weil sie ihre »moralischen Vorsätze« von gestern vergessen haben, sondern weil sie wie eh und je ihre Profite realisieren müssen. In der Krise ist die Lohnkostensenkung eines ihrer bewährtesten Mittel. Die letzten Tarifverhandlungen zeigen es: Niedrige Lohnabschlüsse sollen die Stahlarbeiter an noch härtere Zeiten gewöhnen. Das Ergebnis von vier Prozent entsprach dem »Kräftemessen« der Tarifvertragsparteien, die beide den Streik vermeiden wollten. Die Gewerkschaftsführungen verlieren bei diesen mageren Lohnerhöhungen (— die einem Reallohnabbau geichkommen —) mehr und mehr das Ansehen der Kollegen, weil sie entgegen früheren Jahren kein befriedigendes Ergebnis mehr vorweisen können, aber auch ihre Mitglieder nicht in den Kampf führen können und wollen.

Die Gesundung der Stahlindustrie werden die Unternehmer in den nächsten Jahren mit vermehrten Entlassungen aus Rationalisierungsgründen vorzunehmen versuchen. Dabei werden die oft verwendeten »humaneren« Heilmittel wie vorzeitiges In-Rente-gehen und Nichtersatz der ausscheidenden Mitarbeiter nicht ausreichen. Der Abbau des sozialen Friedens schreitet voran. Die Unternehmer werden weiter »sozialen Ballast« über Bord werfen, Lohnkürzungen und Entlassungen vornehmen, wenn die Stahlarbeiter ihnen nicht mit Aufnahme des Abwehrkampfes ein Hindernis in den Weg legen. ■

Druckindustrie: Tarifierung der Neuen Technik ist unterschrieben, jetzt soll der Vertrag angewendet werden: **Wer hat das Heft in der Hand?**

In der Ausgabe zum 1. Mai dieses Jahres haben wir u. a. die Auseinandersetzung in der Druckindustrie um die Einführung Neuer Technik dargestellt und kommentiert sowie versucht, den abgeschlossenen Tarifvertrag zu beurteilen (siehe Beilage zur Arpo 2/78). Aus Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Betrieben wissen wir, daß bestimmte Fragen noch ungeklärt sind, z. T. deshalb, weil die Führung der IG Druck nicht gewillt ist, im Zentralorgan kritische Stellungnahmen von Mitgliedern zu veröffentlichen. Weiterhin erreichte uns ein Brief aus Hannover, in dem der Kollege W. unsere Auffassungen in einigen Punkten in Frage stellt. Unsere hierbei deutlich werdende andere Herangehensweise an die aktuellen Probleme der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung wollen wir bei der ersten Beantwortung dieser offenen Fragen anhand konkreter Vorgänge darstellen.

Die Redaktion

Ein Brief...

Der Kollege W. schreibt u. a. „...es wird nie die ganze Bandbreite betrieblicher Bedingungen untersucht, um daraus verallgemeinerbare Einschätzungen zu machen, sondern es wird sich immer auf die fortschrittlichste Spitze (betrieblicher Kämpfe — d. Red.) bezogen. Da deren Forderungen nicht durchgesetzt werden können, diese Schranke mangelnder Verankerung aber nicht gesehen wird, wird immer wieder die Haltung der Führung angegriffen... Wenn in der gesamten Gewerkschaft die fortschrittlichsten Kräfte nicht die Durchsetzung ihrer Position erwarten können, weil das durchschnittliche Bewußtsein aller Drupa-Kollegen diese insgesamt nicht durchsetzen kann, die Kampfkraft dazu nicht da ist, wie ist es dann mit der freiwilligen Disziplin? Ich halte es auf jeden Fall für falsch, diese Schwierigkeit als ein Problem der Gewerkschaftsführung darzustellen. Die höheren Funktionäre der Drupa zeichnen sich m. E. gerade durch Inanspruchnahme fortschrittlicher Positionen aus, wie sie mehrheitlich bei der Basis nicht zu finden sind... von der Arpo wird dies gar nicht aufgegriffen oder als Verbalradikalismus abgetan.“

Stattdessen schlägt er vor: „Es ist richtig, daß die Arbeiter die Sache selbst in die Hand nehmen“. Das aber gegen jede (delegierende) Vertretung an Funktionsträger zu richten, ist gerade in dieser Situation falsch, in der die Arbeiter Vertrauensleute, Betriebsräte und Delegierte, die ihre Interessen beschissen vertreten haben, abwählen müssen, damit aktive Kollegen ran können...“

Dem Wunsch nach allgemeingültigen Einschätzungen können wir nicht entsprechen. Denn allgemein kann für die heutige Situation zuerst einmal gesagt werden, daß die Kräfteverhältnisse von Betrieb zu Betrieb und von Ort zu Ort unterschiedlich sind und dieses nur von den dortigen Kollegen konkret dargestellt und berücksichtigt werden kann. Was aus den Betrieben nach außen dringt, kommt natürlich von den sogenannten fortschrittlichen Kollegen, denen, die sich nicht nur um ihr eigenes Wohl kümmern. Auch unsere Kenntnisse sind beschränkt entsprechend unseren spärlichen Verbindungen. Die „ganze Bandbreite betrieblicher Bedingungen“ zu untersuchen, ist gut gefordert, aber für politische Gruppen zur Zeit nur im Einzelfall möglich. Andererseits meinen wir, daß nicht jeder Betrieb eine andere Welt ist, und ziehen aus unseren Erfahrungen Schlußfolgerungen, die wir mitunter verallgemeinern.

Haben die Industriegewerkschaften in der Nachkriegskonjunktur noch davon leben können, für die unterschiedlichen Interessengruppen unter ihren Mitgliedern auch unterschiedlich etwas vom Unternehmer einzuhandeln, (Facharbeiter-Lohngruppen, Zuschläge, Prozentforderung = fördert das Standesdenken), ohne die politische Diskussion über die **allgemeinen** und verbindenden Arbeiterinteressen unter den Mitgliedern zu fördern, tritt in jüngster Zeit das **gemeinsame** Interesse immer mehr in den Vordergrund — nicht die Lohnhöhe steht im Vordergrund, sondern der Arbeitsplatz ist

in Gefahr. Das Wissen darüber drückt sich unterschiedlich klar im Denken und Handeln der Arbeiter und Angestellten in der BRD aus. Diese „allgemeine Tendenz“ stellen wir nicht fest, weil wir mit Hilfe von Statistikern ein „durchschnittliches Bewußtsein“ unter den Drupa-Mitgliedern erforscht haben, sondern weil auch wir nur ein Teil der werktätigen Bevölkerung und gleichen Bedingungen unterworfen sind wie die Mehrheit. Wir unterscheiden uns lediglich, indem wir uns jetzt schon organisieren, um „Einsicht in den gesellschaftlichen Prozeß“ zu erlangen und andere durch unser Tun in Betrieb und Gewerkschaft dafür gewinnen wollen.

Tatsächlich haben wir bei der Berichterstattung besonderen Wert auf die Darstellung der „fortschrittlichen Spitze“ und ihre Aufgaben gelegt. Daß deren Forderungen und ihre Aufgaben „aber nicht durchgesetzt werden können“ und wir deshalb die Führung angreifen würden, ist die Kritik des Kollegen W. an uns. Natürlich findet sich hinter der „fortschrittlichen Spitze“ eine Masse von Kollegen, die noch den verschiedensten Illusionen anhängen und individuelle Auswege suchen — das drücken u. a. die Korrespondenzen in der Arbeiterpolitik zum Tarifkampf in der Druckindustrie aus. Aber der einheitliche Wille und die damit verbundene „freiwillige Disziplin“ müssen in einem schwierigen Prozeß aus genau den Bedingungen und Interessenlagen heraus entwickelt werden, die wir jetzt in der Gewerkschaft und unter den Arbeitern überhaupt vorfinden. Vor uns steht die Aufgabe, trotz der — oder besser: unter den gegebenen Voraussetzungen alle Kräfte sinnvoll zu nutzen, um der werktätigen Bevölkerung einen Ausweg aus der sich entwickelnden Krise zu zeigen und die Entwicklung weg von bürgerlicher Selbstsucht zum Klasseninteresse zu unterstützen.

Drupa-Funktionäre nehmen fortschrittliche Positionen in Anspruch?

Sicher ist bei dem einen oder anderen Kollegen die Vorstellung vorhanden, Gewerkschaftsfunktionäre sollten Kollegen sein, die einen größeren Durchblick haben, die deshalb auch in Führungspositionen gewählt gehören, um den Kollegen im Betrieb sagen zu können, was „Sache ist“.

Dazu gehört dann aber auch eine Mitgliedschaft, die sich in politischen Diskussionen darum bemüht, die Besten aus ihrer Mitte herauszufinden und die Ausübung ihres Mandates zu kontrollieren. Doch wo ist in diesen unter dem Einfluß der Besatzungsmächte nach dem Krieg „eingerrichteten“ Industriegewerkschaften diese Voraussetzung für lebendige, demokratisch sich organisierende Willensbildung vorhanden, wo konnte sie sich entwickeln? In der Nachkriegsperiode hinterläßt die westdeutsche Gewerkschaftsbewegung das Bild eines Flusses, dessen Bewegung zum Stillstand gekommen ist, wobei der eingerichtete Apparat und seine hauptamtlichen Funktionäre sich wie bedrohlich wucherndes, dichtes Schilf ausnehmen. Ein stillstehender Fluß unterscheidet sich wenig von einem Sumpf.

Wir wissen auch, daß die **Mehrheit** der Gewerkschaftsmitglieder nur geringes Interesse an gewerkschaftspolitischen Fragen hat. Die Führung ist nicht Ursache oder „Schuldige“ an diesem Zustand, sie nutzt ihn allerdings ungehindert aus. In jüngster Zeit gerät ein Teil der Mitgliedschaft — noch eine Minderheit — an einigen Stellen und Gelegenheiten in Bewegung, diese ist zwar kaum auszumachen, aber es ist ein Anfang, daß der stillstehende Fluß sich wieder einen Weg sucht. Anders ausgedrückt: Soll das, was sich jetzt unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse langsam an Klassenbewußtsein entwickelt, zertrütem und eingeebnet werden? Oder muß es hartnäckig ausgebaut werden?

Ist es eine „fortschrittliche Position“, wenn — etwas anmaßend — festgestellt wird, daß „... das Bewußtsein bei der Masse der Mitglieder immer noch unterentwickelt ist...“ und dann zu folgern: „Die Kampftaktik einer Gewerkschaft wird unter diesen Umständen bestimmt von dem finanziellen Durchhaltevermögen“ (Arbeiterstimme/Mehrheitsgruppe, Juni '78)? Sollen wir warten, bis die „Unterentwicklung“ durch

wer-weiß-was beendet wird? Oder die »Finanzen« mehr geworden sind? Messen wir dies an der Wirklichkeit:

In diesem Arbeitskampf entstand am 7. März die Situation, daß nach Urabstimmungen in mehr als 40 Betrieben die betroffenen Kollegen auf ein Zeichen des Hauptvorstandes warteten, durch Streik der Unternehmerrausperrung etwas entgegenzusetzen. Schließlich hatte der Hauptvorstand ja erklärt, er habe eine Strategie, er könne sie nur nicht vorzeitig bekanntgeben.

Auch die Kollegen von Madsack in Hannover z. B. waren durch die vorhergegangenen Aussperrungen ihres Unternehmers empört und wollten nicht wieder in den Betrieb rein. Sie hatten mit über 90% für Streik gestimmt. Doch der Hauptvorstand verweigerte auch nach mehreren Telefonanrufen die Zustimmung. Der niedersächsische Landesvorsitzende wollte — wie üblich — Sprachrohr der höheren Funktionäre sein und interpretierte das Nein mit der rapide geleerten Streikkasse. Daraufhin beschlossen die Kollegen mit nur wenigen Enthaltungen, auch ohne finanzielle Unterstützung in den Streik treten zu wollen. Dieses teilten sie durch den Landesbezirksvorsitzenden (der den Verhältnissen nun »entsprach«) dem Hauptvorstand in Stuttgart mit, erhielten aber nur ein kategorisches Nein als Antwort.

Jeder klassenbewußte Kollege wird jetzt denken: Wenn die Hannover-Kollegen doch bloß gestreikt hätten — auch ohne Geld — was wäre das für ein gewerkschaftspolitisches Signal für die weitere Mitgliedschaft gewesen!! Es wäre ähnlich positiv aufgenommen worden wie die Besetzung der »FR« durch die Frankfurter Kollegen. Und den Unternehmern wäre gezeigt worden, wie Arbeiter, die einen einheitlichen Willen und »freiwillige Disziplin« üben, der finanziellen Bedrohung ihrer Organisation etwas entgegenzusetzen haben. Ähnlich wie beim Streik in Bremen. In Hannover setzte sich der Hauptvorstand diesmal mit dem Nein noch durch. Doch wie soll es in Zukunft weitergehen? Werden die hauptamtlichen Funktionäre demnächst einen »fortschrittlichen« Beschluß fassen — ähnlich dem mit der Zahlung eines Sonderbeitrages nach dem Streik 1976 — und den Mitgliedern eine neue Kampfform, nämlich ohne finanzielle Unterstützung durch den Hauptvorstand einfach »verordnen«? Ließe sich dadurch das »unterentwickelte Bewußtsein« verändern? Unsere Antwort darauf ist: Wo sind die nächsten Leute für den nächsten Schritt — weg von »die-machen-ja-doch-was-sie-wollen« und Volksgemeinschaft, hin zur Einheit in der Klasse.

Ein anderes Beispiel: Auf dem Gewerkschaftstag in Augsburg (August 1977) beklagte sich der zweite Vorsitzende Ferlemann darüber, wie er auf einer Delegiertenversammlung in Hamburg behandelt worden sei. »Ich kenne die Kritik am Rastertarifvertrag. Ich habe sie mir einmal über 4 Stunden lang in Hamburg anhören müssen in einer konzentrierten Aktion, mit seitenlangen Manuskripten, die wie im Staffellauf bei der Stabübergabe, jeweils nach der 10-Minuten-Redezeit an den anderen übergeben wurden. Ich möchte mich nicht gern daran erinnern, denn das war nicht das, was wir (!!!) eigentlich unter Gewerkschaftern als faire und offene Diskussion betrachten« (Protokoll vom 4. Tag). Ferlemann weiß natürlich sehr wohl, daß die Fragen um die Einführung der neuen Technologie nicht von einem Redner in 10 Minuten erledigt werden konnten. Er selber wurde von den Mitgliedern als Hauptamtlicher bezahlt, um sich jahrelang damit befassen zu können (und ist kaum über die Denkweise eines Betriebsleiters hinausgekommen).

»Wir« bestimmen, was eine faire Diskussion ist? Nicht den Hamburger Kollegen mangelt es da offenbar an Demokratieverständnis, sondern Ferlemann und all jenen auf dem Gewerkschaftstag, die die folgenden Begründungen Ferlemanns, warum die breite Mitgliedschaft aus der Diskussion um den Rastertarifvertrag ausgeschlossen sei, ohne Widerspruch hinnehmen. Er sagte weiter: »Es wird kritisiert, der Rastertarifvertragsentwurf sei nicht breit in der Mitgliedschaft diskutiert worden. Ja Kolleginnen und Kollegen, es handelt sich bei dieser Frage doch nicht um ein Problem des 21. Jahrhunderts, sondern um ein aktuelles Problem, das in den Griff genommen werden mußte. Hätten wir diesen Tarifvertragsentwurf in die breite Mitgliedschaftsdiskussion gegeben, dann frage ich mich, ob heute bereits Verhandlungen für gescheitert erklärt oder ob wir noch in der internen Mitgliederdiskussion um diesen Tarifvertrag wären.«

Der Hauptvorstand hat keine Zeit, mit den Mitgliedern

darüber zu sprechen, Ferlemann kann sich in Augsburg um eine Diskussion drücken, indem er sagt, »ich kenne die Kritik...«. Ist das Ausdruck einer fortschrittlichen Position und politischer Stärke? An die Stelle der notwendigen Auseinandersetzungen um Weg und Ziel tritt die Verunglimpfung der kritischen Kollegen als Chaoten, »Gewerkschaftsfeinde« etc. Zu Beginn des Tarifkampfes hat da besonders der Landesbezirksvorsitzende von Nordrhein-westfalen, Fritz Gent, seinen Mund über die Kritik aus Hamburg aufgerissen, sogar auf einer Betriebsversammlung in Gütersloh soll er sich abfällig darüber geäußert haben.

Die »höheren Funktionäre« mit den »fortschrittlicheren Positionen« nahmen im Januar die »Leitsätze« der Unternehmer mit 28 zu 14 Stimmen an, und Mahlein hielt dies für eine tragfähige Grundlage. Ferlemann wurde beauftragt, auf der Grundlage dieser Leitsätze mit den Unternehmervertretern und denen der HBV, DAG und DJV einen Tarifvertrag auszuarbeiten. Als dieser der Tarifkommission zur Zustimmung vorgelegt wurde, trug er die Unterschrift von Ferlemann. Und woher kam plötzlich die Einsicht des Hauptvorstandes und der Tarifkommission, daß dieser Vertragsentwurf **unannehmbar** sei? Aus der »mangelnden Disziplin und Folgebereitschaft« (Hensche) der Hamburger Kollegen? War es nicht doch die »fortschrittliche« Spitze der Mitgliedschaft, die in den größeren Betrieben des Bundesgebietes durch Streiks und Protestresolutionen gegen die Gewerkschaftsführung dieser zur Einsicht verholten hat, daß eine solche Kapitulation vor den Unternehmern Folgen in der Organisation selbst haben würde?

Nicht zuletzt durch das Auftreten von ca. 35 Kollegen aus Hamburg auf einer Veranstaltung der Bremer Universität zum Thema »Recht auf Arbeit«, auf der Kollege Hensche sprach, wurden die unterschiedlichen Auffassungen deutlich. Hatten die Funktionäre zuvor Terminschwierigkeiten, auf der Hamburger Delegiertenversammlung zu den Fragen über Weg und Ziel des Arbeitskampfes zu sprechen, so mußte auch D. Hensche hier und nach der Veranstaltung in langen Diskussionen wohl oder übel zur Kenntnis nehmen, daß Mitglieder ihn zur Aussprache forderten vor einer Öffentlichkeit, von der er keine Kritik erwartete. Deshalb war er auch für diese Veranstaltung in Bremen abkömmlich. Die Studenten und Professoren der Uni Bremen, im besonderen die dem MSB Spartakus nahestehenden, klagten auch prompt darüber, daß durch das Auftreten der Hamburger Kollegen die Harmonie der Veranstaltung gestört worden sei. (auch der Vorsitzende des Ortsvereins Bremen, Kammering, war dieser Meinung). Was aber war wichtiger? Die Harmonie der Uni-Versammlung oder die Korrektur der Beschlüsse des Hauptvorstandes mit seinen »fortschrittlicheren Positionen«?

Was ist Grundlage der »fortschrittlichen« Positionen?

Warum die Furcht vor Initiative der Mitglieder? Warum dauernd die Weigerung des Zentralorgans, Briefe und Artikel von Kollegen aus Hamburg (z. B. der grafischen Jugend über ihre Unterstützung der dänischen Kollegen von Berlinske Tidende, die sie auch erst gegen den damaligen Ortsvereinsvorsitzenden durchsetzen mußten) abzudrucken? Können sich die hauptamtlichen Kollegen in Stuttgart nicht vorstellen, daß es Mitglieder gibt, die über das Beitragszahlen hinaus Interesse an einer fruchtbaren Auseinandersetzung in der Organisation haben?

Der »Arbeiterkreis für Fragen der neuen Technologie« veranstaltete Ende Februar 1978 in Hamburg ein Seminar, das für alle Mitglieder offen war, also nicht nur für Funktionsträger. Interessierte Kollegen aus der BRD baten, daran teilnehmen zu dürfen. Die Referate und Diskussionsbeiträge des Seminars waren für alle Beteiligten hochinteressant und fruchtbar, bisher allerdings sah sich der Hauptvorstand, obwohl doch durch den Kollegen Müller vertreten, nicht genötigt, die Ergebnisse der Mitgliedschaft im übrigen Bundesgebiet zugänglich zu machen. Stattdessen schreibt der Vorsitzende Mahlein nach dem Seminar einen Brief an den Ortsvereinsvorsitzenden, der mit der Frage beginnt, er wolle nicht (!!!) wissen, wer den zugereisten Teilnehmern das Fahrgeid bezahlt habe. Es war die Initiative der Mitglieder, die ihn schreckte. Kann sich der Hauptvorstand gar nicht mehr vorstellen, daß Arbeiter ihre Teilnahme an einem gewerkschaftlichen Seminar selbst bezahlen? Und sogar ein Wochenende opfern, ohne Spesen und Diäten?

In der zunehmenden Wirtschaftslaute geraten diese Gewerkschaften in eine Krise — die Vorstände mit ihren Mitteln und Methoden, die Arbeiter- und Angestellteninteressen zu vertreten, ebenso, wie die Mitgliedschaft mit ihrem Versicherungsdanken. In der »Wirtschaftswunderzeit« konnten mit den Methoden der Sozialpartnerschaft gewisse Ergebnisse am Verhandlungstisch erhandelt werden — die Unternehmerprofite waren groß und die Arbeitskraft eine Mangelware. So bekam jede Interessengruppe unter den Arbeitern das Ihre und war zufrieden. Niemand brauchte über Ortsvereins- oder Landesbezirksgrenzen hinauszuschauen, teilte doch der Hauptvorstand im Zentralorgan durch seine »Fachleute« (wie Ferlemann für die neue Technik) alles Wissenwerte mit.

Es hat sich in den letzten Jahren ein gewisser Wandel vollzogen, Mahlein und Hensche gelten heute als Linksaußen unter westdeutschen Gewerkschaftsfunktionären, wie vor einigen Jahren Brenner und Gefeller. Aber was nützen die in Worten radikalen und an vielen Punkten richtigen Wirtschaftsanalysen des Kollegen Mahlein und die Kommentare Henschkes in den bundesdeutschen Medien und auf Gewerkschafts- und anderen Veranstaltungen über das, was diese Gesellschaft nicht zu leisten imstande ist, wenn sie sich gleichzeitig der Schaffung der einzigen politischen Kraft, die u. a. ihren Worten Gestalt geben könnten, hemmend entgegenstellen.

Die Wortradikalität mancher Gewerkschaftsfunktionäre spiegelt nur die zunehmende Empörung über die Unternehmer-»Schweineereien« unter den Kollegen wieder. Doch Empörung, die sich mit solchen radikalen Worten abspesen läßt und Äußerungen von Funktionären als »kämpferisch« bezeichnet, statt dem Taten folgen zu lassen, ist lediglich die Rückseite ohnmächtiger Politik, in der die Mitglieder nur einsetzbare Schachfiguren sind und bleiben sollen.

Ihre Haltung zwingt zu dem Schluß, daß sie sich und ihre Politik in Gefahr sehen, wenn z. B. die Gewerkschaftsmitglieder den lokalen und deshalb beschränkten Rahmen überwinden, um das zu tun, was der an Händen und Füßen an den »Sozialpartner« gefesselte Gewerkschaftsapparat nicht mehr leisten kann — dann blocken sie ab. Die Unternehmermaßnahmen (die sich inzwischen einen Dreck um die Bettelei um Sozialpartnerschaft kümmern) gegen die Arbeiter und Angestellten, die Gerichtsurteile, die Abhängigkeit der Organisation von Regierung und Staat und die finanzielle Misere zwingen die Kollegen, nach Auswegen zu suchen.

Wir machen uns Gedanken und treten dafür ein, daß dort, wo die Menschen gezwungen sind, ihre Existenzgrundlage zu verteidigen, Wege gesucht werden müssen, den noch lokal und betrieblich beschränkten gewerkschaftlichen Kampf aus der Isolierung herauszubringen und in den politischen überzuleiten: den lokal entstehenden Kampf zu einer Sache machen, die bei den Massen Unterstützung findet. Der Kampf um die »betriebswirtschaftlich überflüssigen Arbeitsplätze« zwingt die Menschen, sich politische Gedanken über diese Gesellschaft zu machen. Unbestritten ist es, daß heute nur eine Minderheit der Kolleginnen und Kollegen diese Aufgabe aus ihren konkreten Erfahrungen schon erfaßt hat. Ebenso unbestritten ist es, daß ohne die Gewinnung entscheidender Teile der Werktätigen für diese Aufgabe die Klassenkraft nicht neu entstehen kann. Deshalb halten wir unsere Kritik aufrecht: Eine Gewerkschaftsführung, die gegenüber den fortgeschritteneren Teilen der Arbeiterschaft Kritik nicht anders zu beantworten weiß als mit der Aufforderung »zur Fahne zu stehen« und von »Querschüssen« redet, eine solche Führung ist unfähig, bei den weniger fortschrittlichen Teilen den »gemeinsamen Willen« herzustellen — die Tatsachen beweisen es. Wir unsererseits können uns nur an die alte und immer noch nicht widerlegte Richtlinie halten, daß die Vorteile der Arbeiterklasse gegenüber ihren Widersachern in ihrer Zahl besteht, **wenn und soweit** ein gemeinsamer Wille sie vereint. ...

... und einige weitere Fragen

Diskussionen mit Kolleginnen und Kollegen aus der IG Druck und Papier entnehmen wir, daß durch die Berichterstattung über den Tarifkampf einige Dinge, die sich in Hamburg entwickelt haben, unklar geblieben oder verzerrt dargestellt sind. Wir wollen versuchen, einige Fragen von allgemeinem Interesse zu beantworten.

Weshalb waren es gerade die Kollegen von Gruner & Jahr, die so qualifiziert und energisch die Diskussion um die Einführung der neuen Technik führten?

Sie wurden schon vor ca. 3 Jahren, also lange bevor die Gewerkschaft überhaupt daran denken konnte, einen Vertrag abzuschließen, von der Unternehmensleitung mit der Einführung der neuen Technologie konfrontiert. Es wurden die ersten Testgeräte aufgestellt und die Manager wollten den Betriebsrat bei der Einführung »mitwirken« lassen, in dem Sinne, wie Öl auf bewegtes Wasser beruhigend wirkt, und wie es in anderen Betrieben schon funktioniert hatte, z. B. in der SPD-eigenen Auer-Druckerei in Hamburg. Deswegen konnten sich auch die Betriebsräte von G & J mehrere Betriebe im In- und Ausland ansehen, u. a. die »Stuttgarter Zeitung«. Von dort kamen sie mit der Schlußfolgerung zurück: »*Personaleinsparung von 50 Prozent bei einem Arbeitsablauf, der im Vergleich zu dem, was Gruner & Jahr will, vorsintflutlich ist.*«

Von einem Kongreß internationaler Zeitungsfachleute (IFRA) in Genf brachten sie Äußerungen der Referenten mit: »*Wer in diesem Gewerbe überleben will, muß diesen Fortschritt mitmachen... die Entwicklung bzw. Übernahme derart teurer Systeme muß sich rasch amortisieren... dies kann im wesentlichen nur durch Personaleinsparungen erreicht werden... klar definierte Pläne und der Weg ihrer Verwirklichung sind unabdingbare Voraussetzungen für die Einführung derart teurer Systeme...*« In der Zeitschriften-druckerei »Gutenberghaus« in Kopenhagen wollte man das Personal um 50 Prozent über natürliche Fluktuation (und hohe Abfindung) reduzieren, bei »Politiken« in Kopenhagen ebenso. Bei »Arbetet« (gewerkschaftseigen, Göteborg) wurde umgekehrt die Produktion um 50 Prozent gesteigert. Bei »Newsweek« in New York wurde die Arbeit in der Technik (Satzherstellung) nur noch von zwei Technikern (zuvor 30–40) gemacht. Bei »Detroit News« wurden von 500 Technikern 200 entlassen. Diese Erfahrungen ließen die Kollegen bei Gruner aufhorchen und aufmerksam werden auf die Geräte, die den offensichtlich schon überholten OCR-Maschinen nachfolgen würden. Alle neuen Erfahrungen wurden den Kollegen in den beiden Setzereien und den Redaktionen bekannt.

Waren die Forderungen der Gruner-Kollegen nur auf ihre Betriebs-Situation zugeschnitten — oder waren sie für alle von Rationalisierung Bedrohten wichtig?

Der überaus finanzkräftige Gruner-Konzern (mit Bertelsmann im Hintergrund) besitzt fast eine Monopolstellung und ist in der Lage und willens, sich nicht mit einer technologischen Zwischenstufe abzufinden. In vielen — vor allem Klein- und Mittelbetrieben — sind die Unternehmer aufgrund des Konkurrenzdruckes in der Branche gezwungen, jede auch nur gering verbesserte Maschine den Maschinenproduzenten abzukufen. Der Schritt, der bei Gruner getan werden soll, überspringt die Stufe der Neuerung, die z. B. bei Madsack in Hannover vor 5 Jahren mit den OCR-Geräten gemacht wurde, sie überspringt auch die Stufe der Neuerungen, wie sie in der Turmhausdruckerei in Stuttgart gemacht wurde, noch weit. Die Absicht der Gruner-Manager ist es, daß letztenendes vom ersten Textentwurf des Journalisten bis zum Anliefern der Druckplatte an der Rotationsmaschine alles, aber auch alles nur noch per Knopfdruck am Bildschirm gemacht wird. Angesichts dieser Perspektiven und ausgehend von der heutigen Produktionsweise, wo z. B. in den Gruner-Setzereien der Text für einen »Stern« letztendlich nach mehreren Korrekturen ca. fünfmal komplett gesetzt wird, bevor wirklich gedruckt wird, sind die Forderungen der Gruner-Kollegen — entsprechend den radikalen Unternehmer-Absichten — radikal. So gesehen sind es **zuerst** innerbetriebliche Forderungen gewesen. Aber auch schon der Versuch, den innerbetrieblichen Widerstand gegen die ersten Probeläufe der neuen Anlagen durch den damaligen Ortsvereinsvorstand der IG Druck zu fördern und zu entwickeln, schlug fehl. Wenige Stunden, bevor damals der hauptamtliche Funktionär Heinz Wolf den aktionsbereiten Kollegen im Betrieb den Rücken stärken sollte, sagte er ab und berief sich dabei auf den Hauptvorstand.

Auch dieses waren »fruchtbare« Erfahrungen — künftig erläuterten die Gruner-Kollegen verstärkt ihre Forderungen auf den Delegiertenversammlungen des Ortsvereins **vor allen** Anwesenden. Folgendes wurde dadurch bekannt:

Die (weiter oben) beschriebene »Mitwirkung« der Betriebsräte bei den ersten Versuchen mit der Neuen Technik in der Setzerei hatte schon zu weitgehend abgeschlossenen Verhandlungen über zwei Betriebsvereinbarungen geführt. **Die erste** sollte regeln, was mit den Kollegen geschieht, deren Arbeitsplätze durch die Einführung der Neuen Technik bei Gruner überflüssig werden. **Die zweite** sollte Besetzungsordnungen regeln für die Kollegen, die mit der Neuen Technik arbeiten sollen. Die von der Geschäftsleitung akzeptierten Grundforderungen waren:

- klare Abgrenzungen der Arbeiten zwischen Redaktionen und Technik.
- Redakteure sollten — wie bisher — schreiben, ohne die Terminals zu bedienen.
- Schreibkräfte sollten die Text-Erstendloserfassung machen — wie bisher.¹
- Fachkräfte der Druckindustrie sollten alle Satzmanipulationen machen — wie bisher.

Plötzlich jedoch wurden die Verhandlungen von den Gruner-Managern abgebrochen, weil sie als Teilnehmer an den Gesprächen der Dachorganisationen den Rasterarif-Entwurf in die Hände bekamen. Schon an die Betriebsräte abgegebene Positionen wurden ihnen dadurch vom IG-Druckvorstand zurückgegeben, sie konnten also hoffen, »billiger« wegzukommen. Eiligst mußte in dieser Situation die erste Betriebsvereinbarung — ohne die letzten Änderungen — von den Gruner-Betriebsräten unterschrieben werden, um für die empörten Kollegen überhaupt noch was zu retten.

Mit der Zeit, unterstützt durch die intensiven und auch dem »Fußvolk« zugänglichen Diskussionen im eingerichteten »Arbeitskreis für Fragen der Neuen Technologie« wurde einer Reihe von Kolleginnen und Kollegen auch aus anderen Hamburger Betrieben klar: Die ursprünglichen Forderungen der Gruner-Kollegen sind, **sofern** die Organisation dafür den Kampf aufnimmt, ein erster Schutz vor dem rücksichtslosen Verschwindenlassen unserer Arbeitsplätze. Die betriebliche Situation bei Gruner ist nur zeitlich gesehen eine besondere — mehr oder weniger stark werden alle anderen Betriebe in den Sog geraten, deshalb waren und sind die Gruner-Forderungen im eigentlichen Interesse aller Kollegen.

Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung wurde behauptet, die Gruner-Kollegen hätten zuerst sehr wortradikal geredet, dann aber Streikbruch betrieben, als die entscheidenden Großbetriebe sich im Streik befanden. Stimmt das?

Nein. Es ist noch nicht mal die halbe Wahrheit, sondern nur ein Bruchteil der Tatsachen, und alle, die nicht den ganzen Zusammenhang erläutern, beteiligen sich an der Diffamierung unserer Gewerkschaftskollegen. Von den Unternehmern sind wir gewohnt, daß sie Zwietracht unter uns säen wollen, daß sich nun aber auch hauptamtliche Funktionäre an diesem schabigen politischen Handel beteiligen (und Kollegen, die die politischen Ansichten der DKP teilen, darauf reinfallen), ist besonders alarmierend.

Von führenden hauptamtlichen Funktionären wurde als sicher vorausgesagt, daß der inzwischen ausformulierte Vertrag am 31. Januar angenommen werden würde. Das führte am 30. 1. zu einem Warnstreik aller drei Schichten der Setzerei mit folgender Resolution an den Hauptvorstand und zur Kenntnis an den Gruner-Vorstand: »Wir, die Setzer von Gruner und Jahr, wehren uns entschieden gegen den vorliegenden Tarifvertragsentwurf über die Einführung der neuen Technik. Er ist für uns völlig unzumutbar, weil er unsere Arbeitsplätze nicht sichert. Wir fordern:

- Ablehnung des Tarifvertragsentwurfes!...
- Datenträger, die nicht von Fachkräften erstellt wurden, werden nicht weiterverarbeitet

¹ Unter Text-Erstendloserfassung ist die Eingabe eines auf Papier vorliegenden Manuskript-Textes ohne jede Trennungs- und Satztechnikangaben zu verstehen. Diese Arbeit wird nicht mehr vom Redakteur und noch nicht vom Facharbeiter, dem Setzer, gemacht — sondern von der Schreibkraft oder Stenotypistin. Diese Differenzierung und der dazugehörige Begriff wurden erst von Kolleginnen und Kollegen von Gruner & Jahr in die Diskussion der Gesamtorganisation eingebracht. Auch der Fachmann Ferlemann begriff nur schwer — ebenso wie viele andere Kollegen —, daß mit dieser Differenzierung des Arbeitsprozesses das erste Mal in einer Tarifregelung auch die Arbeitsplätze von Schreibkräften beschrieben worden wären.

— 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich für alle
Mit diesem Warnstreik wollen wir unseren Forderungen Nachdruck verleihen.«

Durch die bundesweiten Warnstreiks alarmiert, lehnten die Gewerkschaftsfunktionäre in der Großen Tarifkommission den Vertragsentwurf (das sogenannte Mayschoss-Papier) ab. Schon am nächsten Tag sandte der Hauptvorstand den Unternehmern einen neuen Entwurf zu, der nur Verbesserungen für Betriebe vorsah, die noch keine Satzcomputer eingeführt hatten. Für die Belegschaft von Gr & J konnte auch dieser Entwurf (den die Gewerkschaftsmitglieder vorher überhaupt nicht zu Gesicht bekamen) nur Nachteile bringen:

Dort wo bereits Schreibkräfte die Satzcomputer bedienen, konnte auch weiterhin von der vorrangigen Beschäftigung von Setzern abgewichen werden. Da die Geschäftsleitung von Gruner während des tariflosen Zustands bereits Schreibkräfte an die Terminals gesetzt hatte, sollten die Gruner-Kollegen also dafür kämpfen, daß dieses auch so bleibt.

Den Journalisten wurde ermöglicht, bestimmte Arbeitsvorgänge an den Terminals zu machen. Bisher ging bei Gruner aber noch kein Journalist an diese Geräte. Sie sollten also dafür kämpfen, daß sie dies endlich tun.

In den Gruner Setzereien hatte es bis zu diesem Zeitpunkt im Rahmen des bundesweiten Kampfes mehr als 20 Warn- und Proteststreiks — mehr als in jedem anderen Betrieb in der BRD — gegeben. Der Landesbezirksvorstand der IG Druck und Papier reagierte auf das Drängen der Gruner-Kollegen, indem er als neue Taktik des Hauptvorstandes das Aushandeln von »Haustarifen« empfahl. Was also in eineinhalb Jahren bundesweit nicht ausgehandelt werden konnte, sollten einzelne Betriebsbelegschaften nun jede für sich erreichen. Mit den Betriebsfunktionären von Gruner machte der Landesbezirk einen Termin ab, um einen »auf das Haus zugeschnittenen« Vertrag zu formulieren. Dieser Termin wurde kurzfristig abgesagt, da der Hauptvorstand am 14. 2. an 120 Betriebe das Angebot richtete, man sei bereit, Haustarife auf der Grundlage des angebotenen Vertrages abzuschließen — also ohne daß die Kollegen auf das jeweilige Haus zugeschnittene Forderungen hätten einbringen können.

Die Setzer bei G & J. fühlten sich hintergangen, zumal kein hauptamtlicher Funktionär bereit war, sich den Fragen der Kollegen zu dieser verworrenen Situation zu stellen. Doch es wurde noch schlimmer: Am 15. 2. forderten die Funktionäre des Landesbezirks die G & J-Vertrauensleute im »engsten Kreis« auf, zu klären, ob ein Schwerpunktstreik (4 Betriebe in der BRD) bei G & J. durchgeführt werden könne. Dabei stellte sich heraus, daß entgegen den Auffassungen der Gewerkschaftsfunktionäre aus den Hamburger Großbetrieben in der ganzen Nordmark nur ein Betrieb streiken sollte. — Weshalb z. B. Springer und Bauer nicht?

Die Vertrauensleute antworteten dem Landesbezirk: »... völlig uneinsichtig ist für uns die Vorstellung, daß ein einziger Betrieb in der Nordmark bzw. einige wenige Betriebe in der Bundesrepublik erreichen sollen, was bundesweit von der Gesamtorganisation nicht erreicht wurde, trotz zahlreicher Warn- und Proteststreiks. Für die Realisierung eines bundeseinheitlichen Tarifs über den aktiven und direkten Kampf nur einiger weniger Betriebe müssen noch viel grundlegendere, weitergehende Voraussetzungen geschaffen werden. Daß die Kollegen bei Gruner & Jahr bereit sind, sich in einem bundesweiten Kampf für bundesweite Forderungen einzusetzen, haben sie bereits in der Zeit seit dem 1. 12. 77 in 20 Warn- und einem Proteststreik bewiesen. In diesem Zusammenhang verweisen wir auf den Beschluß der Delegiertenversammlung vom 13. 2. 78, wo zusätzlich die Notwendigkeit der aktiven Einbeziehung der anderen DGB-Gewerkschaften gefordert wird. Aus den genannten Gründen und solange diese bestehen, würde bereits die Urabstimmung zur Niederlage führen. Wir sind der Meinung, daß sich unsere IG Druck und Papier das nicht leisten kann.«

Auch eine Unterredung zwischen einigen betrieblichen Funktionären und den Landesbezirksvorsitzenden Wolf und Metzinger am 20. 2. brachte nicht die erhoffte Klarheit über die Absichten und Ziele der Organisation. Polemisch wurde den Kollegen von den Hauptamtlichen ein Fernschreiben aus Stuttgart vorgelegt — allerdings nur die unbeschriebene Rückseite. Die G & J-Kollegen verlangten eine betriebs-

bezogene Mitgliederversammlung, nur so könne der organisierte Teil der Belegschaft das Vertrauen in die Organisation wiedergewinnen. Die LBZ-Vorsitzenden ließen die Kollegen sitzen, um sich auf dem Flur ohne sie zu beraten — und das alles im Gewerkschaftshaus. Die Vertrauensleute von G & J schrieben daraufhin am nächsten Tag:

„... das Gespräch mit dem Landesbezirksvorstand ausführlich erörtert. Sie vertreten einhellig die bisher vorgetragenen Standpunkte. Beide Vertrauenskörper (der Unternehmensbereiche Druck und Verlag) sehen sich nicht in der Lage, die Kampfmaßnahmen zu mobilisieren, ehe nicht die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Kampf geschaffen und das vorhandene Konzept allen Betriebsfunktionären offengelegt worden ist...“

Dagegen wußten die Unternehmer über die „Taktik des Hauptvorstandes gut bescheid: Am Freitag, dem 25. 2., fanden Kollegen in der Reproabteilung von der Geschäftsleitung vorbereitete Flugblätter, worin von einer positiv verlaufenden Urabstimmung die Rede war, die die GL zwingt, diese Kollegen sofort auszusperrn.

Doch am Montagmorgen weigerte sich die Frühschicht in der Gruner & Jahr-Setzerei, mit in den Streik zu treten — sie fühlten sich restlos verschaukelt. Die zugesagten haus-spezifischen Forderungen waren hinfällig, weil der Geschäftsleitung bereits der allgemeine Text für Haustarife vom Hauptvorstand zugesandt war und dieser eine Verschlechterung der bereits bei Gruner bestehenden Tatsachen herbeigeführt hätte. Auch die Spätschicht wollte nur mit Klarheit über Weg und Ziel weitere Kampfmaßnahmen ergreifen. Die streikenden Kollegen der beiden anderen mit in den Proteststreik genommenen Betriebe, Bauer und Utesch, (Springer war werweißwarum nicht dabei), erfuhren von dieser Folgeerscheinung erst am Montagvormittag auf einer Streikversammlung im Gewerkschaftshaus.

Im letzten Gespräch mit der Geschäftsleitung wurde ganz deutlich, daß sie über die Köpfe der Betroffenen hinweg die Arbeitsabläufe diktieren will:

Bei GEO sollen Redakteure die Terminals bedienen!

Dort soll der zukünftige Schlußredakteur neben seiner herkömmlichen Arbeit nebenbei auch noch qualifizierte Tätigkeiten des Herstellers, des Schlußgrafikers und des Fachkorrektors mit erledigen und darüber hinaus am Bildschirm die Tätigkeit des Operators (Satzarbeit) ausführen.

Hier soll dem Schlußredakteur ein neues Berufsbild aufgezwungen werden. Das ist in mehrfacher Hinsicht bedenklich:

- Der Redakteur wird damit total überlastet. Zwangsläufig werden die Texte schlechter.
- Der gerade erkämpfte RTS-Vertrag — ein Gesetz — wird in mehreren Punkten mißachtet.
- Die von der Geschäftsleitung angestrebte Praxis widerspricht allen positiven Erfahrungen in der STERN-Redaktion. Dort wird die Erstendlos-Eingabe von Sekretärinnen gemacht, die Satzmanipulationen und Korrekturen von sogenannten Operatoren und die Schlußredaktion von Schlußredakteuren.

!!! Mit diesem STERN-Modell sind alle zufrieden: die STERN-Redakteure, die Sekretärinnen, die GEO-Redakteure, die Setzer und die Betriebsräte. Es entspricht dem RTS-Vertrag.

Was hat die Geschäftsleitung plötzlich dagegen ???

Die Geschäftsleitung weigert sich hartnäckig, dieses sinnvolle Modell auch in den anderen Redaktionen des Hauses zu praktizieren. Das beweist, daß sie nicht in erster Linie an die Geschicke im eigenen Hause denkt. Stellvertretend für den Arbeitgeberverband setzt sie den Arbeitskampf um die Einführung der neuen Technologie fort — mit dem Ziel: Redakteure müssen an die Bildschirmgeräte!

Damit werden Redakteure erster und zweiter Ordnung geschaffen: solche, die noch nicht an die Terminals müssen, und solche, die durch ihren Arbeitsvertrag dazu gezwungen sind.

Die „Redakteure“ zweiter Ordnung will die Geschäftsleitung erst einmal aus der Setzerei rekrutieren. Setzer können einen Redakteursvertrag ergattern, ohne jedoch als Redakteur arbeiten zu dürfen. Sie sollen nicht verantwortlich redigieren (was eine klassische Arbeit des Redakteurs ist), sondern am Bildschirm Korrekturen eingeben.

Durch diesen Trick will die Geschäftsleitung erreichen, daß Redakteure Bildschirmarbeit machen. Damit unterläuft sie den Tarifvertrag, der erst vor kurzem von G & J selber mit ausgehandelt wurde.

Eine Information der Vertrauensleute von Gruner & Jahr.

Die Ursachen aus den Tagen zuvor waren ihnen durch die Geheimniskrämerei und das Gegeneinander-Ausspielen der Landesbezirksfunktionäre verborgen geblieben. Aus ihrer Sicht taten sie Richtiges: Einige von ihnen zogen zum Gruner-Betrieb, um die Kollegen zum Rauskommen zu bewegen. Die Ortsvereins- und Landesbezirksvorsitzenden wollten sich als die „Macher“ darstellen, als sie die Vertrauensleute der Angestellten (die nicht streiken konnten), aufforderten, die Setzer herauszuholen. Sie selbst fanden nicht den Weg in die Setzerei.

Die Nachtschicht der Gruner-Setzer faßte die Situation anders auf, denn im Laufe des Tages war durch den Landesbezirksvorstand beiläufig bekannt geworden, daß die Kollegen plötzlich nicht mehr für Haustarife, sondern für bundesweite Tarife streiken sollten. Auch hatten die sonst mit Kampfmaßnahmen „sehr sparsamen“ Itzehoer Drucker von G & J den nicht mitstreikenden Setzern unsolidarisches Verhalten vorgeworfen. Unter diesem moralischen Druck trat die Nachtschicht in den Streik. Ein Kollege drückte die Stimmung so aus: „Wenn schon alles in'n Arsch geht, dann müssen wir eben mit der Gewerkschaft in'n Arsch gehen.“

Die Kollegen wollten auch nicht dem Spaltungsmanöver der Geschäftsleitung auf den Leim gehen, die am Nachmittag (auch im Rundfunk) bekanntgeben ließ, daß sie den nichtstreikenden Kollegen in Hamburg und Itzehoer ob ihrer Vernunft jeweils 250,- DM extra überweisen wolle. Wohl-gemerkt, auch die GL hatte den Anlaß des Nichtstreikens mißverstanden — die Kollegen aus Hamburg belegten dies deutlich; Die meisten von ihnen überwiesen das Geld entweder caritativen Organisationen oder der Gewerkschaft — auch dieses wurde im Rundfunk bekanntgegeben. Gegen besseres Wissen verbreitete der Hauptvorstand der IG Druck und Papier in der Streikzeitung 5/78 nur die Handlung der

Dann kommen die Daumenschrauben

Ehle Gesinnungsschniffelerei — das ist eine zu harmlose Umschreibung für das Vorgehen des Managements von Gruner + Jahr. Beim Konflikt in der Druckindustrie geht's um die neue Technik. Gar nicht fortschrittlich dagegen sind die Methoden, mit denen die Belegschaft in Itzehoer unter Druck gesetzt werden soll.

Im Betriebsrat Hamburg gab es als „Belohnung“ für die Nichtbeteiligung am Proteststreik 250 Mark. In Itzehoer bevorzugt Gruner + Jahr die Peitsche. Dort hatte die Belegschaft die Arbeit niedergelegt.

In Itzehoer brachte nun die Post allen Beschäftigten einen Brief ins Haus, dem zwei Abstimmungskarten beilagen. Auf ihnen sollte der Geschäftsleitung mitgeteilt werden, ob man sich erneut an einem Streik beteiligen würde. Wer dies zu tun

gedenke, so wurde erläutert, werde mit Aussperrung rechnen müssen, denn edelmütig wird angemerkt: „Wir wollen aber nicht wahllos jeden aussperrn.“ Und sozial — wie das dem Betriebsmann-Konzern verbundene Haus Gruner + Jahr nun mal ist — lag dem Schreiben noch ein Freiumschlag zur Rücksendung bei.

Was sich in so schlichten Zeilen liest, ist ein ausgemachter Skandal. Hier wird auf eine raffinierte Weise eine Belegschaft unter Druck gesetzt; hier wird Gehirnwäsche versucht. Sollten Beschäftigte sich weigern, dieser Aufforderung zur Gewissens erleichterung nachzukommen — vielleicht wird Gruner + Jahr dann Daumenschrauben ansetzen. Was sich die Herren Schulte-Hillen und Weber da haben einfallen lassen, riecht verdammt nach Inquisition.

Geschäftsleitung. Die Antwort der Kollegen auf diese Aktion wurde verschwiegen. Diese Art, Informationen zu verbreiten, ist die Ursache für die Diffamierungen, die die Gruner-Kollegen erfahren mußten. Die gegenteilige Wirkung wird erzielt, wenn Offenheit in der Organisation in gewerkschaftspolitischen Fragen herrscht. Das erfuhren die Gruner-Kollegen, als sie kurz nach diesen Vorgängen — um sich der Diffamierungen auch aus Hamburger Kollegenkreisen erwehren zu können, die hier geschilderte Vorgeschichte auf den Tisch packten.

Wie ist jetzt die Lage im Betrieb?

Ebenso wie in anderen Betrieben ist eine gewisse Ermüdung unter den Gewerkschaftskollegen zu erkennen, sich mit den Problemen in gleichem Maße zu befassen wie bisher. Und in solchen nicht zu vermeidenden Wellentälern

des Abwehrkampfes gegen die Unternehmermaßnahmen ist es für den einen oder anderen Kollegen leichter, ohne Absprache mit den Kollegen der Abteilung oder des Bereichs auf angebotene Umschulungsmaßnahmen (aus dem Rationalisierungsschutzabkommen) einzugehen, die freiwillige Disziplin für die gemeinsame Sache tritt zeitweise in den Hintergrund.

Gerade für die Großunternehmen und Verlage, und hier besonders G & J, ist es weniger wichtig, Geld bei der Finanzierung der Übergangsregelungen einzusparen (davon haben sie genug) als prinzipiell den Status des Facharbeiters und seiner traditionellen Tarifrechte zu zerschlagen — das ist ihr langfristiges Ziel. Die künftig noch notwendigen Arbeitskräfte sollen bezüglich der Arbeitszeit, des Arbeitsplatzes, des Lohnes und der Belastbarkeit uneingeschränkt den Unternehmeninteressen zur Verfügung stehen.

So wird jetzt darüber verhandelt, wie der im Februar abgeschlossene Vertrag im Betrieb an den neuen Setzsystemen angewendet werden soll. Ein Widerspruch stellte sich in den ersten Sitzungen heraus. Für die Manager sind die Zusätze zu den Vertragsparagrafen, die mit *„das heißt“* beginnen, definitiv verbindliche Erläuterungen, während die Gewerkschaftsfunktionäre dieselben als beispielgebende Beschreibungen ansehen. So appellieren dann die Gewerkschaftsfunktionäre an den *„Geist des Vertrages“* (Körner), während die Gruner-Manager nur auf das Arbeitsgericht verweisen, das könne man schließlich bemühen. (Inzwischen muß der BR mehrere Prozesse führen). Und die Unternehmer

Leserbrief

Zu *„BR-Wahlen 1978 und Einheitsgewerkschaft“* und dem *„Beitrag aus Stuttgart zum Thema oppositionelle Listen“* in der Arpo 3/78.

Ich halte es für gut und richtig, daß man sich des Themas BR-Wahlen in der Zeitung angenommen hat. Aber ich bin mit der Herangehensweise nicht einverstanden und halte als Folge davon auch einige Aussagen so für falsch. Die Einschätzungen zur BR-Wahl sind meiner Meinung nach nicht nachvollziehbares Ergebnis der aufgeführten Berichte — dazu fehlen zu viele Informationen. Die Aussage, daß Persönlichkeitswahl demokratischer ist als Listenwahl, und daß Listenwahl grundsätzlich ein Ausdruck von Gemauschel und Versperrung von Interessenvertretung ist, kann ich aus unserer Erfahrung nicht bestätigen.

Wie will man in einem Großbetrieb wie z. B. Bayer Leverkusen als neuer, junger Betriebsratskandidat bekannt werden? Es gibt keine Betriebsversammlung für alle 30.000 Beschäftigten, sondern nur Bereichsversammlungen. Oder wenn man einen Beruf hat, bei dem man nicht wie z. B. die Handwerker überall herumkommt. Bei Persönlichkeitswahl haben in diesem Fall bekannte, *„alte“* Betriebsräte Vorteile, weil in den meisten Belegschaften die Diskussion um die BR-Arbeit noch nicht so fortgeschritten ist und Alternativen wenig bekannt sind. Bei uns in Wuppertal haben viele *„alte“* Betriebsräte gezittert, daß keine Listenwahl kommen möge, weil sie nämlich von den Vertrauensleuten weiter unten, und junge, fortschrittliche Kollegen weiter oben auf der Liste placiert worden waren. Die Vertrauensleute haben in Auseinandersetzungen den BR und einzelne Mitglieder schon kennengelernt. In der Belegschaft war das bisher noch nicht möglich. In vielen Betrieben spielen taktische Erwägungen eine große Rolle, z. B. die Frage mit welcher Vorgehensweise man bei den Kollegen am besten Anknüpfungspunkte findet.

Alle diese Widersprüche blieben in dem Artikel auf der Strecke. Uns nützen nicht viel die allgemeinen Aussagen, die für sich betrachtet richtig sind, die jeder von uns unterschreiben kann, und die in jeder Ausgabe der Arbeiterpolitik stehen. Als Beispiel möchte ich einige aufführen:

„Es müssen geeignete Mittel und Wege zur Verfügung stehen, damit die Informationen in die Belegschaft gelangen können.“ — *„Nur Betriebsratsposten zu besetzen, ist kein Maßstab für Arbeiterpolitik und schafft keine Basis.“* — *„Dazu bedarf es der Zusammenarbeit der klassenbewußten Kolle-*

weisen darauf hin, daß während der Vertragsverhandlungen die Gewerkschafter nach stundenlangem Streit schließlich die Formulierung *„das heißt“* akzeptiert haben. Das nachträgliche Aufgeregtsein über die Unternehmer-Auffassung sei doch nur Schauspielerlei. In diesen Verhandlungen wollen die Unternehmer jede Manipulation am Text (Schriftgröße, -art, -breite, -durchschuß, redaktionelle, grammatische und Layoutkorrektur) als Journalistentätigkeit durchsetzen. Seit einigen Wochen gibt es deshalb schon in der *„Brigitte“*-Redaktion und Grafikabteilung keine *„Korrekturabzüge“* mehr (obwohl noch Bleisatz); sie heißen plötzlich: *„Kontrollabzüge“*. Korrektur als Facharbeiter-Tätigkeit soll abgeschafft werden.

Was ist zu tun?

Die Entwicklung hat die Kollegen von G & J vorübergehend zu einem der vorgeschobendsten Betriebe gemacht. Das war am allerwenigsten ihr Wunsch — und es kann auch nicht das vernünftige Ziel gewerkschaftlicher Tätigkeit sein, diesen Zustand zu zementieren. Ziel muß es sein, die noch Zurückbleibenden nachzuziehen durch realistische Darstellung der Situation und Kräfteverhältnisse, damit die Gruner-Kollegen am Ende in einer einheitlichen Front den ihnen zustehenden Platz als ein Teil des Ganzen einnehmen. Wenn sie allein in ihrem Widerstand bleiben, werden wir alle in diesen Auseinandersetzungen zerrieben. Und der Tarifvertrag wird so zur Waffe in der Hand der Unternehmer, um die Arbeiter nicht nur materiell, sondern auch physisch wehrlos zu machen. ■

gem, die sich der Aufgabe bewußt sind, die darin besteht, die Unzufriedenheit der Arbeiter in Klassenbewußtsein umzuwandeln.“ — *„Wir können unsere Tätigkeit als klassenbewußte Arbeiter in den Gewerkschaften nicht auf Gerichtsurteile stützen. Das wäre eine gefährliche Illusion.“* — *„Für uns kann es in diesen kommenden Auseinandersetzungen nur eine Stütze geben: das klassenbewußte Denken und Handeln der Massen selbst. Sie müssen für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft gewonnen werden, damit nicht erneut Millionen für den Bestand des Kapitalismus geopfert werden.“* — *„Der Altweibersommer des Nachkriegskapitalismus in Deutschland geht unweigerlich zu Ende.“*

Unser Problem ist, wie schaffen wir das Klassenbewußtsein bei den Kollegen, von dem so viel in den Artikeln steht, und das so oft als Voraussetzung für vernünftige Arbeit beschrieben wird? Ist eine Kandidatur zum BR, die Anrufung eines Gerichts, die Aufstellung als oppositionelle Liste nicht vielleicht ein Mittel dazu? Um das beurteilen zu können, müssen sehr genau die jeweiligen Bedingungen untersucht werden. Hierbei gibt es schon die ersten Schwierigkeiten. Es muß das Für und Wider abgewogen werden und dann immer wieder aufs Neue überprüft werden. Diese Herangehensweise kann nicht durch allgemeine Einschätzungen ersetzt werden.

Bei der BR-Wahlproblematik stellen sich die Fragen ganz konkret, z. B.: Soll man überhaupt zum BR kandidieren, wie sind die Voraussetzungen; welche Formen der Zusammenarbeit muß man entwickeln; wen unterstütze ich im BR und vor allen Dingen wie.

Es ist klar, daß die Zeitung keine Rezepte für die Lösung dieser Fragen liefern kann. Ich halte es daher für besser, wenn die Berichte ausführlicher wären, so daß man sie mit den eigenen Erfahrungen vergleichen und evtl. konkrete Anregungen erhalten kann.

Enttäuschend finde ich auch den Beitrag zum Thema *„Oppositionelle Listen“*. Ich hatte gehofft, mehr über die Situation bei Daimler-Benz zu erfahren, z. B. was Hoss und Mühleisen veranlaßt hatte, als Oppositionelle zu kandidieren; wie wurde dort diskutiert, welche Verhältnisse herrschen in der örtlichen IGM? Läßt sich das Gerichtsurteil dazu benutzen, mit Kollegen zu diskutieren, wie wird nach dem Urteil in Bezug auf die IGM diskutiert?

Aber man erfuhr nicht mehr als man auch in der bürgerlichen Presse lesen konnte. Nur die Schlußfolgerungen waren anders. So ist aber das *„Verreißen“* der Plakatgruppe für mich unverständlich. Anstelle des Nachvollziehenkönnens tritt das *„Glauben“* von Einschätzungen der Schreiber.

Ein Genosse aus Wuppertal (August 1978).

Vor 45 Jahren: Kapitulation vor Hitler

Die Kapitulation vor Hitler am 9. März 1933 ist ein Ereignis, das die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung entscheidend beeinflusst hat. In diesem Artikel wird die Situation vor und nach dem 9. März 1933 dargestellt, die Rolle der Gewerkschaften und die Auswirkungen der nationalsozialistischen Herrschaft.

Die Gewerkschaften in Deutschland waren seit der Weimarer Republik in einer schwierigen Situation. Die SPD hatte die Führung übernommen, aber die Gewerkschaften waren weiterhin von den Nationalsozialisten bedrängt. Am 9. März 1933 wurde die Gewerkschaftsbewegung gezwungen, sich zu kapitulieren.

2. Teil und Schluß

V. Die Gewerkschaften

Und die Führer der Gewerkschaften? Am 9. März 1933 schon hatten die Nazis das Münchner Gewerkschaftshaus besetzt, doch *»bis zuletzt haben manche Gewerkschafter die Illusion, auch in einem totalitären Staat sei Raum für eine Gewerkschaftsorganisation und -arbeit, so die offizielle DGB-Geschichte.*¹⁰ Bis heute hat der DGB nicht den Mut, einzugestehen, daß die *»manchen Gewerkschafter«* die Führung des ADGB war!

So wie die Führung der SPD hoffte, von der *»Mutter Deutschland«* wie 1914 an die Brust gedrückt zu werden, so hoffte die Führung des ADGB auf eine Neuauflage der Burgfriedenspolitik von 1914—18, als sie von den Generälen gebraucht wurde für die Mobilisierung der Reservisten an Soldaten und Arbeitskräften, für die Durchführung des *»Hilfsdienstgesetzes«*. Dafür durfte sie damals dann *»mitbestimmen«* in einigen staatlichen und betrieblichen Gremien. Diese Bettelei um Anerkennung formte das Denken großer Teile der Arbeiterschaft.

Im September 1932 war es zu Absprachen gekommen zwischen dem Reichskanzler Schleicher¹¹ als Vertreter der Reichswehr, dem ADGB, den gelben (christlichen) Gewerkschaften und dem Strasser-Flügel der NSDAP. Mit dem von Strasser formulierten Programm des *»Einbaus der Gewerkschaften in den staatlichen Apparat«* erklärten sich die ADGB-Führer als im *»Ziele einverstanden.*¹² Schleichers Ziel war ein autoritär-ständischer Staat, gestützt auf Reichswehr, *»nationale Bewegung«* und Gewerkschaften. Schleicher scheiterte, weil es Hindenburg nicht zulassen konnte, daß für das Schleichersche Arbeitsbeschaffungsprogramm ein Teil des ostelbischen Großgrundbesitzes parzelliert, d. h. unter Kleinbauern aufgeteilt würde.¹³

Die Gewerkschaftsführer hofften jedoch weiterhin, *»nach dem italienischen Vorgang (d. h. Vorbild, d. Red.) in den Staat eingegliedert und zu Staatsbeamten ernannt zu werden.«* (178) Von daher erklärt sich ihr Absetzen von der SPD bis zur endgültigen Trennung im April 1933. *»An manchen Orten, wie in Hamburg, hatten sich die aus sozialdemokratischen Listen gewählten Gewerkschaftsführer im Stadtrat schon zu einer eigenen Fraktion zusammengeschlossen.«* (178) Leipart, der

Am 2. Mai 1933 besetzten SA-Truppen die Gebäude des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Das Bild rechts zeigt das Münchener, links das Berliner Gewerkschaftshaus.



Führer des ADGB, hatte in Briefen vom 21. 3. und 29. 3. 1933 Hitler die Mitarbeit der Gewerkschaften angeboten und die Loslösung von der SPD zugesagt.¹⁴

Im April 1933 *»hatten Leipart, Großmann und andere Gewerkschaftsführer angeordnet, daß die Millionenbeträge des Gewerkschaftsvermögens, die in den vorausgehenden Monaten ins Ausland gerettet worden waren, wieder zurückgeholt würden. Sie kamen gerade noch recht, um in die Hände der Nationalsozialisten zu fallen.«* (178) Zur Teilnahme an den faschistischen Feiern am 1. Mai 1933 wurden alle Funktionäre verpflichtet. Am 29. April schrieb die *»Gewerkschaftszeitung«* des ADGB, daß der Sieg des Nationalsozialismus auch der Sieg der Gewerkschaften sei.

Hoegner: *»Zur Maifeier 1933 erließ der Vorstand der freien Gewerkschaften einen Aufruf, in dem die Mitglieder der Gewerkschaften zur Teilnahme an den nationalsozialistischen Maifeiern aufgefordert wurden. Die Erklärung enthielt Stellen, die nurmehr als Anbiederung an die neuen Machthaber aufgefaßt werden konnten.«* Der einzige Erfolg dieser Anbiederung bestand darin, daß den Nazis klar wurde, *»daß der für unüberwindlich gehaltene marxistische Kolob eigentlich nur ein Luftballon war, der beim ersten gewaltigen Schuß unsererseits die Luft verlor und freiwillig alle Positionen räumte, die er innehatte,«* so Schumann, der Vorsitzende der NS Betriebsorganisationen.¹⁵ Die Nazis erkannten, daß sie die Gewerkschaften nicht zu fürchten und also auch keine Rücksicht auf sie zu nehmen brauchten. Zum anderen nutzten sie die Tatsache aus, daß sich die Gewerkschaftsführer von ihnen gedemütigt und vor den Gewerkschaftsmitgliedern lächerlich gemacht hatten, um ihren eigenen Einfluß auf die Arbeiter auszuweiten. Die Arbeiter verloren das Vertrauen in die starken Organisationen der Arbeiterbewegung und sanken in eine immer tiefere Hoffnungslosigkeit und Passivität.

VI. Gehorsame Mitglieder

An vielen Stellen berichtet Hoegner von der Kampfbereitschaft, Begeisterung der Arbeiter, der einfachen Gewerkschafts-, Reichsbanner-, SPD-Mitglieder. *»Immer wieder schrien die zehntausend Menschen auf, und von neuem erhoben sie sich von ihren Sitzen, als ich die dreiste Verleumdung der Sozialdemokratie durch Göhring zurückwies. Die Versammlung bewies, daß in Hamburg die beste sozialdemokratische Parteiorganisation des Reichs noch immer unerschüttert stand. Im »Reichsbanner« waren viele Tausende junger, kräftiger Menschen, die Blüte der Hamburger Arbeiterschaft. Wären ihnen Waffen zur Verteidigung der Demokratie gegeben worden, sie hätten gekämpft bis zum letzten Mann. Um so furchtbarer war der Eindruck, den ich nach der Versammlung in einer Sitzung der Partei- und Gewerkschaftsvorstände Hamburgs bekam. Eben wurde im Radio die berüchtigte Verordnung der Reichsregierung vom*

¹⁰ Die deutsche Gewerkschaftsbewegung. Hrsg. DGB-Bundesvorstand 1976.

¹¹ Schleicher selbst war im 1. Weltkrieg maßgeblich an der Zusammenarbeit Generalstab-Gewerkschaften beteiligt gewesen.

¹² Vgl. Hannes Heer, Burgfrieden oder Klassenkampf, Neuwied 1971, S. 106.

¹³ Auch Strasser unterlag gegen Hitler, der eine Teilung der Macht nicht zulassen konnte, weil er u. a. die Posten und Positionen brauchte, um seine eigenen Anhänger zufriedenzustellen zu können.

¹⁴ Vgl. Heer, S. 106. ¹⁵ Vgl. Heer, S. 104.



28. Februar 1933 bekannt gegeben, durch die alle Grundrechte der Verfassung aufgehoben wurden und an die Stelle des Rechts die Polizeiwillkür trat. Der Vorsitzende der Hamburger Gewerkschaften, Ehrenteit, schien über diese Verordnung den Kopf verloren zu haben. Er rannte händeringend umher und rief in einem Fort, daß mit der Aufhebung des verfassungsmäßigen Schutzes des Eigentums das Vermögen der Gewerkschaften verloren sei. Immer wieder versuchte er, spät in der Nacht, telefonische Verbindung mit dem Hauptvorstand der Gewerkschaften in Berlin zu bekommen. Er erhielt keine Antwort und glaubte deshalb, das Berliner Büro sei schon von SA besetzt. „Ohne Berlin kann ich nichts machen“, stöhnte er einmal um das anderemal, „ich darf nicht handeln auf eigene Faust.“ (S. 85/86) „Einige Tage später wunderte ich mich nicht darüber, daß Hamburg das stolze, rote Hamburg, der Wahlkreis Ignaz Auers, zuerst dem wilden Ansturm der SA widerstandslos erlegen war.“



Die ganze Bürokratie landet im Dreck: Nazis bei der Plünderung des Leipziger Gewerkschaftshauses. Einen Tag zuvor, am 1. Mai 1933, hatte der ADGB sich noch in die Faschisten-Demonstrationen eingereiht.

Die einfachen Mitglieder also »sahen nicht mit schwärmerischer Verehrung, aber mit mannhaftem Vertrauen zu ihren Vertretern auf, die sie sich in freier Wahl an die Spitze gesetzt hatten. Diese mußten wissen, wie in schwierigen Lagen Politik zu machen war. Dazu hatte man sie ja auf die höhere Warte gestellt.« (21)

Als am 20. Juli 1932 die »rote Feste Preußen« kampflös geräumt wurde vor Papen, da hatten dies die Großen der SPD so hingestellt, »als habe Papen mit seinem Staatsstreich nur die Arbeiterschaft reizen und zu Widersetzlichkeiten herauslocken wollen. So wurde aus dem schmachlichsten Ereignis in der Geschichte der deutschen demokratischen Republik ein Sieg der Schlauheit über die Niedertracht, aus einer Haltung der Ratlosigkeit und Schwäche ein wohlüberlegter Schachzug gemacht.« (33)

Die Anhänger warteten auf »Befehle«, doch die »Sozialdemokraten waren politisch handlungsunfähig geworden, ins Schlepptau stärkerer Kräfte geraten und wurden nun unaufhaltsam in die Brandung gerissen.« (18). »Wir waren ... fast nur noch Anhängsel unserer bürgerlichen Verbündeten geworden.« (264). Die SPD, der ADGB verfolgten keine eigenständige Klassenpolitik mehr, sie unterstützten die Politik bürgerlicher Politiker, wenn sie dadurch kleine Konzessionen, Zugeständnisse erreichen konnten.

Dies war die Politik des »Kleineren Übels«, immer gab die SPD »auf Teilgebieten nach, um das Ganze zu retten.« (19) Zum Schluß war alles aufgegeben — auch »das Ganze« setzt sich eben zusammen aus »Teilgebieten«. Wie die bekannte Wurst, von der man Scheiben abschneiden läßt...

VII. SPD und KPD

Hoegner beschreibt das Ende einer Politik, deren Anfang schon Rosa Luxemburg (wie auch Zetkin, Liebknecht,

Mehring etc.) kritisierte. Sie warnte vor der Illusion der schrittweisen Sozialisierung, der allmählichen Demokratisierung des Staatsapparats, und insbesondere auch vor dem Eintritt in bürgerliche Regierungen: »Die Regierung... muß stets einen grundsätzlich gemeinsamen Boden unter den Füßen haben, der ihr das Handeln ermöglicht, den Boden des bestehenden, mit einem Wort, den Boden des bürgerlichen Staates.« Die Aufgabe der »Opposition gegen die bürgerliche Gesetzgebung und die bürgerliche Regierung im ganzen« zugunsten einer »aktiven Unterstützung des bürgerlichen Staates im ganzen« reduziert auch den »Sozialismus« auf »bürgerliche Demokratie oder bürgerliche Arbeiterpolitik.«¹⁶ Damit gerät, umgekehrt, die Arbeiterpartei in eine politische Abhängigkeit von der Bourgeoisie, sie gerät ins »Schlepptau«, wird »Anhängsel.« (Hoegner)

Die Warnungen der Linken in der SPD konnten den Vormarsch der »Opportunisten« nicht aufhalten, denn der Opportunismus hatte in der aufstrebenden Wirtschaft des Kaiserreichs, in der allmählichen Verbesserung auch der Lage der Arbeiter seine Ursache. Sein Inhalt war die Verlängerung dieser Verbesserungen, dazu bedurfte es keines besonderen Ziels und keiner besonderen Mittel mehr.

Warum jedoch blieb die Mehrheit der Arbeiter auch in der Weimarer Republik bei der Stange der »Opportunisten«, obwohl doch deren Geschichte einen ständigen Abbau sozialer und politischer Errungenschaften beinhaltete?

Warum gelang es der KPD, zu der sich die alten SPD-Linken zusammengeschlossen hatten, nicht, die Mehrheit der Arbeiter wieder für eine Politik der »grundsätzlichen Opposition«, des Klassenkampfes zu gewinnen?¹⁷

Die Erklärung dafür kann Hoegner nicht geben, wie überhaupt die KPD in seinem Buch kaum vorkommt: er schiebt ihr nicht die Schuld am Versagen der SPD in die Schuhe, erwähnt am Rande, daß enttäuschte SPD-Wähler zur KPD überliefen, erwähnt am Rande den Verkehrsarbeiterstreik vom November 1932, erwähnt die damals bei der KPD weit verbreitete Auffassung, »daß der Nationalsozialismus dem Kommunismus den Weg bereiten würde«, (69) erwähnt auch, daß vereinzelt sozialdemokratische und kommunistische Stadträte gegen die Nazis zusammengearbeitet hätten.

Einen positiven Einfluß, Druck, konnte die KPD auf die Politik der SPD nicht ausüben. Die SPD-Führung rechtfertigte nur eigenes Versagen mit Fehlern der KPD-Politik. Und wenn die SPD-Führung die KPD-Aufrufe zum gemeinsamen Handeln¹⁸ einfach ignorieren konnte, so nur, weil ein tiefer Graben lag zwischen den sozialdemokratisch und kommunistisch organisierten Arbeitern. Die Schilderung einer Kundgebung vom 7. Februar 1933 kann uns hiervon einen Eindruck geben (S. 67):

»Am Abend wohnte ich im Lustgarten der gewaltigsten Kundgebung bei, die Berlin bis dahin erlebt hatte. Selbst die Versammlungen der Novembertage von 1918 reichten nicht an diesen letzten Aufmarsch der »eisernen Front« heran. In unübersehbaren schwarzen Haufen strömten die Menschen aus allen Himmelsrichtungen herbei, und tausende marschierten noch immer an, als die Kundgebung längst vorüber war. Fackeln lohten und blaugebe Feuer brannten aus riesigen Becken, die zahllosen Spitzen und Fahnenstangen blitzten im Dunkel auf. Der Parteivorsitzende Otto Wels hielt eine seiner weithin hallenden Ansprachen, aber sie zündete nicht, die Menge blieb dumpf und stumm. Dann ereignete sich vorne bei der Versammlungsleitung ein Zwischenfall. Der Vorsitzende der kommunistischen Reichstagsfraktion, Ernst Torgler, verlangte das Wort. Einige Dutzend seiner Anhänger riefen laut seinen Namen. Aber eine kommunistische Rede war im Programm nicht vorgesehen, man lehnte ab. Der Versammlungsleiter teilte das der Menge mit der seltsamen Begründung mit, daß sonst ein weiterer sozialdemokratischer Redner die Ausführungen Torglers erst wieder berichtigen müßte.

Die ungeheure Volksmenge im Lustgarten nahm die Mitteilung über Torglers verhinderte Rede teilnahmslos auf.

Sie gab überhaupt an diesem Abend kein Zeichen von Kampfesfreude oder Siegeszuversicht, sondern blieb ernst und stumm. Noch lange verharrte sie schweigend, als wartete sie auf etwas. Fackeln und Feuer erloschen. Dann auf einmal lief alles ohne Lärm auseinander.«

¹⁶ Rosa Luxemburg: Eine taktische Frage, GW 1/1, S. 485.

¹⁷ S. dazu: Der Faschismus in Deutschland. Analysen der KPD-Opposition, Hrg. Gr. Arbeiterpolitik.

¹⁸ Vgl. der Faschismus in Deutschland, S. 201/202.

Brief aus USA



STREIK DER BERGARBEITER IN DEN USA

Die Bergarbeiter kämpfen um die Erhaltung der Sozialleistungen und gewerkschaftlichen Rechte — Die Minenbesitzer kämpfen um Arbeitsdisziplin und Steigerung der Produktivität

Am 24. März 1978 nahmen die amerikanischen Bergarbeiter durch Abstimmung den dritten Vertrag an, der zwischen den Grubenbesitzern und der Gewerkschaft ausgehandelt worden war, und beendeten damit einen Streik, der 110 Tage gedauert hatte. Mit dem Streik lähmten die Bergarbeiter das wirtschaftliche Leben in einigen Bundesstaaten, die stark von der Kohle als Energiequelle abhängen. Sie unterliefen die Carter-Regierungspläne, die die Inflation durch Begrenzung der Arbeitslöhne und Sozialleistungen bekämpfen wollten. Der lange und zähe Kampf der Bergarbeiter schuf auch die Grundlagen vieler Diskussionen über die Taktik der Arbeiter und die Möglichkeit größerer Arbeitskämpfe in den USA.

Zum Verständnis dieses hartnäckigen Streiks muß man einige Punkte der Geschichte der Bergarbeiter und ihrer Gewerkschaft, der UMW («United Mine Workers of America»), erwähnen.

Ende der vierziger Jahre war die Kohle die Hauptenergiequelle. Nach dem Krieg war die Forderung für eine aufstrebende und expandierende Wirtschaft sehr wichtig. Dementsprechend brauchte man viele Bergarbeiter, was ihnen in ihrem gewerkschaftlichen Kampf eine starke Position verschaffte. 1947 handelte Lewis, der damalige Gewerkschaftsführer der UMW, Sozialleistungen aus. Die Arbeitgeberzulage basierte auf der Anzahl der geförderten Tonnen und nicht auf der Anzahl der Arbeitsstunden wie bei den anderen amerikanischen Gewerkschaften. Dadurch wurde der Krankenversicherungsfonds u. ä. unabhängig von der Anzahl der Arbeiter. Außerdem gründete die UMW zu dieser Zeit ein Gesundheitsprogramm, das die Fürsorge für Bergarbeiter und ihre Familien durch gewerkschaftlich kontrollierte Ärzte und Krankenhäuser ermöglichte an Stelle der üblichen Kontrakte zwischen Gewerkschaften und traditionellen medizinischen Einrichtungen. Die Gesundheitsfürsorge für die Bergarbeiter war phantastisch, bis finanzielle Verluste zum Verkauf der gewerkschaftseigenen Krankenhäuser zwangen und damit zum Rückzug von Tausenden von Bergarbeiterfamilien aus der Gesundheitsfürsorge überhaupt. In einem Land wie den USA, das kein staatliches Gesundheitsprogramm hat, sind die meisten Arbeiter völlig abhängig von Gewerkschaftsübereinkünften auf diesem Gebiet.

In den 1950er Verhandlungen zwischen der UMW und der Kohleindustrie, die eine uneingeschränkte Mechanisierung der Minen forderte, hatte die UMW unter Leitung von Lewis diesem nichts entgegenzusetzen. Das Ergebnis war, daß viele der kleineren und wenig ergiebigen Minen aus dem Geschäft gedrängt wurden und daß innerhalb von zwei oder drei Jahren die Mitgliederzahl der UMW von 500 000 auf 150 000 fiel.

In den Jahren von 1945 bis 1960 wurden in den USA rund 300 000 Arbeitsplätze der Bergarbeiter vernichtet. Dieses war

die Hauptursache für die tiefe Armut in den Appalachen, der bergigen kohleproduzierenden Gegend im Osten der USA. Der Bergarbeiterlohn — einst vorne in der Lohnskala der amerikanischen Arbeiter — war Ende der fünfziger Jahre um 1/4 geringer als der der Automobilarbeiter.

Ende der fünfziger Jahre waren Lewis und die Bergarbeiter von der übrigen Gewerkschaftsbewegung isoliert. Den Zustand innerhalb der UMW zu dieser Zeit zeigen die Vorkommnisse unter der Leitung von Toni Boyle, Lewis' Nachfolger. Er hatte sämtliche diktatorischen Verhaltensweisen von Lewis, aber keine seiner Fähigkeiten. Er unterdrückte jeden Widerstand gegen die Gewerkschaftsdiktatur durch Korruption und Gewalt. Trotzdem fühlte er sich so unsicher, daß er es für nötig hielt, den oppositionellen Kandidaten Yablonski ermorden zu lassen.

Die Bergarbeiter organisierten sich ständig in ihrer Gewerkschaft, außerhalb ihrer Gewerkschaft und gegen ihre Gewerkschaft. Ohne jede offizielle gewerkschaftliche Unterstützung organisierten sie eine Kampagne gegen die «schwarze Lunge», die tödliche Lungenkrankheit, die Tausende von Bergarbeitern arbeitsunfähig machte, und rangen den Regierungen in Washington und den einzelnen Staaten erfolgreich Reformen ab. Erst Arnold Miller, der augenblickliche Präsident der UMW, der selber unter der Staublunge leidet, verschaffte der Kampagne einen größeren Bekanntheitsgrad. Einer oppositionellen Koalition, organisiert als «Bergleute für die Demokratie» (Miners for Democracy) gelang es, Miller als Präsidenten wählen zu lassen, Kontrolle über den Exekutivausschuß zu bekommen und später die Gewerkschaft mit einer reformierten Satzung zu demokratisieren.¹

Die Minenbesitzer glauben, einen Angriff auf die Bergarbeiter starten zu können

Seit der internationalen «Ölkrise» expandierte die Kohleproduktion. Zwar stieg die Anzahl der Bergleute an, aber der Organisationsgrad sank. **Junge Bergleute, viele von ihnen Veteranen des Vietnam-Krieges, traten in diesen Industriezweig ein.** Das Durchschnittsalter sank von 45 auf 30 Jahre.

Als der Streik am 6. Dezember 1977 begann, ging die allgemeine Einschätzung dahin, daß die Bergarbeiter in der schwächeren Position seien. Die Gewerkschaft war schwach und gespalten. Die Bergarbeiter klagten, daß sie keine «starke Leitung» hatten, womit sie meinten, daß Miller unfähig war, ihre Interessen zu vertreten. Die Hälfte des Kohleaufkommens war nicht gewerkschaftlich kontrolliert. **Die Kohlegesellschaft und die Abnehmer waren auf den Streik vorbereitet** und hatten Reserve für drei Monate, genug, um durch den Winter zu kommen. Dazu kam, daß fast die Hälfte der Gewerkschafts-

¹ Siehe dazu Arpo Nr. 1 Jahrgang 1973 «Amerikanische Bergarbeiter bekämpfen korrupte Gewerkschaftsführung»



Die Polizei schützte Kohletransporte aus gewerkschaftlich nicht kontrollierten Gruben.

mitglieder, fast 80 000 Bergleute, im vorhergehenden Sommer lokale Streiks durchgeführt hatten. Der Streik hatte mit einem Protest gegen die Streichung der Sozialleistungen, weil der Sozialfonds erschöpft war, begonnen. Die Einnahmen des Sozialfonds waren zurückgegangen durch die vielen lokalen Streiks der vergangenen Jahre und die Ausgaben im Gesundheitswesen sind durch Preiserhöhungen angewachsen. Als ein Bundesrichter die Bergleute zur Arbeit zurückbeordnete, dehnten sie den Streik über West-Virginia, wo er begonnen hatte, hinaus aus. Als der Richter schwere Strafen für einige Ortsverbände der Gewerkschaft verhängte wegen Mißachtung des Richterspruchs, dehnten die Bergleute den Streik noch weiter aus. Als der Richter schließlich kapitulierte (etwas sehr seltsames im Bundesrechtssystem) und die Strafen aussetzte, falls die Bergleute die Arbeit wieder aufnehmen würden, setzten diese den Ausstand mit den ursprünglichen Forderungen fort. Der Kampf des letzten Sommers machte den Bergleuten die Notwendigkeit der Sozialleistungen klar, aber er hatte außerdem zur Folge, daß viele von ihnen keine ausreichenden finanziellen Reserven mehr hatten.

Die Minenbesitzer interpretierten die offensichtlichen Schwierigkeiten der Gewerkschaft dahingehend, daß sie eine *Offensive gegen die Bergleute* riskieren konnten. Sie gewährten eine beachtliche Lohnsteigerung von fast 37 % in einem Zeitraum von drei Jahren. Die Steigerung ging von 7,80 Dollar Stundenlohn auf über 10 Dollar (von 60 auf ungefähr 80 für einen Achtstundentag). Diese war niemals ein Inhalt des Kampfes gewesen — die Bergleute lehnten diesen Vertrag ab, da ihre Hauptanliegen andere waren. Die Grubenbesitzer waren bereit, ein Gesundheits- und Sozialprogramm zu gewähren, in dem aber die Leistungen stark reduziert waren und das außerdem kein gewerkschaftskontrolliertes Programm mehr war, sondern ein kommerzielles Versicherungsprogramm, für jede Gesellschaft gesondert. Sie versuchten, die Bergleute zu spalten, indem sie eine große Steigerung der Ruhestandsleistungen für die Bergleute, die nach 1976 in den Ruhestand gingen, anboten und eine sehr geringe Steigerung für diejenigen, die vor 1976 in den Ruhestand gingen. Der Unterschied hätte 50 Prozent im Monat betragen. Das wesentliche Anliegen aber war der Versuch, **die Kontrolle über die Bergleute zu erlangen und Arbeitsdisziplin und Steigerung der Produktivität zu erreichen**. Trotz der Mechanisierung war die Produktivität in den Minen von 1967 bis 1975 um 26 % zurückgegangen. Die Minenbesitzer wollten Leistungsprämien (Stücklohn) einführen, um so die Produktivität zu steigern. Die Bergarbeiter glaubten, daß eine solche Temposteigerung die Unfallquote steigern würde. Die Minenbesitzer wollten das Recht, auch am Sonntag arbeiten zu lassen. Die Bergarbeiter hatten sich bisher geweigert, an einem 7. Tag in der Woche zu arbeiten. Vor allem aber wollten sie die lokalen Streiks verhindern. Die Gewerkschaftssatzung aber beinhaltete das Recht von Regionalabteilungen, legale



Mehr als 100 Bergarbeiter und Familienmitglieder wurden während der Auseinandersetzungen verhaftet. Es gab sehr harte Übergriffe der Polizei.

Streiks auszurufen. Bergleute haben oft Minen bestreikt, wenn sie sie für unsicher hielten, da die Besitzer und Regierungsinspektoren unfähig sind, die Sicherheit zu garantieren. Die ersten Vertragsvorschläge, von dem Gewerkschaftsführer Miller akzeptiert, hätten Strafen über alle verhängt, die an lokalen Streiks teilnahmen, sogar über diejenigen, die sich geweigert hätten, durch einen Streikposten zu gehen, und zwar 10 Dollar am Tag für die ersten 10 Streiktage, die in den Gesundheits- und Rentenfonds gegangen wären. Dies waren die wesentlichen Inhalte des ersten Vertrages, den Arnold Miller am 6. Februar akzeptierte und den er dem Verhandlungsausschuß der Gewerkschaft (bestehend aus 39 Personen, hauptsächlich Bezirkspräsidenten) vorlegte. Der Vertrag war so ungeheuerlich, daß der Ausschuß sich weigerte, ihn den Gewerkschaftsmitgliedern zur Abstimmung vorzulegen. An dieser Stelle erschien es der Öffentlichkeit (und den Minenbesitzern), als sei dies nicht eine Ablehnung aus der Basis, sondern eine Kontroverse in der Leitung, eine Zurückweisung von Miller durch den Verhandlungsausschuß. Sie sollten bald eines Besseren belehrt werden.

Am 5. März, dem 90. Tag des Streiks, stimmten die Bergleute über einen neuen Vertrag ab, dem der Verhandlungsausschuß mit dem Stimmenverhältnis 25:13 zugestimmt hatte. Der neue Vertrag enthielt minimale Veränderungen. Strafen für lokale Streiks wurden nun auf «Streikführer» begrenzt und die Strafmaße waren gesenkt. Aber die Bergarbeiter würden 700 Dollar bezahlen müssen, bevor Gesundheitsleistungen zur Verfügung standen, die Leistungspläne und die Strafen für Abwesenheit vom Arbeitsplatz blieben, ebenso der große Unterschied im Ruhegeld für die vor oder nach 1976 in den Ruhestand getretenen Bergarbeiter. Die Bergarbeiter stimmten den Vertrag mit überwältigender Mehrheit nieder. Sie wiesen ihre Leitung zurück, widersetzten sich der Regierungsanordnung und konfrontierten die Minenbesitzer.

Präsident Carter setzte sofort den Taft-Hartley-Akt in Kraft. Das ist ein Anti-Arbeitergesetz, verabschiedet 1946, das in der Arbeiterbewegung allgemein als Sklavengesetz bezeichnet wird. Es beinhaltet u. a. die infame «Nicht-kommunistisch-Erklärung». Sie verlangt, daß alle Gewerkschaftsfunktionäre, gleichgültig von welchem Rang, Erklärungen unterschreiben müssen, daß sie keine Kommunisten seien.

Die US-Regierung will die Bergarbeiter zur «Arbeit ohne Vertrag» zwingen.

Obwohl die gesamte Arbeiterbewegung gegen dieses Gesetz opponiert hatte, weigerten sich nur die Bergarbeiter, es zu befolgen. Die anderen duckten sich und akzeptierten seine Bedingungen.

Gemäß diesem Gesetz kann der Präsident eine Kommission einsetzen, um festzustellen, ob ein Streik die Wohlfahrt oder die Sicherheit der Nation gefährdet. Wenn die Kommission berichtet, daß dies der Fall sei, kann der Präsident den Generalstaatsanwalt anweisen, einen Bundesrichterspruch zu beantragen, in dem die Streikenden aufgefordert werden, die Arbeit für 80 Tage wieder aufzunehmen. Gleichzeitig werden Verhandlungen angeordnet. Falls in 80 Tagen keine Übereinstimmung erzielt werden kann, müssen die Arbeiter



Sympathisierende Farmer in Kentucky spendeten streikenden Bergarbeitern und ihren Familien Lebensmittel. Ungefähr 10 000 Streikende wurden mit Fleisch, Mehl und Tiefkühlkost versorgt.

über den letzten Unternehmervorschlag abstimmen. Wenn dieser nicht akzeptiert wird, darf nach 80 Tagen wieder gestreikt werden. (Die Regierung kann dann natürlich wieder Maßnahmen ergreifen). Wenn Arbeiter während dieses Zeitraums von 80 Tagen streiken, verletzen sie den Richterspruch und können in jeder Weise bestraft werden, die dem Gericht angemessen erscheint. Das sind normalerweise große Geldstrafen für die Gewerkschaft oder für Einzelpersonen und möglicherweise sogar Haftstrafen.

Der Taft-Hartley-Akt wurde bisher dreimal gegen die Bergarbeiter angewendet während der Truman-Regierung 1948 und 1950.

Die Bergarbeiter haben dem Richterspruch nie gehorcht und sind nie zur Arbeit zurückgekehrt. Sie haben gearbeitet, wenn die Minen unter staatliche Verwaltung gestellt wurden. Es ist eine alte Bergarbeitertradition, daß ohne Vertrag nicht gearbeitet wird, jedenfalls nicht für die Bergbaugesellschaften. Wenn der Staat die Minen übernimmt, ist das etwas anderes, selbst wenn diese Übernahme nur nominell ist. In Zeiten staatlicher Übernahme von Minen haben Bergarbeiter oft Konzessionen erreicht, das mag ein Grund für dieses Zugeständnis sein. Ein anderer Grund ist die absolute Feindschaft der Minenbesitzer gegen alles, was nach staatlicher Kontrolle aussieht.

Präsident Carter befand sich in einem Dilemma. Er konnte Taft-Hartley in Kraft setzen, von dem jeder wußte, daß ihm nicht gehorcht würde. Oder er konnte die Minen übernehmen, aber das hätte ein besonderes Gesetz erfordert, dessen Verabschiedung durch den Kongreß seine Zeit gebraucht hätte. In jedem Fall hätte keine Methode den Konflikt beendet, sie hätte das Problem höchstens verschoben. Wie erwartet ignorierten die Bergarbeiter den Taft-Hartley-Richterspruch. Die Regierung begann wachsende Härte zu zeigen, obwohl es nichts gab, was die Solidarität der Streikenden zerstören konnte. Es gab viel Propaganda über die Gefährlichkeit weitverbreiteter Ausstände für die Kraftwerke und Fabriken durch Kohlemangel. Zusätzlich wurden Truppen beordert, um die Transporte von Kohle zu überwachen, die aus nicht gewerkschaftlich kontrollierten Minen kamen. Trotz Gewalt und Gewaltandrohungen war es den Bergarbeitern gelungen, viele nichtgewerkschaftliche Minen zu schließen und die Verladung von bereits geförderter Kohle zu verhindern. Konvois von teilweise mehr als 100 Autos hatten arbeitende Minen traktiert und zum Schließen gezwungen. Bergarbeiter hielten Lastwagen an und schütteten ihre Ladung direkt auf die Straße. Sie legten Feuer auf den Eisenbahnschienen, um Züge mit Kohletransporten zurückzuhalten. Einige Mineneinrichtungen wurden gesprengt. Die Bergarbeiter waren bewaffnet und die lange Geschichte der Gewalt in den Minen machte es für sie oft unnötig, über Drohungen hinauszugehen.

Die Bergarbeiter werden unterstützt

Es gab eine weitverbreitete Unterstützung für die Bergarbeiter in der Arbeiterklasse und in der gesamten Gesellschaft.

Es war für alle offensichtlich, daß nur der Starrsinn der Unternehmer eine Einigung verhinderte. Die Gewerkschaftsbewegung unterstützte die UMW, und einige Gewerkschaften, z.B. die Automobilarbeitergewerkschaft, sandten finanzielle Hilfe. Einige lokale Gewerkschaften organisierten direkte Hilfe durch Zusendung von Nahrung, Kleidung usw. Vor allem wurden die Bergarbeiter jedoch durch die Solidarität ihrer Gemeinden unterstützt. Familien halfen sich gegenseitig. Geschäfte gaben Kredit. Finanzierungsinstitutionen wie Banken und Kreditinstitute akzeptierten Zahlungsrückstände für Häuser und Autos usw., ohne das Eigentum der Bergarbeiter zu pfänden.

Unternehmer müssen Zugeständnisse machen

Als der Vertrag von den Bergarbeitern zurückgewiesen wurde, änderte sich die Einstellung der Unternehmenseite. Ihr wurde plötzlich klar, daß eine schwache Gewerkschaft noch lange keine schwache Mitgliedschaft bedeuten muß, und sie begann deutlich, Konzessionen zu machen. Die wichtigste Konzession bestand in der Aufgabe jedes Versuchs, lokale Streiks als illegal hinzustellen. Versuche, die Produktivität zu steigern, wurden darauf beschränkt, daß jede lokale Gewerkschaft Leistungspläne autorisieren kann, wenn ihre Mitglieder das wünschen. (Es gibt wahrscheinlich nicht viele Gewerkschafter, die dies tun werden). Es wurden noch einige andere Verbesserungen vorgeschlagen. Der Maximalbeitrag der Bergarbeiter für Gesundheitsleistungen wurde von 700 auf 200 Dollar gesenkt, die Versicherungsleistungen wurden garantiert. Es gab außerdem eine leichte Verbesserung in den Ruhegeldern für Bergarbeiter, die vor 1976 in den Ruhestand gingen, nämlich eine sofortige Steigerung auf 274 Dollar im Monat. Aber der große Unterschied zu den 400 Dollar im Monat für die Bergarbeiter, die ab 1976 in den Ruhestand traten, blieb bestehen. Es gab weitere geringfügige Zugeständnisse in dem neuen Vertrag.

Die Unternehmer werden stets versuchen, Entscheidungen von Schlichtern und Gerichtsbeschlüssen zur Disziplinierung von Streiks zu benutzen. Aber sie werden wahrscheinlich nicht mehr Erfolg haben als bei anderen Gewerkschaften, die Streikverbot-Klauseln in ihren Verträgen haben und bei denen es trotzdem gelegentlich wilde Streiks gibt. Wirklich wichtig ist, daß die Bergleute eine Streikverbots-Klausel niederschlugen, die fast jede andere Gewerkschaft im Land in ihren Verträgen hat. Gewerkschaftsführer, korrupt oder nicht, wollen stets die Macht, ihre Mitglieder zu disziplinieren. Die Bergarbeiter gewannen in diesem Punkt nicht allein gegen die Unternehmer, sondern gegen ihre eigene Gewerkschaftsleitung.

Das Resultat des letzten Vertrags war zweifelhaft, bis die Stimmen ausgezählt waren. Es war vom Verhandlungsausschuß mit einem Stimmenverhältnis von 22:17 angenommen worden, also mit einem engeren Abstand als der vorhergehende Vertrag. Es gab eine fast allgemeine Unzufriedenheit der Bergarbeiter mit dem Vertrag. Trotzdem stimmten sie dafür und beendeten den Streik. In den linken Organisationen hat es eine beachtliche Diskussion darüber gegeben, ob die Bergarbeiter gewonnen oder verloren hätten und warum. In der Bourgeoisie gab es diese Zweifel nicht.

Die New York Times vom 26. März notierte, daß »die Basis der UMW sich als unerwartet störrisch, sogar heldenhaft stark erwies. Sie überwältigte ihre eigene unfähige Hierarchie und erniedrigte in einem Ausmaß, das Mr. Miller offensichtlich niemals für möglich gehalten hatte, die Unternehmer.« Am



selben Tag berichtete ein anderer Korrespondent der Times, daß »ein Offizieller auf Bundesebene bemerkt habe, daß der endgültige Vertrag keinen der Pläne zur Produktivitätssteigerung enthielt, die vom Management angestrebt wurden.«¹ Jedermann erwartete und prophezeite in diesem Sommer weitere lokale Streiks in den Minen.

Dieses sind Verhaltensweisen, die nicht anzeigen, daß die Bergarbeiter geschlagen wurden. In einer Situation, in welcher die Hälfte der Kohle nicht gewerkschaftlich kontrolliert ist, in welcher eine Ablehnung der Mitglieder dieselben Bürokraten, die den Vertrag schon angenommen haben, einfach an den Verhandlungstisch zurückschickt, haben die Bergarbeiter mehr gewonnen, als irgend jemand erwarten konnte. In einem großen Klassenkonflikt wird Sieg oder Niederlage nicht an Vertragsklauseln gemessen. Sämtliche Gewerkschaftsverträge geben den Unternehmern das Recht, die Produktion zu organisieren. Ob sie eine

Streikverbots-Klausel enthalten oder nicht, verändert diese Tatsache nicht. Das ändert nur die Übernahme der Produktion durch die Arbeiter. Es scheint mir, daß die Bergarbeiter, so unzufrieden sie auch mit ihrem Vertrag sein mögen, einen feinen Sinn dafür hatten, wie weit man im Rahmen von Tarifverhandlungen gehen konnte. Wenn Bundesrichter die Bergarbeiter nicht hindern können, das Gesetz zu brechen, dann können Gewerkschaftsfunktionäre, Minenbesitzer und die Schlichter, die, auf der Basis der Verträge, über die Rechtmäßigkeit der Klagen entscheiden, sie nicht daran hindern, den Vertrag zu ihren Gunsten auszulegen, wann es ihnen nötig erscheint.

Ein verbesserter Pensionsplan und eine bessere Gesundheitsfürsorge sind wichtig für die Bergarbeiter — aber sie können nicht die Gesellschaft verändern. Die Erhaltung der kämpfenden Solidarität der Bergarbeiter und ihre Ausweitung sind eine wichtige Etappe auf dem Weg dazu. ■

Arbeiterkorrespondenzen

Rationalisierung im öffentlichen Dienst

Die Diskussion über die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes kam bereits Mitte der 60er Jahre auf. Sie wird beherrscht von Schlagworten wie Modernisierung, Effektivierung und Ökonomisierung. Kostenersparnis — im wesentlichen Personalkosten — wird von den Politikern als Ziel formuliert. Als Begründung dient die angespannte Lage der Finanzen der Öffentlichen Hände, die zu einschneidenden *Einsparungen zwingt*, und die Tatsache, daß die durchschnittliche Arbeitsproduktivität in der privaten Wirtschaft höher ist als im öffentlichen Dienst.

Als Erstes sollen die gesellschaftlichen Zusammenhänge erklärt werden, auf deren Hintergrund die gegenwärtigen Entwicklungen im öffentlichen Dienst zu verstehen sind. Die gegenwärtige wirtschaftliche Situation ist dadurch gekennzeichnet, daß die gesellschaftlichen Verteilungsspielräume der produzierten Werte (»Volkseinkommen«) kleiner geworden sind. Für das Kapital ist es schwieriger geworden, für das eingesetzte Kapital einen ausreichenden Gewinn zu realisieren (Kapitalakkumulationskrise). Dies drückt sich z. B. im Rückgang der Investitionen, verbunden mit Kapitalexport, Rationalisierungen, Entlassungen (Arbeitslosigkeit), Druck auf die Löhne usw. aus. In dieser ökonomischen Situation ist es für die Verwertungsbedingungen des Kapitals wichtig, daß der Staat seine Leistungen für die materiellen Produktionsbedingungen (Verkehr, Umweltschutz, Energie) und die allgemeinen Reproduktionsbedingungen (Bildung, Gesundheit, Soziales) zu niedrigen Kosten erbringt. Der Staat muß darüber hinaus möglichst große Anteile der öffentlichen Haushalte direkt oder indirekt zur Subvention der Kapitalverwertung (Investitionszulage, Erhöhung der staatlichen Nachfrage durch zusätzliche Aufträge usw.) verwenden und das Kapital als Steuerzahler so wenig wie möglich belasten (Steuererleichterung). Krisenbereinigung — im Bereich der Staatsfinanzen — im Interesse des Kapitals bedeutet also: **Umstrukturierung der öffentlichen Haushalte zugunsten verbesserter Kapitalverwertungsbedingungen.**

Den Weg, den der Staat (Bund, Länder und Gemeinden) gewählt hat, läßt sich aus der Strategie zur Lösung der Krise der Staatsfinanzen ablesen.

Die Krise der Staatsfinanzen

Vor allem seit Anfang der 70er Jahre läßt sich bei den öffentlichen Finanzen der BRD die Entwicklung verfolgen, daß sich die Kluft zwischen Einnahmen und Ausgaben des Staates ständig vergrößert und das wachsende Defizit nur über die Zunahme der Staatsverschuldung gedeckt werden

konnte. 1973 betrug die Haushaltsdefizite der Gebietskörperschaften (Bund, Länder und Gemeinden) ca. 20 Mrd. DM; 1974 betrug das Defizit ca. 27 Mrd. DM und für 1975 wurde es auf 50 bis 60 Mrd. DM geschätzt.¹

Ein immer größer werdender Teil der Haushalte wird durch die Schuldenkosten — Zins und Tilgung — gebunden. So ist z. B. die Belastung bei vielen Gemeinden bereits so groß, daß die Finanzierung neuer Investitionen aus eigener Kraft (Eigenmittel) kaum mehr möglich ist. Die Überschüsse aus den Einnahmen und Ausgaben des laufenden Haushalts werden durch die Kosten der Fremdfinanzierung aufgesogen.² Die Folge ist eine weitere Erhöhung der Schulden, welche den Teufelskreis weiter verschärft. Die Krise hat den Staat zusätzlich in Finanznot gebracht. Sie hat die Finanzkrise verschärft. Der Rückgang der Konjunktur hat zu erheblichen Steuerausfällen geführt.

Nach Schätzungen von L. Poullain, der allerdings für 1975 von einem Defizit von 80 Mrd. DM ausging, betrug die konjunkturbedingten Steuerausfälle 1975 daran ca. 20 Mrd. DM, die konjunkturell verursachten zusätzlichen Zuschüsse an die Arbeitslosenversicherung ca. 5 Mrd. DM, der Entlastungseffekt der Steuerreform 10 Mrd. DM.³

Die Programme zur Ankurbelung der Konjunktur (Investitionszulage, Erhöhung der Staatsnachfrage usw.) haben noch zusätzlich erhebliche Kosten verursacht. Es entstand scheinbar ein Widerspruch. Auf der einen Seite soll das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Haushalte abgebaut werden. Diese Notwendigkeit hat sich in den letzten Jahren durchgesetzt. Auf der anderen Seite müssen zusätzliche Ausgaben der Konjunkturbelebung (Aufschwung) geleistet werden. Die Bundesregierung hat in der Vergangenheit ihre Konjunkturprogramme im wesentlichen an dem keynesianischen »deficit spending« ausgerichtet. Dies bedeutet, Finanzierung der zusätzlichen Ausgaben für die Ankurbelung der Konjunktur durch Staatsverschuldung.

Inzwischen sind offensichtlich die Grenzen der Politik der Staatsverschuldung erreicht. Der Ruf nach »deflationärer« Haushaltspolitik wird immer deutlicher. Das bedeutet Abbau der Finanzierungslücken durch Sparsamkeit und Ausgabenkürzung. Dies scheint sich tendenziell in der gegenwärtigen Strategie der öffentlichen Hände durchzusetzen und bedeutet: **Abbau des Sozialstaates und Rationalisierung im öffentlichen Dienst auf dem Rücken der Arbeiterklasse und auch speziell der Beschäftigten im öffentlichen Dienst.** Dies wird z. B. deutlich in den drastischen Gebührenerhöhungen der öffentlichen Leistungen wie Müllabfuhr, Wasser, Kindergärten usw.

Die nachfolgenden Ausführungen beschränken sich auf den Bereich der Rationalisierungen im öffentlichen Dienst. Das Ziel der Rationalisierung ist es, die Kosten des Staatsapparates drastisch zu senken. Der wesentliche

¹ Armanski, Pentz, Pohlmann: Lohnarbeit im öff. Dienst der BRD, S. 63

² ebda, S. 75

³ a. a. O. Armanski S. 66

Kostenfaktor hierbei sind die Personalkosten. Diese sollen vor allem durch den Abbau des Personalbestandes, durch Arbeitsintensivierung und Produktionssteigerung durch neue Technologien (EDV) verringert werden.

Ungefähr seit 1974 trat eine Verschärfung durch die Welle der Sparmaßnahmen im Personalbereich ein. Sie wurden mit der Finanzkrise der öffentlichen Haushalte begründet. So hat z. B. der Landtag von Baden-Württemberg am 10.12.74 beschlossen, daß bis zum Ende der Haushaltsjahre 1975 und 1976 die Personalausgaben für jeweils mindestens 2000 Stellen einzusparen sind. Jede freiwerdende und neu ausgebrachte Personalstelle darf 6 Monate lang nicht besetzt werden. Der Ministerrat hat eine aus 3 Mitgliedern bestehende Kommission gebildet, die jede freiwerdende und neue Stelle im Bereich der Staatsverwaltung im Einzelfall daraufhin überprüft, ob ihre Besetzung unabdingbar ist.

Eine vom Ministerrat im Februar 1975 eingesetzte Kommission «für die Prüfung des Personalbedarfs in der staatlichen Verwaltung» beurteilte die Situation folgendermaßen: *«Alle Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, daß man bei der Personaleinsparung nur mit einiger Rigorosität zum Erfolg kommen kann. Es reicht nicht aus, gegen die Personalkostensteigerungen nur verbal zu Felde zu ziehen, wie dies in den letzten Jahren in nicht unerheblichem Maße der Fall war. In der derzeitigen Situation ist es vielmehr unabdingbar, daß alle Möglichkeiten der Rationalisierung, der Begrenzung des Personalanstieges und der Personalreduzierung genutzt werden, damit wieder eine größere finanzielle Bewegungsfreiheit des Landes erreicht wird.»*⁴ Es ist festzustellen, daß die Gesamtzahl der Personalstellen des Landes Baden-Württemberg in der Zeit von 1974 bis 1976 in vielen Bereichen stagnierte und in manchen Bereichen, z. B. bei der Polizei, geringfügig anstieg. 1977 hat sich die Zahl der Beamten, Angestellten und Arbeiter im unmittelbaren Bundesdienst um 2,5% verringert. Dies bedeutet 29.000 Stelleneinsparungen im Haushalt 1977.⁵

Nachfolgend wird dargestellt, welche Rationalisierungsstrategien der öffentlichen Arbeitgeber zur Zeit absehbar sind.

1. Einfache Personaleinsparungen. Diese Praxis ist weit verbreitet. In den einzelnen Abteilungen werden einfach freiwerdende Stellen gestrichen. Die Beschäftigten müssen sehen, wie sie mit der dadurch entstehenden Mehrarbeit fertig werden. Dadurch werden z. B. die Abteilungsleiter unter Druck gesetzt, alle Möglichkeiten der Arbeitsintensivierung auszuschöpfen und dadurch die Produktivität ihrer Abteilung zu erhöhen.

2. Verwaltungsreform. Durch die Verwaltungsreform, die Zusammenlegung von Landkreisen und Gemeinden, wurden größere Verwaltungsbehörden aufgebaut, eine Voraussetzung für umfassende Rationalisierungsmaßnahmen.

3. Veränderung des Personaleinsatzes. Im Rahmen der «Modernisierung» des öffentlichen Dienstes werden neue, progressive Führungs- und Managementmethoden eingeführt, um z. B. über Delegation und Kooperation die Arbeitsleistung «freiwillig» zu steigern. Durch eine leistungsgerechte Bezahlung und Förderung sollen Leistungsanreize geschaffen werden. Arbeitsplatzbewertung und Leistungsbeurteilung sollen eingeführt werden.

4. Veränderung der Arbeitsorganisation. Durch die Veränderung der Arbeitsorganisation (Arbeitsschritte, Arbeitsteilung, Arbeitsabläufe) wird die Arbeitsproduktivität erhöht, d. h., die gleiche Arbeitsmenge wird von weniger Personen geleistet. Beispiel: Zentraler Schreibdienst

Die Zusammenfassung der Schreibarbeiten in zentralen Schreibdiensten ist seit einigen Jahren voll im Gange. Bisher übten viele Schreibkräfte gemischte Funktionen aus. Sie tippten den Schriftverkehr der Vorgesetzten und erfüllten darüber hinaus einfache Sachbearbeitertätigkeiten. Beim zentralen Schreibdienst werden alle Schreibarbeiten zentral von Bediensteten erledigt, die den ganzen Tag nur tippen. Nach Untersuchungen des Rechnungshofes Baden-Württemberg liegt der Rationalisierungseffekt durch die Einführung von zentralen Schreibdiensten bei 40%. Die Bezahlung erfolgt leistungsabhängig und ist nach der Zahl der Anschläge exakt meßbar und kontrollierbar. Es entsteht ein verschärfter Leistungsdruck. Dieser hat zu folgenden Ergebnissen geführt:

Anschläge pro Schreibkraft — Tag vor Einführung des zentralen Schreibdienstes: 29.000, nach Einführung: 72.000. Die Beschäftigten werden zu menschlichen Schreibautomaten, die mit der Wirtschaftlichkeit von elektronischen Schreibautomaten konkurrieren müssen, damit nicht auch noch ihre Arbeitsplätze vernichtet werden. Grundsätzlich besteht ein enger Zusammenhang zwischen der Veränderung der Arbeitsorganisation und der Mechanisierung und elektronischen Datenverarbeitung.

5. Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung (EDV).

Durch Einsatz der EDV werden Arbeitsvorgänge, die bisher von Sachbearbeitern bearbeitet wurden, von Computern übernommen. Die Reserven für den Einsatz der EDV sind noch längst nicht ausgeschöpft. Durch den Aufbau von regionalen Rechenzentren (zentrale Computeranlagen, regionale Erfassung von mehreren Städten, Gemeinden und Landkreisen), landesweite Standardisierung von Arbeitsabläufen und Übertragung auf einheitliche Computerprogramme sowie die Ausbildung eigener Datenverarbeitungsspezialisten im öffentlichen Dienst wird die Ausweitung der EDV geplant vorangetrieben. Die Herstellerfirmen der Computer haben inzwischen damit begonnen, sich auch stärker auf die Bedürfnisse der öffentlichen Verwaltung zu spezialisieren. Folgen der Übernahme von Arbeitsbereichen durch EDV: Wegfall von selbständigen Sachbearbeiterfunktionen in der unteren und mittleren Ebene. Die Sachbearbeiter werden zu Zuarbeitern der EDV abqualifiziert (monotone Hilfstätigkeiten bei der Datenaufbereitung). Nur wenige werden qualifiziert. Ein großer Teil des Personals wird freigesetzt, da dessen Arbeit vom Computer geleistet wird. Sie werden in der Regel nicht entlassen, sondern umgesetzt. Dabei sind sie vor Qualifikationsverlust nicht geschützt.

6. Aufgabenabbau — Privatisierung. Ein weiteres Instrument zur Personaleinsparung und Kostensenkung ist der Aufgabenabbau und die Übertragung öffentlicher Leistungen an private Unternehmen. Werden Einschränkungen des öffentlichen Leistungsangebotes durchgesetzt, so treffen sie Bereiche, die mit dem Begriff Sozialstaat zusammenhängen und in denen die Reproduktionsbedingungen der Wirtschaft nicht betroffen werden. Die Privatisierung hat in aller Regel die Folge, daß sich die betreffenden Leistungen für die Bevölkerung verteuern, z. B. die Müllabfuhr. Die öffentliche Hand gerät in ein Abhängigkeitsverhältnis zur Monopolstellung des privaten Unternehmens. Hinter der Kampagne zur Privatisierung, die insbesondere lautstark von der CDU geführt wird, steht nicht nur das Interesse der Kostenersparnis, sondern vor allem das Interesse der Wirtschaft, sich in Bereichen mit gesicherten Profiten ausweiten zu können.

Sowohl vom Aufgabenabbau im Bereich der Sozialstaatlichkeit, als auch von der Verteuerung von öffentlichen Leistungen durch Privatisierung sind besonders hart die Arbeiter bzw. diejenigen mit niedrigerem Einkommen und großen Familien betroffen. Sieht man dies im Zusammenhang mit der eingangs erwähnten Tendenz zur allgemeinen Verteuerung der öffentlichen Leistungen wie Gebühren für Wasser, Gas, Müllabfuhr, Kindergarten und der Veranschlagung von kostendeckenden Gebühren nach betriebswirtschaftlichen Kalkulationen für öffentliche Einrichtungen, so wirkt sich die Gesamtheit der Verteuerungen für Familien mit niedrigerem Einkommen bereits heute durchschlagend aus.

Die Reform des öffentlichen Dienstrechtes

Im Zusammenhang mit der Rationalisierung im öffentlichen Dienst ist es notwendig, die Diskussion um die Reform des öffentlichen Dienstrechtes kurz zu erläutern. Die Reform des öffentlichen Dienstrechtes ist notwendig geworden, da insbesondere das Beamtenrecht ein formaler Hemmschuh für die «Modernisierung und Ökonomisierung» (Rationalisierung) des öffentlichen Dienstes ist.

Es gibt bisher den Entwurf einer 1973 von der Bundesregierung eingesetzten Studienkommission, einen Entwurf eines Aktionsprogramms des Innenministeriums (Bund) zur Dienstrechtsreform und eine Reihe von Beschlüssen der Parteien und Landesregierungen. Einigkeit besteht grundsätzlich darüber, daß das neue Dienstrecht als wesentliche Grundlage das Prinzip der individuellen Leistung enthalten soll. D. h. rechtliche Voraussetzung für Bezahlung und Beförderung nach Leistung (auch bei Beamtenfunktionen), Leistungs- und

⁴ Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 6/7829
⁵ Stz., 18. 1. 1978

Arbeitsplatzbewertung zu schaffen. »Bewährte Prinzipien des Beamtenrechts« sollen in das neue Dienstrecht einfließen, das dann für alle Bediensteten im öffentlichen Dienst gilt. Z. B. das besondere Treueverhältnis gegenüber dem Dienstherrn, gesichert durch entsprechende Disziplinarvorschriften. Laut dem Entwurf der Studienkommission und Beschlüssen der Landesregierung von Baden-Württemberg, der Staatsregierung Bayern und das Innenministerium von Rheinland Pfalz, soll das neue Dienstrecht das Streikrecht im öffentlichen Dienst ausschließen, d. h. die bisher für die Arbeiter und Angestellten bestehende Tarifautonomie im öffentlichen Dienst soll abgeschafft werden. Insbesondere innerhalb der SPD gibt es in der Frage des Streikrechts abweichende Positionen.

Die Forderungen von ÖTV und DGB sind:
Ein für alle Bediensteten geltendes Dienstrecht, gegliedert in Statusrecht und Folgerecht. Das Statusrecht wird durch den Gesetzgeber unter maßgeblicher Beteiligung der Gewerkschaften geregelt und umfaßt die für das Dienstverhältnis grundlegenden Rechte und Pflichten. Das Folgerecht regelt alle materiellen und sozialen Arbeitsbedingungen und wird zwischen staatlichem Arbeitgeber und Gewerkschaften gleichberechtigt ausgehandelt. Uneingeschränktes Streikrecht für alle Bediensteten im öffentlichen Dienst.

Gegenwärtig beschränkt sich die Bundesregierung darauf, die Umstrukturierung nach dem Leistungsprinzip (s. o.) durch entsprechende gesetzliche Regelungen zu gewährleisten. Alle anderen Fragen wurden zurückgestellt.

Dennoch: SEL-Rastatt wird geschlossen!

Die Bemühungen, das SEL-Werk Rastatt zu erhalten, sind gescheitert. ¹ Über 5 Monate lang versuchte der Betriebsrat des Werkes die Arbeitsplätze zu erhalten. Jetzt steht der Verkauf des Fabrikgeländes und der Gebäude an die Firma Becker (Produktion von Autoradios) an, ohne Übernahme der Arbeiter und Angestellten. Wie konnte es dazu kommen?

Nachdem es dem Betriebsrat im Juni gelungen war, die Absetzung der Stereo-Linie-700 mit dem Argument zu verhindern, daß sonst Material in Millionenhöhe unverarbeitet liegengeblieben wäre, wurde für die Zeit nach den Werksferien für einen Teil der Belegschaft Kurzarbeit ausgehandelt. Dadurch wurde dem Werk von Ende Juli bis in den Oktober die Produktion gesichert. Bei dieser Regelung blieb offen, was nach dem Auslaufen dieser Produktionsphase geschehen sollte. Während der Verhandlungen wurden die Verkaufsabsichten der SEL bekannt.

Diese Bekanntgabe verschärfte entscheidend den Druck auf den Betriebsrat und die Belegschaft. Ultimativ waren sie aufgefordert worden, bis zum 30. 6. dem Kaufangebot der Firma Becker zuzustimmen, nachdem SEL bereits Anfang 1978 versucht hatte, von diesem »Partner« Charteraufträge nach Rastatt zu bekommen. Jetzt sollte mit dem zynischen Angebot, Gelände und Gebäude ohne jede Verpflichtung zur Weiterbeschäftigung der Belegschaft zu übernehmen, die Sache aus der Welt geschafft werden.

Die Vorteile für die kapitalistischen Unternehmer sind eindeutig. SEL-ITT ist mit einem Schlag zunächst einige Sorgen los. Rastatt verschwindet aus den Schlagzeilen. Der Verkaufserlös kann notwendige Sozialplanmaßnahmen mit abdecken. Die Produkte können in anderen Werken mit hergestellt werden. Im Konzern ist vorläufig wieder der »Frieden« hergestellt. Für Becker steht zu relativ niedrigen Kosten eine neue Produktionsstätte zur Verfügung. Die besten Kräfte der alten Belegschaft können, wahrscheinlich zu geringerem Lohn, weiterbeschäftigt werden. Schwerbeschädigte z. B. braucht man nicht zu übernehmen. Und nicht zuletzt steht Becker als Retter des Werkes da, der auf kommunaler Ebene daraus seine Forderungen ableiten wird.

Vor den Toren bleibt »nur« die Belegschaft. Die Mächtigkeiten der Unternehmen zeigen, wie die Lasten der

Rationalisierungen auf Kosten der Kolleginnen und Kollegen gehen. Ein Teil wird zu schlechteren Bedingungen weiterbeschäftigt werden, ein Teil muß sich in umliegenden Städten nach neuer Beschäftigung umsehen, ein Teil ist gar nicht mehr »vermittelbar«. Hier erweisen sich »unternehmerisches Risiko« und »Sozialbindung des Eigentums« als die Phrasen, mit denen kapitalistische Arbeitsmethoden verschleiert werden sollen.

Der Plan sieht für Rastatt im einzelnen vor:
— von 900 »Mitarbeitern« will Becker bis zum 31. 3. 1979 für 100 neue Arbeitsverträge anbieten
— bis Ende 1979 sollen 200 Arbeitsplätze durch Verlegungen und 100 bis 150 durch Neueinstellungen geschaffen werden
— 200 Arbeitsplätze will SEL in Pforzheim, Stuttgart und Esslingen anbieten
— 250 Arbeitskräfte sollen in Rastatt vermittelt werden
— in Bochum und Altena will SEL voraussichtlich mehr als 400 neue Arbeitsplätze schaffen.

Dazu schreibt der Betriebsrat von SEL-Rastatt in einem Brief vom 4. 7. 1978 an die »Badische Neueste Nachrichten«: »Zu Ihren weiteren Darstellungen der 150 Neueinstellungen bis Ende 1979 durch Becker-Autoradio ist zu sagen, daß wir hierzu keinerlei konkrete und verbindliche Zusicherungen seitens dieser Firma erhalten haben... Von den angeführten 200 Stellenangeboten durch andere SEL-Einheiten haben wir Betriebsräte bis heute noch kein einziges zu Gesicht bekommen. Dasselbe gilt für die angeblich 250 ernsthaften Anfragen von anderen Unternehmern aus Rastatt und der näheren Umgebung. Der Gedanke, daß von den 400 neuen Arbeitsplätzen, die SEL in Bochum und Altena schaffen will, überhaupt eine nennenswerte Zahl von Belegschaftsmitgliedern aus Rastatt Gebrauch machen können, ist doch ziemlich absurd.«

Der Betriebsrat und die Belegschaft lehnten das Verkaufs-Ultimatum zum 30. 6. ab, obwohl von vielen Seiten Druck in Richtung Betriebsrat ausgeübt wurde. Damit wurde zunächst einmal die Schließung abgewendet. Aber die Position der Belegschaft hatte sich in dieser Phase weiter verschlechtert.

Die Hoffnung auf Charteraufträge für das Werk hatten sich zerschlagen. Die Nichtbesetzung der Stereo-Linie sicherte nur noch für wenige Wochen die Produktion. Der »Druck der öffentlichen Meinung« reichte nicht, um den SEL-Beschluß zu kippen. Auch die Aktivitäten der »Aktionsgemeinschaft« halfen nur vorübergehend.

Nachdem der Verkauf vorübergehend abgewendet wurde, tagte inzwischen die »Einigungsstelle«, ohne zu einer Einigung gekommen zu sein. Damit ist für die SEL der Weg zum Verkauf des Werkes frei. Verhandlungen über einen Sozialplan sind inzwischen eingeleitet und, laut Pressemitteilung, mit einem Betrag von 10,5 Millionen DM abgeschlossen worden. Der Sozialplan aber wird den Kolleginnen und Kollegen den dauerhaften Arbeitsplatz nicht ersetzen können.

Die Kraft des Betriebsrates, praktisch immer mit dem Rücken zur Wand stehend, reichte nicht aus, sich dem Ausverkauf der Arbeitsplätze zu widersetzen. Die Belegschaft, in den vergangenen Monaten zwischen Resignation und Hoffnung hin- und hergerissen, wird sich ihrem »Schicksal« fügen. Für eine andere Entwicklung reichte die Kraft nicht.

IGM: Großspurig im Ton, untätig in der Sache

Über die »Aktivitäten« der IGM wurde schon im Teil 1 berichtet. Aber das ist noch nicht das Ende ihrer »Hilfe«. Erst unter dem Druck der Entstehung der »Aktionsgemeinschaft« in Rastatt sah sich die IGM gezwungen, selbst zu einer Kundgebung aufzurufen. Sie fand am 24. 6., einem Sonnabend, statt. Wer nun erwartet hätte, daß der im Streik so arg gebeutelte Franz Steinkühler diese Gelegenheit genutzt hätte, hier die Solidarität der IGM mit den Rastattlern zu bekunden, hatte sich getäuscht. Kein Spitzenfunktionär der IGM Baden-Württembergs hatte sich gefunden, in Rastatt zu sprechen. Ein weiterer Beweis dafür, wie sich die IGM in solchen Problemen »eingesetzt«. Hauptredner war Dr. Werner Thönessen vom Internationalen Metallarbeiterbund in Genf. Und alles was er den Zuhörern anbieten konnte war die Hoffnung, daß der neu zu konstituierende Aufsichtsrat bei SEL, zusammengesetzt nach dem neuen Mitbestimmungsgesetz, Einfluß nehmen

könne auf den SEL-Beschluß. Das ist der Bankrott der gewerkschaftlichen Interessenvertretung.

Die Veranstaltung deutete bereits ein Erlahmen der Aktivitäten um das SEL-Werk an. Etwa noch 600 Menschen nahmen an der Kundgebung teil. Davon vielleicht ein Drittel aus der betroffenen Belegschaft. Die Hoffnung, daß von außen noch eine Lösung gefunden werden würde, wich mehr und mehr der Resignation. Trotzdem bot auch diese Veranstaltung Ansatzmöglichkeiten. In einem Nürnberger Betrieb von SEL war Geld zugunsten des Kampfes um das Werk Rastatt gesammelt worden, das von einem Betriebsrat auf der Kundgebung übergeben wurde. Kollegen von Siemens-Bruchsal verlasen eine Solidaritätserklärung. Wiederum nahmen aus verschiedenen umliegenden Städten Kollegen teil. Doch auch diese Möglichkeiten, Kontakte anzuknüpfen, blieben ungenutzt.

Bezeichnend auch für die Veranstaltung, daß neben den genannten Kollegen und dem Betriebsratsvorsitzenden des Werkes ein Pfarrer der CAJ (Christliche Arbeiterjugend) am deutlichsten gegen den Ausverkauf des Werkes Stellung nahm und sich mit der Belegschaft solidarisierte.

Inzwischen hat sich übrigens auch der Aufsichtsrat bei SEL neu konstituiert. Der »Arbeitnehmerseite« wurde Vorstandsmaterial über die Schließung des Werkes übergeben! Dann vertagte sich der Aufsichtsrat auf Oktober. Das sind die Früchte gewerkschaftlicher Mitbestimmung.

Hätte das SEL-Werk gerettet werden können?

Der Betriebsrat des Werkes hat die ihm zur Verfügung stehenden Verhandlungsmöglichkeiten genutzt. Unter ständigem Druck stehend hat er versucht, unter Prüfung einer Reihe von Hilfsmaßnahmen, die Arbeitsplätze zu erhalten. Die Belegschaft hat in der gesamten Zeit hinter ihm, aber auch in seinem Schatten gestanden. In der Belegschaft ist keine Kraft sichtbar geworden, die eigene Schritte zur Erhaltung des Werkes gegangen wäre und damit auch ihrem eigenen Betriebsrat eine Richtung gegeben hätte. Dies festzustellen bedeutet nicht, die Bemühungen zu unterschätzen oder abzutun. Festzuhalten aber bleibt, daß langjährige Betriebsräte in keiner Weise auf Betriebsschließungen vorbereitet sind, daß Belegschaften in ihrem Bewußtsein und ihrer Kampfkraft den der Unternehmer weit hinterherhinken und ohne Strategie in solche Auseinandersetzungen gehen. Für die Belegschaft kam die Schließung wie zur Jungfrau das Kind.

In dieser Situation ist keine gewerkschaftliche oder politische Organisation vorhanden, die die Auseinandersetzung aufzunehmen bereit und in der Lage ist. Das Beispiel Rastatt zeigt, daß die IGM sich mehr und mehr aus der Konfrontation um Betriebsschließungen heraushält. Heraus hält aus dem Grund, weil eine solche Auseinandersetzung nur noch politisch geführt werden kann, indem der Kampf gegen solche Maßnahmen nicht auf ein Werk beschränkt bleibt und nicht nur defensiv und moralisch gegenüber dem Unternehmer argumentiert werden würde. Großspurig im Ton und untätig in der Sache, so zeigt sich die IGM! Gerd Kühl, Gewerkschaftsbeauftragter für SEL und Mitglied des neugewählten Aufsichtsrats hatte noch im Juni erklärt, die IG Metall werde Solidaritätsaktionen durchführen und in anderen Betrieben des Konzerns zu Kampfmaßnahmen aufrufen, auch spontane Arbeitsniederlegungen seien nicht auszuschließen. Nichts ist davon geblieben.

Positiv war die Arbeit der CAJ in der »Aktionsgemeinschaft«, die praktisch von ihr getragen wurde. Dort, wo die Gewerkschaft unfähig und unwillig blieb, tat diese Gruppe das ihr Mögliche, um die Belegschaft zu unterstützen. So forderte sie z.B. in einem Schreiben an den Wirtschaftsausschuß des Betriebsrats unter anderem: »Keine Entscheidungen zu treffen, die das vom SEL-Vorstand geplante Schließungsvorhaben begünstigen könnte... Ein klares Nein zu Verkaufs- oder Übernahmemaßnahmen... ohne eindeutig formulierte Verpflichtungen für die weitestgehende Übernahme eines Großteils der dort jetzt Beschäftigten... Keinerlei Hektik in den verantwortungsvollen und folgenschweren Entscheidungen und keinerlei Überrumpfung oder gar Erpressung des Betriebsrates des SEL-Werkes Rastatt zu einer undurchsichtigen und den Arbeitern nicht vertretbaren Entscheidung«. Dazu müssen gewerkschaftliche Interessenvertreter durch

einen kirchlichen Jugendverband aufgefordert werden! Hier wachsen Kräfte heran, die der Gewerkschaft deren eigentliche Aufgabe vormachen. So werden auch an dieser Auseinandersetzung Kräfte sichtbar, die bei vorhandener Perspektive ihren Weg gehen werden.

SEL-Rastatt kann nicht gehalten werden, ebensowenig wie eine Reihe von anderen Werken vorher. Was bleibt sind Erfahrungen, die künftigen Auseinandersetzungen dienlich sein können.

Zur Auseinandersetzung um Gorleben

Solidaritätsaktion für die Bürgerinitiativen in Gorleben

Seit einiger Zeit spielt sich — quasi hinter den Kulissen — ein vorentscheidender Kampf um die geplante Atomwaste-Deponie Gorleben ab. Die DWK (Deutsche Gesellschaft für Wiederaufbereitung) versucht, das für die Anlage geplante Grundstück von den örtlichen Grundbesitzern zusammenzukaufen. Kurz vor Ostern 1978 unterbreitete sie den Grundstückseigentümern folgendes Angebot: 45 Pf pro qm sollte jeder für den Waldboden erhalten — das sei der Verkehrswert —, weitere 65 Pf Aufpreis für das Industrieerwartungsland; wer bis zum 2. Mai 1978 verkaufen würde, sollte darüberhinaus einen Zuschlag von 3 DM pro qm erhalten. Deutlich waren in den Verhandlungen die Hinweise auf Enteignung bei Nichtverkauf, und unter diesem Druck gaben einige Grundstückseigentümer nach. Der aktuelle Stand ist zur Zeit: Neben dem Grafen von Berndorff (dem der größte Teil gehört) haben die Kirchengemeinden Gartow und Gorleben und einige Landwirte nicht verkauft, so daß der DWK nur 40 % der Fläche gehören.

Anfang Juli wurde bekannt, daß ein Gorlebener Landwirt eine 8,15 Hektar große Waldfläche für ein Angebot der DWK von 378 000 DM verkaufen wollte. Dieses Grundstück wollte nun ein anderer Landwirt mit Hilfe der Bürgerinitiative Luchow-Dannenberg erwerben.

Die zentrale Lage des Grundstücks wäre ein Faustpfand für das juristische Vorgehen gegen die Atomindustrie im Hinblick auf Enteignungsverfahren gewesen. Auch unter dem Aspekt des Demonstrationsrechts hätte das Grundstück seinen »Reiz«: es hätte als Enklave der BI dienen können.

Was dann geschah, ist in der Bürgerinitiativbewegung bisher beispiellos: innerhalb von nur drei Tagen trafen nach einem Aufruf der Luchow-Dannenger Bürgerinitiativbewegung aus der ganzen Bundesrepublik über 750 000 DM (!!!). Die Bremer Umweltschützer sammelten 80 000 DM, von Freundeskreisen der BI kamen 50 000 DM, 80 000 DM wurden im Landkreis gesammelt. Organisationen wie die Grüne Liste Umweltschutz und AUD spendeten 150 000 DM, 550 Schecks von Einzelpersonen, kleine und große Beträge — manch eine(r) hat sicher etwas Schwierigkeiten gehabt und nicht aus »dem Vollen« geschöpft, wie die großartige Spende von 38 000 DM eines Einzelspenders bezeugt. Eine Episode aus einem Hamburger Lehrerkollegium mag symptomatisch sein für diese Sammelaktion: als der Spendenaufruf bekannt wurde, stiftete eine Kollegin spontan 1000 DM, worauf sich ihr zehn weitere Kollegen mit demselben Betrag angeschlossen.

Trotzdem war die Atomindustrie schneller als die Bürgerinitiative: der Landwirt verkaufte schließlich doch an die DWK. Trät nun der Katzenjammer in der Bürgerinitiative ein? Keineswegs, denn die Solidarität war so überwältigend und der bundesweite Rückhalt im Kampf gegen die Atomanlagen wirkte so begeisternd, daß der BI für kommende Aktionen Mut gemacht wurde.

Übrigens, es gibt noch den Hauch einer Chance dafür, daß das Gelände in die Hände der BI gelangt. Denn nach dem Grundstücksverkehrsgesetz bedarf jede Veräußerung eines land- und forstwirtschaftlichen Grundstücks einer Genehmigung der zuständigen Behörde. Bei dem Grundstückserwerb durch einen Nicht-Landwirt (wie hier durch die DWK) müssen

besonders triftige Gründe vorliegen, um eine Genehmigung zu erlangen. Die Genehmigung des Grundstückserwerbs durch einen Nicht-Landwirt ist dann zu versagen, wenn der Kauf nicht der Verbesserung der Agrarstruktur und Sicherung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe dient. Dies stärkt die Position des Landwirts Wiese, der das Gelände mit Unterstützung der BI erwerben wollte und will. Damit keine Bedenken gegen ihn geltend gemacht werden können — etwa der Art, daß ein Darlehen von 378 000 DM seinen Betrieb wirtschaftlich überfordern könnte —, läuft gegenwärtig eine zweite Aktion: die Darlehensbeträge sollen umgewidmet werden zu Schenkungen.

Inzwischen hat der Grundstücksverkehrsausschuß der zuständigen Behörde dem Verkauf an die DWK zugestimmt — und sich dem Druck der Atomlobby gebeugt. Die BI gewährt dem Landwirt Wiese aber bei seiner Klage gegen diese Entscheidung juristische Unterstützung. (Stand: 10. September)

Hungerstreik in Chile und im Exil

Ein Bericht chilenischer Genossen

Am 22. Mai dieses Jahres hatten 67 Angehörige von verschwundenen politischen Gefangenen einen Hungerstreik in drei Kirchen und im Gebäude der UNICEF in Santiago in Chile angefangen. Ziel dieser Aktion war es, Auskunft über den Verbleib von mehr als 2.500 Personen zu erhalten, die von der Geheimpolizei verhaftet worden waren und seitdem spurlos verschwunden sind.

Der Hungerstreik der Angehörigen der Verschwundenen fand sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene ein breites Echo. So schlossen sich in den folgenden Tagen mehr als 150 Personen in Chile der Aktion an. Es wurden mehrere Hungerstreiks in anderen Kirchen in Santiago und Concepción, Valparaíso und Talco durchgeführt. Unter den Beteiligten befanden sich nicht nur Angehörige von Verschwundenen, sondern auch Christen, Arbeitslose, Mitglieder der Volksküchen und Studenten. Ebenfalls traten in Santiago und Valparaíso politische Gefangene in den Hungerstreik. Die Koordinierungsstelle der Gewerkschaften erklärte ihre Solidarität mit den Streikenden und forderte von der Militärregierung eine Stellungnahme. Am 26. Mai führten 200 Frauen einen Schweigemarsch in Santiago durch und forderten Auskunft über die Verschwundenen, die Polizei griff nicht ein. Am nächsten Tag fand eine Studentendemonstration statt, bei der die Regierung hart kritisiert wurde. Diesmal führte die Polizei eine Reihe von Verhaftungen durch.

Auch im Ausland bildete sich eine breite Solidaritätsbewegung. In 20 Ländern und 35 Städten der Welt wurden Hungerstreiks durchgeführt. Diese wurden hauptsächlich von der chilenischen Linken getragen und von im Exil lebenden Chilenen organisiert; es beteiligten sich aber auch Sympathisanten verschiedener Nationalitäten an diesen Aktionen. So waren 2 Wochen nach Beginn des Hungerstreiks in Chile mehr als 300 Personen im Ausland im Hungerstreik.

Der Kampf der Angehörigen der Verschwundenen führte zu einer Wiederbelebung der Solidaritätsbewegung mit Chile, die sich in zahlreichen Demonstrationen und Solidaritätsveranstaltungen ausdrückte wie sie seit langer Zeit nicht mehr stattgefunden hatten.

In Hamburg traten 14 Chilenen, darunter auch Angehörige von Verschwundenen, in den Hungerstreik. Die Aktion fand in den Räumen des DGB statt. Der DGB schickte Solidaritätstelegramme an die Streikenden in Chile und verabschiedete auf seinem Bundeskongreß eine Resolution, in der er seine Solidarität mit den Angehörigen der Verschwundenen erklärte. Es wurden auch zwei Solidaritätsveranstaltungen im Gewerkschaftshaus durchgeführt, und Amnesty International organisierte zusammen mit Chilenen einen Schweigemarsch.¹

17 Tage nach Beginn des Hungerstreiks entschlossen sich die Streikenden in Chile, ihre Aktion zu unterbrechen. Dies geschah aufgrund einer Intervention der Kirche, die angefangen hatte, mit der Regierung zu verhandeln. Die Militärregierung verpflichtete sich aufgrund dieser Verhandlungen, spätestens innerhalb eines Monats eine offizielle Erklärung über die Situation der Verschwundenen abzugeben. Die Regierung hielt ihr Versprechen jedoch nicht — genauso wie im Juni und im Dezember 1977, als die Angehörigen der Verschwundenen ihre ersten Hungerstreiks durchgeführt hatten. Im Gegenteil, in einer Regierungserklärung Pinochets hieß es: „Die Regierung trägt keinerlei Verantwortung am Problem der verschwundenen politischen Gefangenen. Alle diese Aktionen sind eine Provokation!“

Die Militärregierung weiß, daß sie zu den Forderungen der Angehörigen und des ganzen Volkes nicht ehrlich Stellung beziehen kann. Dies wäre die Anerkennung ihrer Verbrechen, Folterungen und Morde. Es ist deshalb nicht auszuschließen, daß sie auf die berechtigten Forderungen der Betroffenen wieder mit neuer Gewalt und mit neuen Unterdrückungsmaßnahmen antworten wird.

Somit bleibt für die internationale Solidarität und die Öffentlichkeit die Aufgabe immer noch bestehen, den Kampf der Angehörigen der Verschwundenen breitmöglichst zu unterstützen. Die Militärregierung muß weiter unter Druck gesetzt werden, bis sie eine endgültige, wahrheitsgetreue Antwort auf die Forderungen der Angehörigen der Verschwundenen gibt.

¹ Ergänzung der Redaktion: Nach anderthalb Wochen Hungerstreik erklärte der DGB, er könne die Chilenen nicht länger unterstützen, und forderte sie auf, die Aktion abzubrechen. Die Chilenen wollten zwar weiterstreiken, beugten sich aber dem DGB.

Zeitungen und Broschüren der Gruppe Arbeiterpolitik

August Thalheimer

1923, eine verpaßte Revolution?

Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923
Berlin 1931, 32 Seiten DM 1,50

Um was geht es?

Zur Krise in der KPD
1929, 32 Seiten DM 1,50

Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?

Eine kritische Untersuchung der Fragen:
1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus?
2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt und wie muß sie geändert werden?
1932, 34 Seiten DM 1,50

Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg

1946, 27 Seiten DM 1,50

Die Potsdamer Beschlüsse

Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg
1945, 32 Seiten DM 1,50

Grundlagen der Einschätzung der SU

1952, 43 Seiten DM 2,-

Einführung in den Dialektischen Materialismus

Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau
1927, 191 Seiten DM 6,-

Zurück in die Elerschalen des Marxismus?

Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie
30 Seiten DM 2,-

Heinrich Brandler u. a.

Zur weltpolitischen Lage

Artikel aus der „Arbeiterpolitik“ 1965/67
65 Seiten DM 3,-

Waldemar Bolze

Der Weg der Gewerkschaften

1948 geschrieben, 181 Seiten DM 6,-

Revolutionäre oder konterrevolutionäre

Kritik an der Sowjetunion

Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU
Mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik und einer kritischen Besprechung des Buches „Der Archipel Gulag“ von Solschenizyn
Bremen 1974, 68 Seiten DM 3,-

können bestellt werden bei: Margret Kuhlmann, Postfach 10 38 45, 2800 Bremen